



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Die Ernennung der vier Staatssekretärinnen bei der
Regierungsumbildung 1979 in Österreich

Verfasserin

Sandra Großkopf

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, Jänner 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 190 313 299

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Lehramtsstudium UF Geschichte, Sozialkunde, Polit.Bildg. UF
Psychologie und Philosophie

Betreuerin / Betreuer:

Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb

Ich versichere,

dass ich die Diplomarbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfe bedient habe,

dass ich diese Diplomarbeit weder im In- noch Ausland (einer Beurteilerin / einem Beurteiler zur Begutachtung) in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe,

dass diese Arbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit übereinstimmt,

Wien, Jänner 2013

Danke

Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb

Lilly Wimmer

Lisa Werderitsch

Karikaturmuseum Krems

und der unendlichen Unterstützung meiner Familie

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	8
1. Die gesellschaftliche und politische Situation der Frau in Österreich im 20. Jahrhundert ..	12
2. Zur Entstehung des Frauenstaatssekretariates im Jahr 1979	23
3. Die Regierungsumbildung im Jahr 1979	31
3.1. Die vier Staatssekretärinnen	35
3.2. Die Klubtagung in Villach Warmbad	39
3.3. Die öffentliche Kommunikation der Regierungsumbildung	45
3.4. Die Bundesfrauenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei im Jahr 1979	49
4. Resonanz auf die Regierungsumbildung der Klubtagung in Villach Warmbad	53
4.1. Die Reaktionen der Parteimitglieder der sozialdemokratischen Partei auf die Ernennung der vier Staatssekretärinnen	54
4.2. Die Reaktion der Opposition auf die Regierungsumbildung 1979	59
4.3. Die mediale Resonanz der Kabinetterweiterung 1979	68
4.3.1. Karikaturen in den Medien	74
5. Epochenwende in der Frauenpolitik?	80
6. Zusammenfassung	84
7. Literatur- und Quellenverzeichnis	88
Anhang	98
Biographie von Anneliese Albrecht	98
Biographie von Dipl.-Kfm. Dr. Hannes Androsch	98
Biographie von Dr.in Beatrix Eypeltauer	99
Biographie von Elfriede Karl	99
Biographie von Dr. Erwin Lanc	100
Biographie von Karl Lausecker	100
Biographie von Prof. Gustav Peichl	101
Biographie von Dr.in Erika Seda	101
Abstract	102
Lebenslauf	103

Einleitung

„Bei der Todesstrafe und bei der Emanzipation der Frau darf man die Basis nicht fragen, denn die Basis, wenn man darunter die breite Masse der Bevölkerung versteht, ist primär reaktionär“¹

Im Herbst 1979 bildete Bundeskanzler Bruno Kreisky seine Regierungsmannschaft um. Im Zuge dieser Umbildung schuf er vier neue Staatssekretariate und besetzte diese mit vier Frauen. Zwei dieser Staatssekretariate sollten sich ausschließlich mit Frauenfragen beschäftigen. Dies wird als Kreiskys „Paukenschlag“ in die österreichische Geschichte eingehen. Die vorliegende Arbeit behandelt die Ereignisse rund um die Regierungsumbildung.

Ein kurzer Exkurs in die österreichische Frauenpolitik vor 1979 soll die Dringlichkeit der Schaffung einer politischen Stelle für Frauenfragen darstellen. Angelika Zachs Diplomarbeit „Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen“ aus dem Jahr 1992 liefert eine ausgezeichnete Aufarbeitung des Themas und wird für diese Diplomarbeit als Grundlage dienen. Während sich Zach mit der Geschichte des Frauenstaatssekretariates beschäftigt, soll das Hauptaugenmerk dieser Diplomarbeit auf den Ereignissen rund um die Regierungsumbildung im Herbst 1979 liegen. Josef Staribachers Tagebücher, die für die vorliegende Arbeit sehr aufschlussreich waren, konnten in der Arbeit Zachs nicht angeführt werden, da sie erst seit einigen Jahren im Kreisky Archiv öffentlich zugänglich sind.

Die Arbeit wird die innerparteilichen Vorgänge untersuchen, die letztendlich dazu geführt haben, dass Bruno Kreisky sich im Oktober 1979 zu diesem politischen Schritt entschlossen hat. Die Forderungen der Frauenorganisationen der Sozialdemokratischen Partei führten, unter Berücksichtigung der Wünsche der Minister und Ministerin sowie der Gewerkschaften, zu der Regierungsumbildung, der Anneliese Albrecht, Johanna Dohnal, Beatrix Eypeltauer und Franziska Fast angehörten. Der Entscheidungsprozess innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) wird rekonstruiert und der Frage nachgegangen, welche Organisationen innerhalb der SPÖ bewirkt haben, dass

¹ Bruno Kreisky im Kurier vom 19.10.1979, S.4.

Bundeskanzler Kreisky den oben angeführten personellen Entschluss gefasst hat. Die Neubesetzung der Regierungsmannschaft wurde auch innerhalb der Partei nicht unkritisch aufgenommen. Ein Teil der Arbeit wird durch die Analyse und Interpretation von Primärquellen darstellen, welche Kritikpunkte die Abgeordneten des National- und Bundesrates der SPÖ anführten und wie die Reaktion auf diese Kritik sowohl innerhalb der Partei, als auch medial ausfiel. Dazu wurde eine qualitative Analyse folgender Primärquellen vorgenommen:

- Tagebuch von Minister Josef Stribacher, Stiftung Bruno-Kreisky-Archiv (StBKA)
- Stenographische Protokolle der Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich im Jahr 1979
- Stenographische Protokolle der Bundesfrauenkonferenzen der SPÖ aus den Jahren 1978/ 1979, Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA)
- Bruno Kreisky Rede auf der Klubtagung in Villach Warmbad, 11. 10.1979 (StBKA)
- Presseaussendungen der Sozialistische Korrespondenz im Jahr 1979, Austrodok²
- Presseaussendungen des ÖVP Pressediensts im Jahr 1979, Austrodok
- Interviews mit Anneliese Albrecht, Dr. Hannes Androsch, Dr.in Beatrix Eypeltauer, Elfriede Karl, Dr. Erwin Lanc, Karl Lausecker, Prof. Gustav Peichl und Dr.in Erika Seda

Ein Teil der Arbeit umfasst die Analyse des medialen und oppositionellen Echos auf die Ereignisse im Herbst 1979. Hierfür dient eine qualitative Auswahl von Zeitungsartikeln, Presseaussendungen der Sozialistischen Korrespondenz wie auch Sekundärliteratur. Ein weiterer Bereich der medienanalytischen Untersuchung betrifft in den österreichischen Tageszeitungen und Wochenmagazinen publizierten Karikaturen. Diese werden unter Berücksichtigung der Ergebnisse mit dem Interviewpartner Prof. Gustav Peichl, IRONIMUS, interpretiert und kommentiert.

² Aus dem Bestand der Sammlung Austrodok am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien. Die Sammlung wird künftig in der Fachbereichsbibliothek Zeitgeschichte der Universität Wien zugänglich gemacht werden.

Vorweg wird hier die Funktion und Stellung eines Staatssekretärs/einer Staatssekretärin erklärt: Die StaatssekretärInnen zählen laut Art.19. Abs. 1 BVG zu den obersten Organen der Exekutive und haben eine eigenständige politische Verantwortung. Sie sind ebenso wie alle anderen Hilfsorgane des Bundesministers, diesem unterstellt und an seine Weisungen gebunden, üben aber, im Gegensatz zu den Beamten, ihre Funktion als politisches Mandat aus.³ Die StaatssekretärInnen nehmen am Ministerrat teil, sie haben jedoch kein Stimmrecht.⁴

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in folgende thematische Abschnitte:

Zu Beginn der Arbeit wird auf der Grundlage von Sekundärliteratur die Geschichte der österreichischen Frauenbewegung ab der Revolution 1848 dargestellt. Ziel der Analyse ist die Notwendigkeit der Installation einer eigenständigen frauenpolitischen Stelle in Österreich aufzuzeigen.

Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit den innerparteilichen Vorgängen die zur Entscheidungsfindung des Kanzlers beigetragen haben. Es werden die Beweggründe der Akteurinnen und Akteure, die für oder gegen eine von der Familienpolitik abgekoppelte frauenpolitische Regierungsstelle interveniert haben, rekonstruiert. Für die Aufarbeitung werden Werke der Sekundärliteratur, wie auch zahlreiche Primärquellen des Bruno Kreisky Archivs und die geführten Interviews verwendet.

Der dritte Abschnitt der Arbeit behandelt die Regierungsumbildung 1979 selbst. Auf Basis der Sekundärliteratur und den durch die geführten Interviews gewonnenen Erkenntnissen wird die innerparteiliche Präsentation der personellen Entscheidung und die darauf resultierende Kritik innerhalb der Sozialdemokratie dargestellt. Es wird der Frage nachgegangen, wie die neu ernannten Staatssekretärinnen ihrer frauenpolitischen Verantwortung nachkamen und welches Rollenbild der Frau ihre politische Arbeit prägen sollte.

³ Vgl. Köpl Regina, Frauenpolitik der SPÖ. Reformpolitik im Spannungsfeld bürgerlich-patriarchalischer Hegemonie und sozialdemokratischer Partizipationsstrategie. (Wien/ Univ. Diss./ 1983). S.233-234.

⁴ Pelinka Anton, Rosenberger Sieglinde, Österreichische Politik. Grundlagen Strukturen Trends. (Wien/ Facultas Verlag/ 2007). S.140.

Im vorletzten Abschnitt der Arbeit wird das mediale Echo durch eine qualitative Analyse ausgewählter österreichischer Tageszeitungen und Wochenmagazinen beschrieben und interpretiert. Ein besonderes Hauptaugenmerk der medialen Analyse liegt auf den publizierten Karikaturen, welche die Bestellung der vier Staatssekretärinnen zum Thema hatten.

Im abschließenden Teil der Arbeit wird der Frage nachgegangen, inwieweit die Bestellung der vier Staatssekretariate von Bundeskanzler Kreisky zu einer Selbstverständlichkeit der Frau in der Politik beigetragen hat und ob es sich dabei um einen frauenpolitischen Schritt in der Geschichte Österreichs handelte, der die Repräsentation von Frauen in Spitzenpositionen nachhaltig verändert und somit verbessert hat.

1. Die gesellschaftliche und politische Situation der Frau in Österreich im 20. Jahrhundert

Folgendes Kapitel soll einen kurzen historischen Überblick über die Lebenssituation der Frau in Österreich mit Beginn der Ersten Republik liefern. Es handelt sich dabei nicht um eine vollständige frauenpolitische Analyse. Dieser Teil der Arbeit dient lediglich dem besseren Verständnis der Notwendigkeit einer eigenständigen frauenpolitischen Stelle, die sich ausschließlich mit Frauenfragen, herausgelöst aus dem Bereich der Familienpolitik, beschäftigt.

Vor dem Ersten Weltkrieg lässt sich als Frauenbewegung im weitesten Sinn, die zwar in sich gesplante, aber aktive und breit diskutierte Bewegung für die politische und soziale Emanzipation der Frauen bezeichnen, deren wichtigstes Ziel die politische Gleichstellung von Männern und Frauen war.⁵ Die Wiener Revolution 1848, die im März begann, stellt das erste bekannte weibliche Aufbegehren in Österreich dar. Das jeweilige politische Engagement wie auch die Ziele der Frauen differierten nach Klasse. Doch gemeinsam war den Frauen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten,⁶ dass sie „als ein hinter dem Mann zurückgestelltes Wesen leben mussten.“⁷ Die bürgerlichen Frauen demonstrierten so, dass ihr Bemühen von den Männern gerne gesehen wurde. Sie jubelten an offenen Fenstern und Balkonen, fertigten Fahnen und Kokarden an. Doch je aktiver ihre Beteiligung an den Geschehnissen der Revolution ausfiel, desto größer wurde die Ablehnung der Männer. Im August 1848 wurde von mehrheitlich bürgerlichen Frauen der „Wiener Demokratische Frauenverein“ gegründet, der sich der strikten Gleichheit verpflichtete. Damit begann das politische Auftreten der Frau unangenehm zu werden. Bereits im Herbst 1848 wurde der Frauenverein verboten.⁸ Die Frauen der Unterschicht führten ihren Kampf auf der Straße. Sie stellten beim Barrikadenbau die am zahlreichsten vertretene Gruppe von Frauen dar. „Insbesondere die wirtschaftliche Not, die die Industrielle Revolution heraufbeschwor, forderte das radikale Vorgehen der Arbeiterinnen geradezu heraus.“⁹ Aufgrund ihrer

⁵ Vgl. Johanna Gehmacher, Völkische Frauenbewegung. Deutschnationale und nationalsozialistische Geschlechterpolitik in Österreich. (Döcker Verlag/ Wien). S. 18.

⁶ Vgl. Floßmann Ursula, Frauenrechtsgeschichte. Ein Leitfaden für den Rechtsunterricht. (Linz/ Trauner Verlag/ 2006). S. 104-105.

⁷ Floßmann, Frauenrechtsgeschichte. S.104.

⁸ Vgl. Floßmann, Frauenrechtsgeschichte. S.105-106.

⁹ Floßmann, Frauenrechtsgeschichte. S.106.

Erwerbsarbeit und der Haushalts- und Familienversorgung blieb den Arbeiterinnen keine Zeit sich zu organisieren.¹⁰ Obwohl ihnen keine Organisation zur Seite stand, kam es am 21. August zur ersten Arbeiterinnendemonstration.¹¹ Das allgemeine Wahlrecht wurde immer wieder von Frauen aller Schichten gefordert. In einer Flugschrift wurde das Frauenwahlrecht thematisiert und zu einer Petition aufgerufen. „Denn“, so schreibt die Verfasserin: „es wäre falsch, das Stimmrecht allgemein zu nennen, wenn von dessen Ausübung wenigstens die Hälfte der Untertanen ausgeschlossen ist“.¹² Die Wiener Revolution wurde bereits im Herbst niedergeschlagen. Das verhindert eine nahtlose Verbindung zur Alten Frauenbewegung am Ende des 19. und Beginn des 20. Jahrhunderts.¹³

Die alte Frauenbewegung in Österreich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts muss in drei Bewegungen unterteilt werden: die bürgerlich-liberale Frauenbewegung, die proletarische Frauenbewegung und die katholische Frauenbewegung. So unterschiedlich die jeweiligen Forderungen auch waren, ist die Frauenbewegung dennoch als einheitlich zu betrachten, da ihr Kampf einer Besserstellung der Frauen im gesellschaftlichen und politischen Leben galt.

Die Anfänge der bürgerlichen Frauenbewegung gehen auf die Gründung des „Wiener Frauenerwerbsvereines“ im Jahr 1866 zurück. Dieser sollte den Frauen Berufsbildung und erweiterte Erwerbsmöglichkeiten bieten. 1893 wurde der „Allgemeine Österreichische Frauenverein“ gegründet. Die Frauenfrage war hier wirtschaftlich bedingt und es sollte die ökonomische Unabhängigkeit der Frau erreicht werden. Die neu gegründeten Vereine setzten sich für ein allgemeines, gleiches Wahlrecht, d.h. ein Frauenwahlrecht ein. Dabei blieb die bürgerliche Frauenbewegung frei von jeder politischen Partei und somit von jedem männlichen Organisationssystem. Sie unterstützte in Frauenfragen fortschrittlich denkende Politiker unterschiedlicher

¹⁰ Vgl. Floßmann, Frauenrechtsgeschichte. S.106-107.

¹¹ Siehe zu staatliche Haltung zur Frauenarbeit von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zum Ende der liberalen Ära 1879 auch: Neyer Gerda, Geschlechterkonstruktionen in der Sozialpolitik. Das Beispiel der Lohnarbeitsmarkt- und Sozialpolitikformierung in Österreich im 18. und 19. Jahrhundert. In: Kreisky Eva, Sauer Birgit (Hrsg.), Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin. (Frankfurt/ Campus Verlag/ 1997). S. 137-154.

¹² Hauch Gabriella, Frau Biedermeier auf den Barrikaden. Frauenleben in der Wiener Revolution 1848. (Wien/ Verlag für Gesellschaftskritik/ 1990). S. 140.

¹³ Vgl. Floßmann, Frauenrechtsgeschichte. S.107-108.

Parteien.¹⁴ Einige der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen waren den politischen Konzepten - wie auch den realpolitischen Handlungsmöglichkeiten - der Sozialdemokratie gegenüber sehr aufgeschlossen und manche wechselten zur sozialistischen Parteipolitik.¹⁵

Die Arbeiterinnen kämpften gemeinsam mit ihren Genossen gegen den Kapitalismus. Nur durch die Aufhebung der Klassen könne eine Gleichberechtigung der Geschlechter hergestellt werden, so lautet der Grundsatz der SozialdemokratInnen. Jede Klasse hat ihre eigene Frauenfrage. So ordneten sich die Arbeiterinnen in ihrem Kampf um Gleichheit dem männlich organisierten Strukturapparat der Partei unter. „Der Klassenkampf der Arbeiterinnen unterschied die Arbeiterinnenbewegung von der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung, die einen „Geschlechterkampf“ Frau gegen Mann führte.“¹⁶ Mehr als zwanzig Jahre nach den bürgerlichen Frauen erfolgte 1890 durch Victor Adler die Gründung des Arbeiterinnen-Bildungsvereines in Wien, der allgemeine und politische Bildung zum Ziel hatte.¹⁷

Die letzte der drei Strömungen aus der Frauenbewegung in Österreich war die katholische Frauenbewegung. Sie setzte sich aus unterschiedlichsten Frauen zusammen, die alle der katholischen Kirche angehörten. Es handelte sich dabei um keine Emanzipationsbewegung. Ihr Ziel war es, der Frau ihre natürliche Berufung als Hausfrau und Mutter zu sichern und die „gottgewollte“ Rollenverteilung wiederherzustellen. Daher traten ihre Anhängerinnen entschieden gegen den Klassenkampf der Sozialdemokratinnen und die Gleichberechtigungsbestrebungen der Bürgerlichen auf. Eine besondere Differenz war der von Karl Lueger geschürte Antisemitismus, der die katholischen Frauen von den anderen Gleichberechtigungsströmungen trennte. Lueger forderte die Frauen dazu auf, auf ihr Wahlrecht zu verzichten, damit die jüdischen Frauen von ihrem Recht keinen Gebrauch machen konnten.¹⁸

¹⁴ Vgl. Floßmann, Frauenrechtsgeschichte. S.133-134.

¹⁵ Vgl. Gehmacher Johanna, Wenn Frauenrechtlerinnen wählen können. In: Wie Frauenbewegung geschrieben wird. Gehmacher Johanna, Vittorelli Natascha (Hrsg.). (Wien/ Erhard Löcker GesmbH/ 2009). S. 136-137.

¹⁶ Floßmann, Frauenrechtsgeschichte. S.135.

¹⁷ Vgl. Floßmann, Frauenrechtsgeschichte. S.135-138.

¹⁸ Vgl. Floßmann, Frauenrechtsgeschichte. S.139-141.

Nach der Jahrhundertwende wurde der Ruf nach dem allgemeinen Wahlrecht immer lauter. Damit waren auch die Forderungen der Frauenbewegung nach einem Frauenwahlrecht nicht mehr zu überhören. Dies führte vor allem innerhalb der Sozialdemokratie zu Konflikten. Die Männer in der Sozialdemokratischen Partei standen dem skeptisch gegenüber. Es müsse erst das „allgemeine“ Wahlrecht für Männer erkämpft werden. Erst danach könne das Frauenwahlrecht gefordert werden.

Mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges und dem Abziehen der Männer an die Kriegsfrente mussten Frauen aus sämtlichen Bevölkerungsschichten in die Erwerbsarbeit, außerhalb des Haushaltes, einsteigen.¹⁹ Männerdominierte Arbeitsfelder wie die Metallindustrie und Maschinenbau wurden, aus einem Mangel an Arbeitskräften, für Frauen geöffnet und Arbeiterschutzgesetze fanden keine Beachtung mehr. Trotz der ungerechten Bezahlung, der harten Arbeit und des Elends führte die Frauenarbeit im Ersten Weltkrieg dazu, dass Frauen ihre ökonomische Basis verbreiterten und Verankerung in vielen Produktionszweigen finden konnten.²⁰ Das Ende des Ersten Weltkrieges brachte in Österreich einen Bruch im politischen System. Die Vorrechte des Adels wurden abgeschafft, die Führungen von Adelsbezeichnungen und Titeln unter Strafe gestellt und eine parlamentarische Demokratie errichtet. Mit der Ausrufung der Republik am 12. November 1918 trat auch das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen in Kraft. Das passive Wahlrecht ermöglichte so auch den Frauen erstmals, für den Nationalrat zu kandidieren. Damit wurde eine der wichtigsten Forderungen der Frauenbewegung erfüllt.²¹ Die Bereitschaft dazu ergab sich einerseits aus der politischen Arbeit der Alten Frauenbewegung und zum anderen daraus, dass die Frauen während des Krieges die großen wirtschaftlichen Probleme bewältigt hatten und daher ihr „moralischer Anspruch auf Veränderung ihrer Lebensbedingungen allgemein akzeptiert wurde.“²² Die Sozialdemokratinnen und katholisch organisierten Frauen engagierten sich im Wahlkampf 1919 für eine rege Wahlbeteiligung der Frauen für ihre Partei bei der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung. Die bürgerlich-liberalen Aktivistinnen, die sich so lange für das gleiche Wahlrecht eingesetzt hatten,

¹⁹ Vgl. Fallmann Astrid, Zur Rolle der Frau im österreichischen Parlamentarismus (1848 – 1934). (Wien/ Univ., Dipl.-Arb./ 1989). S. 191.

²⁰ Geschichte der Frauenbewegung: Sozialistische Jugend Österreich:

<http://www.sjoe.at/content/frauen/themen/histfb/article/680.html>, entnommen am 15.11.2012.

²¹ Hauch Gabriella, Welches Jahrhundert wird uns gehören? Frauen – Feminismus – Öffentlichkeit. In: Wahnsinnswießer? Wieberwahnsinn? Wer braucht Feminismus?. Bacher Monika (Hrsg.). (Linz/ Trauner Verlag/ 2000). S. 13.

²² Floßmann, Frauenrechtsgeschichte. S.203.

klärten die Frauen über die Vorgänge bei der Wahl auf und riefen dazu auf, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. Unabhängig von jeder Parteiorganisation gaben sie den Frauen keinen Rat, welcher Partei sie ihre Stimme geben sollten. Mit den ersten Wahlen, die am 16. Februar 1919 abgehalten wurden, zog eine Reihe von Sozialdemokratinnen ins Parlament ein. Sie wussten einen mächtigen Parteiapparat hinter sich, welchem sie mit großer Loyalität gegenüberstanden. Die Sozialdemokratinnen lösten schließlich ihre eigene Frauenorganisation auf und integrierten ihre Mitglieder in die Strukturen der sozialdemokratischen Partei.²³ Insgesamt erhielten zehn Frauen nach der ersten Wahl in der Ersten Republik ein Mandat im Parlament, dies entsprach einem Anteil von 5,9 Prozent der Abgeordneten.²⁴

Mit der Wirtschaftskrise ging jedoch ein Rückgang der Bemühungen um eine Gleichstellung der Frau einher. Ein Phänomen, das wir im Laufe der Geschichte immer wieder beobachten werden. Am 4. März 1933 wurden die demokratischen Einrichtungen Österreichs beseitigt und ausgeschaltet und mit der Machtübernahme Dollfuß' endeten auch die Gleichberechtigungsbemühungen. Mit dem Austrofaschismus trat wieder vermehrt ein biologistisches Frauenbild auf und Mutterschaftsideologien standen auf der politischen Tagesordnung. All jene Frauen, die die „natur- bzw. gottgewollte“ Rolle nicht ohne weiteres akzeptieren wollten, sollten wieder an den ihnen zugestimmten Platz gewiesen werden. Die Frauenbewegung wurde gemeinsam mit allen sozialdemokratischen Organisationen in den Untergrund gedrängt und konnte dort nur illegal weiter arbeiten.²⁵ In den Jahren 1934 bis 1938 war im „Parlament“ keine Frau vertreten. „Der Austrofaschismus entrechtete die Frauen politisch und versetzte sie um Jahrzehnte in ihrer rechtlichen und beruflichen Situation zurück.“²⁶

Die patriarchalische Familienauffassung fand ihren Höhepunkt im Nationalsozialismus des 20. Jahrhunderts. Das faschistische Frauenbild ist vielmehr als Mutterbild zu bezeichnen. Die Rückführung der Frau in den natürlichen Lebens- und Arbeitsbereich, der sich je nach wirtschaftlicher Situation ändern konnte, sollte nach NS-Ideologie jedoch nicht bedeuten, dass die Frau minderwertig sei. Es wurde versucht, genau das

²³ Gehmacher Johanna, Wenn Frauenrechtlerinnen wählen können. S. 150-157.

²⁴ Pribyl Emma, Frauenpolitik nach 1945 in Österreich. (Wien/ Univ., Diss./ 1990). S. 13.

²⁵ Floßmann, Frauenrechtsgeschichte. S. 209-215.

²⁶ Pribyl Emma, Frauenpolitik nach 1945 in Österreich. S. 13.

Gegenteil zu vermitteln, die Fähigkeit zur Mutterschaft mache die Frau dem Mann gleichberechtigt und überlegen.²⁷ Doch auch hier änderte sich das Frauenberufsbild mit der jeweiligen Wirtschaftssituation. Die stete Abqualifizierung der Frau in der Arbeitswelt ging mit einer Dominanz des Mannes einher. „Je nach konjunkturellem Bedarf konnte die „Reservearmee“ der Frauen manipuliert werden, konnte entweder die Bedeutung der Frau für die Familie oder für die Wirtschaft als Erwerbstätige betont und damit ihre Verfügbarkeit gelenkt werden.“²⁸ So wurden nach und nach, ähnlich wie im Ersten Weltkrieg, immer mehr Frauen für die Rüstungs- und andere männlich dominierte Industrien eingezogen.²⁹

Mit dem Krieg veränderte sich so die Rolle der Frau, nun hatte sie die Stelle des Familienoberhauptes eingenommen. Aus diesen Erfahrungen nahmen die Frauen ein Selbstbewusstsein mit in die Zweite Republik. Diese neue Eigenständigkeit von immer mehr Frauen und immer weniger Männern trugen zu einer Erschütterung der patriarchalischen Rollenverteilung bei. Doch erneut kam es mit dem ersten Konjunkturunbruch nach dem Krieg zu einer Verinnerlichung der Geschlechterstereotype.³⁰ Angesichts der Rückkehr der Kriegsgefangenen wurden Frauen wieder vermehrt dazu motiviert, sich Familie und Haushalt zu widmen. Sie sollten sich vor allem aus jenen Erwerbsbereichen zurückziehen, die vor dem Krieg Männerarbeit gewesen waren.³¹ Um die Situation zu verdeutlichen, sei hier ein Zitat aus dem Grundsatzpapier einer Heimkehrer Hilfsstelle der Österreichischen Volkspartei aus dem Oktober 1946 angeführt: „Wir verlangen, dass den Heimkehrern die Möglichkeit gegeben wird und zwar nach ihrer fachlichen und beruflichen Eignung, in den Arbeitsprozess der Wirtschaft, der öffentlichen Verwaltung eingebaut zu werden. Zur Möglichenmachung dieser Forderungen greifen wir vor allem 2 Beispiele auf. Die Fräuleinwirtschaft in den Ämtern und die so genannten Doppelverdiener. Solange nicht die Mehrzahl der Heimkehrer, die Kriegsversehrten, in irgendein Arbeitsverhältnis

²⁷ Geschichte der Frauenbewegung: Sozialistische Jugend Österreich:

<http://www.sjoe.at/content/frauen/themen/histfb/article/680.html>, entnommen am 15.11.2012.

²⁸ Pribyl, Frauenpolitik nach 1945 in Österreich. S. 15.

²⁹ Siehe zu Deutungsmuster geschlechtsspezifischen WählerInnenverhaltens: Gehmacher Johanna, Das Wahlrecht als Waffe? Deutungsmuster geschlechtsspezifischen Wählerinnenverhaltens am Ende der Ersten Republik. In: Zeitgeschichte im Wandel. Diendorfer Gertraud, Jagschitz Gerhard, Rathkolb Oliver (Hrsg.). (Innsbruck, Wien/ Studien Verlag/ 1997)

³⁰ Vgl. Pribyl, Frauenpolitik nach 1945 in Österreich. S. 10-35.

³¹ Vgl. Johanna Gehmacher, Maria Mesner, Land der Söhne. Geschlechterverhältnisse in der zweiten Republik. (Studien Verlag/ Innsbruck, Wien, Bozen). S. 38.

eingebaut sind, solange fordern wir, dass die Frau wieder ihrer ursprünglichen Berufung, das ist der Haushalt, Krankenpflege, Kindergärtnerin u.s.w. zugeführt wird.“³² Mit dem Mangel an Arbeitsplätzen wurden zuerst die Frauen entlassen. Sie fanden sich, oftmals unfreiwillig, als Hausfrau wieder. Auf der Basis dieser sinkenden Frauenerwerbsquote entwickelten sich dann die fünfziger und sechziger Jahre, die oft als „Blütezeit der Kernfamilie“ bezeichnet werden.³³

Die wenigen Politikerinnen aus der Ersten Republik, die den Weltkrieg überlebt hatten, nahmen ihre frauenpolitische Arbeit wieder auf. Nach dem Abbau der sozialpolitischen Maßnahmen während des Austrofaschismus und des Zweiten Weltkrieges mussten viele rechtliche Errungenschaften erneut gefordert und auf ihre Umsetzung hingearbeitet werden.³⁴ Gemeinsam mit mehr oder weniger organisierten Frauen begannen die Politikerinnen, frauenpolitische Notwendigkeiten zu kommunizieren. Finanziell abhängig waren diese Organisationen vor allem dann, wenn sie Teilorganisationen in Gewerkschaften und Parteien waren. Patriarchale Strukturen limitierten die Bemühungen der Frauen. Doch je größer die weibliche Anzahl an Mitgliedern und je höher der Stimmenanteil von Frauen bei der Wahl wurde, umso mehr Gehör fanden sie. Die erste Ministerin in Österreich, Grete Rehor, trat ihr Amt im Jahr 1966 an. Bis zu der Amtsübernahme gab es in Österreich keine weiblichen Regierungsmitglieder. Ministerin Rehor richtete im Ministerium für Soziale Verwaltung eine Abteilung für Frauenfragen ein. Das Referat für Belange der Frauen wurde im selben Jahr im Unterrichtsministerium, allerdings nur vorübergehend, unter dem Unterrichtsminister der ÖVP installiert. Beide Einrichtungen waren für bewusstseinsbildende Maßnahmen wie Informations- und Öffentlichkeitsarbeit und die Veröffentlichung einschlägiger Studien verantwortlich. Der erste Bericht über die Situation der Familie in Österreich wurde im Jahr 1969 publiziert. Frauenfragen wurden bis in die späten 1960er Jahre

³² Archiv Karl-von-Vogelsang-Institut, Österreichische Volkspartei, Landesleitung Salzburg, Heimkehrerhilfsstelle, vom 7. Oktober 1946 zitiert nach: Gehmacher Johanna, Mesner Maria, Land der Söhne. Geschlechterverhältnisse in der zweiten Republik. (Innsbruck, Wien, Bozen/ Studien Verlag). S. 19.

³³ Siehe dazu auch: Krizanec-Fallmann Astrid, „Mehr Frauen in die Politik!“ Intentionen und Strategien. In: Frauen in Bewegung – Frauen in der SPÖ. Karlsson Irmtraut (Hrsg.). (Wien/ Erhard Löcker GesmbH/ 1998)

³⁴ Vgl. Kropf Katharina, Umbau des Sozialstaates – Neuorientierung der Frauen und Familienpolitik. In: Käthe Leichter: Gewerkschaftliche Frauenpolitik. Historische Dimension und politische Aktualität. Göhring Walter (Hrsg.). (Wien/ Österreichischer Gewerkschaftsbund, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Institut zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern). S. 55.

noch als Familienfragen behandelt.³⁵ So wurde auch die Abteilung für Frauenfragen im Sozialministerium unter dem Titel „Frau und Familie“ geführt. Der Aufgabenbereich umfasste die Angelegenheiten der berufstätigen Frauen vom Standpunkt ihrer beruflichen und familiären Situation wahrzunehmen und entsprechende Initiativen zu ihrer Verbesserung auf nationaler und internationaler Ebene anzuregen.³⁶ „Als also erstmals in der Geschichte der Republik eine Frau mit der Leitung eines Ministeriums betraut wurde, wurde auf deren Initiative eine speziell mit Frauenfragen befasste Abteilung ins Leben gerufen, welche nicht nur vorübergehend Bedeutung haben sollte.“³⁷

Die Aktualisierung der Frauenfrage, die mit der weiblichen Besetzung von Regierungsstellen einherging, kann auf verschiedene Faktoren zurückgeführt werden. Nach 1968 konnte ein Konjunkturwachstum verzeichnet werden und wie bereits zuvor beschrieben, erlaubte dieses den Frauen eine Rückkehr auf den Arbeitsmarkt. Mit der „Neuen Frauenbewegung“ wuchs der Anspruch auf Mitspracherechte in nationalen und internationalen Entscheidungsprozessen. Der Beginn der neuen Frauenbewegung in der Bundesrepublik Deutschland wird zumeist mit dem Bundeskongress des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes am 13. September 1968 datiert.

Sigrid Rüter bewarf das ausschließlich männlich besetzte Podium mit Tomaten und bezeichnete Genossen Krahel als Konterrevolutionär und Klassenfeind, da er über die Wortmeldung der Delegierten Helke Sander hinweg gehen wollte. Die Frustration und Enttäuschung über das Verhalten der Parteikollegen führte zur Gründung der so genannten „Weiberräte“, die ausschließlich Frauen zugänglich waren. „Dieses Ereignis bildet nicht den Ausgangspunkt zur Mobilisierung der Frauen und ihrer Formation zu einer sozialen Bewegung, fungiert jedoch als Zeichen für die einsetzende Brüchigkeit von geschlechtsspezifischen Verhaltenscodes und Normierungen.“³⁸ Während es der alten Frauenbewegung um die Erreichung von Gleichberechtigung ging - die politischen

³⁵ Vgl. Gaudart Dorothea, Frauenbewegung und Frauenbewusstsein in Österreich. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1985. A. Kohl, G. Ofner, A. Stirnemann (Hrsg.). (München/ Wien/ 1983). S. 155-175.

³⁶ Vgl. Zach Angelika, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. Entstehungsbedingungen, Gründung und Aktivitäten bis zum Ende der Alleinregierung der SPÖ 1983. (Wien/ Univ., Dipl.-Arb./ 1992). S. 105.

³⁷ Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 105-106.

³⁸ Hauch Gabriella, „Wir, die viele Geschichte haben...“ Zur Genese der historischen Frauenforschung im gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Kontext. In: Frauen- und Geschlechtergeschichte. Positionen/ Perspektive. Gehmacher Johanna, Mesner Maria (Hrsg.) (Wien/ Studien Verlag/ 2003). S. 22-23.

und rechtlichen Ausschlüsse der Frauen sollten aufgehoben werden - wollte die neue Frauenbewegung international alle Institutionen, Beziehungen und Strukturen in Frage stellen. Die verinnerlichten Autoritätsstrukturen und Gesellschaftsmechanismen sollten erkannt und analysiert werden. Da in gemischtgeschlechtlichen Organisationen die Bevormundung und Unterdrückung unvermeidbar ist,³⁹ sollte der Weg selbstbestimmt und unabhängig von Männern und Parteien sein. Die ersten Frauen, die rebellierten, kamen aus der linken Studentenbewegung, sie stellten nicht nur die Autorität des Staates in Frage, sondern auch die der Genossen. Das galt mit einer Zeitverzögerung auch für Österreich. 1972 wurde in Wien die Aktion unabhängiger Frauen (AuF) und ein Jahr später in Innsbruck der Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft gegründet (AEP). Öffentlich wurden Themen wie körperliche, sexuelle, aber auch strukturelle Gewalt an Frauen, das Recht auf Selbstbestimmung („mein Bauch gehört mir“) thematisiert. Ein anderer Bereich war die gleichgeschlechtliche Liebe, das Recht auf selbstbestimmtes Leben der eigenen Sexualität.⁴⁰ Mit dem Motto „Das Private ist Politische“⁴¹ wurde thematisiert, dass vieles, was als persönliches Problem empfunden wurde, in Zusammenhang mit den Strukturen der Gesellschaft stand und die Frauen daher das Recht hatten, öffentlich darüber zu diskutieren und Rahmenbedingungen einzufordern, die ihre Situation verbessern würden.⁴² Damit wurden die Grenzen zwischen dem, was persönliche Last, Lust und Verantwortung jeder Person und was ein gesellschaftliches Problem sei, in Frage gestellt und in den Bereich der Politik verschoben.⁴³

Das Jahr 1975 wurde von der UNO als das Internationale Jahr der Frau proklamiert und machte die Notwendigkeit der Gleichstellung von Frauen bewusst.⁴⁴ Die Generalversammlung der Vereinten Nationen setzte dem Internationalen Jahr der Frau

³⁹ In den Siebzigern wurde das Thema Frauen auch auf den Universitäten als neuer Themenschwerpunkt eingefordert. Siehe dazu: Köpl Regina, Feministische Wissenschaftskritik, Erkenntnisproduktion und Politikwissenschaft. In: In: Kreisky Eva, Geschlecht und Eigensinn. Feministische Recherchen in der Politikwissenschaft. (Wien/ Böhlau Verlag/ 1998). S. 24-36.

⁴⁰ Hauch Gabriella, „Wir, die viele Geschichte haben...“. S. 21-26.

⁴¹ Siehe auch zu Lohn für Hausarbeit? Behning Ute, Arbeit und Arbeitsteilung. In: Politikwissenschaft und Geschlecht. Rosenberger Sieglinde, Sauer Birgit (Hrsg.). (Wien/ Facultas/ 2004) S. 199.

⁴² Vgl. Rosenberger Sieglinde, Lieber gleich-berechtigt als später. In: Österreich 1945-1955. Sieder Reinhard (Hrsg.). (Wien/ Verlag für Gesellschaftskritik/1996). S. 356-357.

⁴³ Mesner Maria, Sozialdemokratische Frauen- und Geschlechterpolitik im Österreich der Siebziger Jahre: Versuch einer Einschätzung. In: Wahnsinnswörter? Weibersinn? Wer braucht Feminismus?. Bacher Monika (Hrsg.). (Linz/ Trauner Verlag/ 2000). S. 39.

⁴⁴ Vgl. Mesner Maria, Viele und Verschiedene: die ‚neue‘ Frauenbewegung und die Frauentage. In: Frauentag!. Mesner Maria, Niederkofler Heidi, Zechner Johanna (Hrsg.). (Wien/ Erhard Löcker GesmbH/ 2011). S. 175.

drei Ziele: Gleichstellung, Entwicklung, Friede, welche zu verstehen sind als Gleichberechtigung von Mann und Frau, Integrierung der Frauen in das umfassende wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklungsprogramm auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene und schließlich als Beitrag der Frauen zum Weltfrieden.⁴⁵

Eine der Zielsetzungen des UNO-Weltaktionsplanes war die bevölkerungsanteilmäßige Bestellung von Frauen in wähl- und ernennbaren öffentlichen Ämtern und Funktionen. Das Bedürfnis von Frauen nach einer stärkeren Antizipation am öffentlichen Leben führte zur Gründung einer Vielzahl von autonomen Fraueninitiativen und Projekten.⁴⁶ Zeitgleich mit dem Einfluss der „Neuen Frauenbewegung“ wandten sich immer mehr Frauen von den etablierten Parteien ab. Zu wenig konnten diese die Forderungen nach einer modernen, gleichgestellten Gesellschaft erfüllen. Die Abkehr vieler Frauen von den Großparteien erklärt auch das Umdenken dieser. So werden langsam Frauenfragen getrennt von Familienfragen betrachtet, ohne dass dafür jedoch eine eigenständige Regierungsstelle eingerichtet wurde.⁴⁷

Seit 1966, während der ÖVP-Alleinregierung unter Bundeskanzler Klaus, gab es keine österreichische Regierung mehr, der keine Frau angehörte. In den dreizehn Jahren Regierungsarbeit unter der SPÖ-Führung Kreiskys sollte sich die frauenpolitische Situation stark verändern. Die oben angeführten Faktoren führten zu einem Umdenken in der Frauenpolitik. Um mehrheitsfähig zu bleiben, musste sich die Politik dem gesellschaftlichen Wandel anpassen. Hertha Firnberg, Frauenvorsitzende der SPÖ, wurde mit der Leitung des damals neu geschaffenen Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung betraut. Sie setzte sich als Ministerin „auf dem Gebiet der Hochschulreformgesetzgebung für die Realisierung der Gleichheitschancen von Frau und Mann auf dem Bildungssektor ein.“⁴⁸ Die erste Staatssekretärin wurde im selben Jahr in die Regierungsmannschaft berufen. Im Sozialministerium sollte sie sich mit sozialen Frauenfragen beschäftigen. Mit der absoluten Mehrheit der SPÖ im Jahr 1971 zogen zwei weitere Frauen in die Regierung ein. Das Staatssekretariat im

⁴⁵ Vgl. Hans Heinz Fabris, Hertha Kreuzhuber, Das Internationale Jahr der Frau 1975 und die Darstellung von Frauenthemen in den österreichischen Massenmedien. Eine Untersuchung der Berichterstattung österreichischer Druckmedien über die Themen „Internationales Jahr der Frau 1975“, „Berufliche und soziale Stellung der Frau“, „Diskriminierung und Emanzipation (Gleichberechtigung)“. (Herausgegeben vom Bundesministerium für soziale Verwaltung). S.10.

⁴⁶ Vgl. Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 116-119.

⁴⁷ Vgl. Pribyl Emma, Frauenpolitik nach 1945 in Österreich. (Wien/ Univ., Diss./ 1990). S. 36-38.

⁴⁸ Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 106.

Sozialministerium wurde auf zwei neue Ressorts aufgeteilt. Dr.in Ingrid Leodolter wurde mit dem Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz beauftragt und die Gewerkschaftlerin Elfriede Karl wurde als Staatssekretärin im Bundeskanzleramt untergebracht. Ihr Aufgabenbereich war Familienpolitik und Frauenfragen, damit existierte erstmals in Österreich eine von einer Frau geleitete Regierungsstelle, die sich ausschließlich auf Fragen der Familien- und Frauenpolitik beschränkte. Bis weit in die 1970er-Jahre hinein wird Frauenpolitik also nicht losgelöst von Familienpolitik behandelt. Frauenspezifische Probleme wurden angeführt, jedoch verblieb die politische Zuständigkeit in dem Regierungsressort „Familienpolitik und Frauenfragen“.⁴⁹ Der Einfluss der autonomen Frauenbewegung, das Internationale Jahr der Frau, sowie die Berichterstattung der österreichischen Medien schufen das Bewusstsein, dass die Bildung einer Regierungsstelle, die sich ausschließlich mit Frauenfragen beschäftigt, unabdinglich sei.

⁴⁹ Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 106-108.

2. Zur Entstehung des Frauenstaatssekretariates im Jahr 1979

Die Notwendigkeit eines Regierungsressorts, welches sich ausschließlich mit Frauenfragen beschäftigt, geht aus dem vorherigen Kapitel hervor. Doch auch wenn die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine solche Regierungsstelle erforderten, die autonome Frauenbewegung die Trennung von Frauenfragen aus der Familienpolitik proklamierte, herrschte innerhalb der Sozialdemokratie keine Einigkeit über ein eigenständiges Frauenstaatssekretariat oder gar ein Ministerium. Folgendes Kapitel wird die innerparteilichen Vorgänge beschreiben, die schließlich zu der Gründung zweier Staatssekretariate, unter der Führung von Franziska Fast und Johanna Dohnal, die sich mit der Situation der Frau in Österreich beschäftigten, geführt haben.

An den frauenpolitischen Forderungen konnte keine politische Partei vorbei. In Fragen der Frauenemanzipation konnte die Sozialdemokratie aufgrund ihrer Geschichte eine thematische Überlegenheit gegenüber anderen Parteien verbuchen. Die Pionierinnen der Arbeiterbewegung wie auch die Reformpolitik der siebziger Jahre half ihr, sich als die „Frauenpartei“ zu positionieren.⁵⁰ Wie so oft lässt sich daraus leider auf keine tatsächliche Gleichberechtigung innerhalb der Partei schließen. Der Anteil weiblicher Mandatarinnen konnte zwar im Vergleich zu anderen Parteien einen Vorsprung aufweisen, doch war der Prozentsatz auch innerhalb der SPÖ minimal.⁵¹ „Seit der Gründung der Ersten Republik hat sich beispielsweise die Zahl der sozialistischen Mandatarinnen im Nationalrat nur geringfügig verändert. Betrug sie im Jahr 1920 5,9 Prozent, so waren es im Jahr 1975 6,0 Prozent.“⁵² Im Sommer 1971 erklärte Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg vor JournalistInnen, dass sie sich vorstellen könne, dass, wenn die Parteien die Frauen weiterhin so boykottierten, einige Frauen die Geduld verlieren und eine Frauenpartei gründen könnten.⁵³ „Und diese Partei hätte sogar gute Chancen!“⁵⁴ In den Jahren nach der Minderheitsregierung 1971 unter Bundeskanzler Bruno Kreisky konnte die Sozialdemokratische Partei ihre Mehrheit von

⁵⁰ Vgl. Dohnal Johanna, Thurner Erika, Johanna Dohnal - Innensichten österreichischer Frauenpolitiken. Innsbrucker Vorlesungen. (Innsbruck/ Studien-Verlag/2008).

⁵¹ Vgl. Dohnal, Thurner, Johanna Dohnal - Innensichten österreichischer Frauenpolitiken.

⁵² Dohnal, Thurner, Johanna Dohnal - Innensichten österreichischer Frauenpolitiken.

⁵³ Vgl. Feigl Susanne, Johanna Dohnal. was gehen mich seine Knöpfe an?. (Wien/ Überreuter/ 2002). S.94.

⁵⁴ Kurier vom 28.8.1971. S. 2.

Nationalratswahl zu Nationalratswahl ausbauen. Diese Wahlerfolge konnte die SPÖ nur aufgrund des hohen weiblichen Wählerinnenanteils verbuchen. So waren es die Frauen, die wesentlich dazu beigetragen haben, dass die SPÖ im Jahr 1975 die absolute Mehrheit erreichte und diese im Jahr 1979 sogar noch erweitern konnte. Die Wahlforschung zeigt, dass seit 1975 verstärkt Frauen die Sozialdemokraten wählten. Insbesondere berufstätige Frauen gaben vorzugsweise der SPÖ ihre Stimme, Hausfrauen tendierten im Wahlverhalten eher zu der Volkspartei.⁵⁵ Bundeskanzler Bruno Kreisky bekräftigte den Wahlerfolg mit seiner Rede bei der Bundesfrauenkonferenz im November 1979:

„Ich möchte bei dieser ersten großen Frauenkonferenz nach den Wahlen am 6. Mai noch einmal mit aller gebotenen Deutlichkeit sagen, dass wir ohne die Frauen am 6. Mai die Mehrheit nicht hätten gewinnen können. Das beweisen die Meinungsumfragen und das ergibt sich auch aus dem Umstand, dass die Zahl der wahlberechtigten Frauen größer ist als jene der Männer. In noch größerem Maße als die Männer haben uns die Frauen ihr Vertrauen geschenkt. Ohne sie wäre dieser große Erfolg undenkbar, ja rein mathematisch, möchte ich fast sagen, eine Unmöglichkeit gewesen. (...) Der Schluss, den man daraus ziehen kann, scheint mir einfach der zu sein, dass die Frauen sehr viel deutlicher die Politik, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, und zwar vor allem im Hinblick auf die Familien und auf die vielen Aspekte der Sicherheit, empfinden und auch sehr viel eindeutiger honorieren, als das vielleicht bei den Männern der Fall ist. Hier hat unsere Politik die sichtbarsten Früchte getragen.“⁵⁶

Doch die Wahlerfolge sowie die öffentlichen Bekenntnisse zu einer aktiven Frauenpolitik von der Parteispitze und von Mandatären änderten kaum etwas an den KandidatInnenlisten und der Besetzung wichtiger Funktionen. Die Schaffung von Regierungsressorts für Frauenfragen in anderen europäischen Ländern führte zu einer Offensive der Wiener Sozialdemokratinnen.⁵⁷ Im Frühjahr 1979 forderten Anneliese Albrecht, Chefredakteurin der Zeitschrift „die frau“⁵⁸, und Johanna Dohnal, Wiener

⁵⁵ Vgl. Rosenberger Sieglinde, Frauenpolitik in Rot-Schwarz-Rot. Geschlechterverhältnisse als Gegenstand der österreichischen Politik. (Wien/ Braumüller/ 1992). S. 72.

⁵⁶ Stenographisches Protokoll der Bundesfrauenkonferenz der SPÖ 1979, S. 6-7.

⁵⁷ Vgl. Feigl, Johanna Dohnal. was gehen mich seine Knöpfe an?. S.94.

⁵⁸ "die frau" war die Zeitschrift der Sozialistischen Frauen Österreichs. Sie erschien von 1945 wöchentlich bis zur ihrer Einstellung 1987. Sie berief sich auf die Tradition der sozialdemokratischen Monatsschrift "Die Frau", die zwischen 1924 und 1934 erschien und ihrerseits die Nachfolgerin der 1892 gegründeten

Landesfrauensekretärin der SPÖ, bei einer Pressekonferenz im Presseklub Concordia die Schaffung eines eigenen Frauenstaatssekretariates oder eines Frauenministeriums. Verknüpft war die Forderung mit der Bedingung eines eigenen Budgets. Die öffentliche Präsentation der Wiener Frauen löste innerhalb der Partei einen Konflikt aus. Nicht nur bei den Männern, auch bei den SPÖ Frauen war man geteilter Meinung. Obwohl Bruno Kreisky darauf hinwies, dass Staatssekretärin Elfriede Karl auch für Frauenfragen zuständig sei, wie im vorangehenden Kapitel beschrieben, erklärte er sich bereit, mit den Wiener Frauen zu diskutieren. Die damalige Frauenvorsitzende der SPÖ, Hertha Firnberg, war hingegen der Meinung, Frauenfragen sollten integriert, nicht separiert behandelt werden.⁵⁹ Firnberg wurde 1909 geboren und gehörte der Generation der ersten Frauenbewegung an. Sie unterschied sich daher in ihren frauenpolitischen Vorstellungen von modernen Frauenpolitikerinnen wie Johanna Dohnal und den Aktivistinnen der Neuen Frauenbewegung.

Zur Forderung der Wiener Sozialistinnen bei der Wiener Landeskongress im Jahr 1978 nach einer starken Vertretung frauenspezifischer Interessen in einem Staatssekretariat oder einem eigenen Ministerium, meinte Hertha Firnberg, dass man über alles diskutieren, alles vorschlagen könne, wenn man meine, es sei gut. Ihre eigene Meinung dazu war jedoch eine andere.⁶⁰ Auch sie wies auf die Arbeit von Elfriede Karl im Staatssekretariat des Bundeskanzleramtes hin. Firnberg meinte, einem eigenen Frauenressort müsse es an Kompetenzen mangeln und es sei nichts gewonnen, wenn es dann hieße, die Staatssekretärin/Ministerin bringe nichts zusammen. Forderungen müssen realistisch und realisierbar sein.⁶¹ Die Bundesfrauenvorsitzende der SPÖ stand damals also der Schaffung einer Regierungsstelle für Frauenfragen nicht unbedingt positiv gegenüber. „Das war nicht gerade hilfreich, wobei ich Grund zu der Annahme habe, dass sich ihre Reserviertheit teilweise auch auf meine Person bezog, was sich allerdings im Laufe der Zeit geändert hat“⁶², stellte Johanna Dohnal fest.

"Arbeiterinnenzeitung" sowie der 1923 gegründeten Wochenzeitschrift "Die Unzufriedene" war.

⁵⁹ Vgl. Feigl, Johanna Dohnal. was gehen mich seine Knöpfe an?. S.94.

⁶⁰ Vgl. Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 126.

⁶¹ Vgl. Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 126.

⁶² Dohnal, Thurner, Johanna Dohnal - Innensichten österreichischer Frauenpolitiken.

Elfriede Karl und Jolanda Offenbeck, die später Hertha Firnbergs Nachfolgerin als Bundesfrauenvorsitzende wurde, hatten einen ähnlichen Zugang zu dieser Thematik.⁶³ Bei der darauf folgenden Bundesfrauenkonferenz machte Johanna Dohnal einige kritische Anmerkungen zur Präsenz von Frauen in der Politik:

„Genosse Kreisky hat heute gesagt: Wir haben die Mehrheit, weil wir die Frauen haben. Unsere Begrüßungsreden waren heute wieder sehr erfrischend, wir kennen das und freuen uns, dass wir das alle zwei Jahre hören. Es ist interessant, die Entwicklung der Frauenorganisationen in anderen Ländern, vor allem europäischen Ländern, zu beobachten. In Frankreich beginnen die Frauen in zunehmenden Masse eigene Parteien und Wahlgemeinschaften zu gründen. Man bemerkt diese Entwicklung in einigen Ländern. Ich glaube, man darf diesen Trend nicht unterschätzen, denn es sind die fortschrittlichen Frauen, die den sozialistischen Parteien ihrer Länder den Rücken kehren, weil sie sich von ihnen nicht mehr vertreten fühlen. (...) Wir brauchen mehr Frauen als Abgeordnete in den Gemeinden, in den Landtagen und im Parlament.“⁶⁴

Bei den Nationalratswahlen vom 6. Mai 1979 gewann die SPÖ zwei Mandate dazu und konnte somit ihre absolute Mehrheit sogar noch ausbauen. Die Sozialdemokraten erreichten mit 51,03 Prozent die stärkste Mehrheit, die in der zweiten Republik je bei einer Nationalratswahl erzielt wurde. 54,96 Prozent der Wahlberechtigten waren Frauen, es verwundert daher nicht, dass im Wahlkampf ein besonderes Augenmerk auf die Frauen gelegt wurde.⁶⁵ Nicht nur versicherten die SozialdemokratInnen, dass keine andere Partei sich so der Aufgabe der Gleichberechtigung verschrieben habe, sondern es wurde immer wieder gedroht, dass, sollte eine andere Partei in der Regierung sein, verschiedene frauenpolitische Errungenschaften wie die Fristenlösung wieder rückgängig gemacht werden.⁶⁶ So saßen nach der Wahl im Frühling 1979 95 sozialdemokratische MandatarInnen im Nationalrat, die Anzahl der weiblichen Abgeordneten blieb jedoch unverändert. „Ohne Zweifel lässt sich jedoch aussagen, dass aufgrund frauenpolitisch ausgerichteter Wahlversprechen der SPÖ und ihres unerwarteten Wahlerfolges, welcher, wie erwähnt, zu einem wesentlichen Teil auf die

⁶³ Vgl. Feigl, Johanna Dohnal. was gehen mich seine Knöpfe an?. S.94-95.

⁶⁴ Stenographisches Protokoll der Bundesfrauenkonferenz der SPÖ 1978, S. 93.

⁶⁵ Vgl. Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 111.

⁶⁶ Vgl. Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 111-113.

Stimmen der Frauen zurückgeführt wurde, ein deutlich sichtbares Zeichen, das Absichten zur Lösung der Frauenproblematik erkennen ließ, seitens der Regierungspartei erforderlich war.“⁶⁷

Anlässlich des Internationalen Frauentages 1979 sagte Bundeskanzler Bruno Kreisky, er könne sich durchaus mehr Frauen in der Regierung vorstellen:

„So lange man den Frauen nicht wirkliche Chancengleichheit einräumt, kann man auch nicht alle die Begabungen finden, die es unter ihnen gibt. (...) Wenn ich daher irgendwo die Möglichkeit habe, Frauen heranzuziehen, tu ich das gern. Eine Einschränkung muss ich allerdings machen: Ich muss die Gewähr haben, dass sie die Aufgaben so gut erfüllen, wie die zur Verfügung stehenden Männer. Sonst erweist man den Frauen keinen guten Dienst.“⁶⁸

Denkbar unzufrieden waren Teile der SPÖ-Frauen, dass sich trotz Lippenbekenntnissen, die Anzahl der weiblichen Abgeordneten und Regierungsmitglieder kaum erhöhte. Zusätzlich führten einige Anlässe dazu, dass sich schließlich innerhalb der SPÖ ein Bestreben nach einer eigenen frauenpolitischen Stelle formierte.⁶⁹ Anneliese Albrecht war für die Neubestellung der dritten Nationalratspräsidentin im Gespräch, letztlich wurde aber wieder ein Mann mit der Funktion betraut. Außerdem sollte nach der unfreiwilligen Ablöse der Bundesministerin für Gesundheit und Umwelt Ingrid Leodolter ein Mann den Regierungsposten übernehmen.⁷⁰ „All das war kein Renommee für eine Partei, die die Gleichstellung der Frau im öffentlichen Leben und der Politik forderte, sich als >Partei für die Frauen< bezeichnete und selbst behauptete, mit den Stimmen der Frauen die Wahlen gewonnen zu haben.“⁷¹

Für den Herbst 1979 kündigte Bundeskanzler Kreisky eine Regierungsumbildung an. Die Chefredakteurin der Zeitschrift „die frau“ wurde daraufhin aktiv. Kreiskys Schwiegertochter, Eva Kreisky, erhielt einen Anruf von Anneliese Albrecht, die diese zu einem persönlichen Gespräch bat. Die beiden Frauen trafen sich in der Konditorei

⁶⁷ Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 115.

⁶⁸ Die Frau 12/1979. S.7.

⁶⁹ Vgl. Feigl, Johanna Dohnal. was gehen mich seine Knöpfe an?. S.96.

⁷⁰ Vgl. Feigl, Johanna Dohnal. was gehen mich seine Knöpfe an?. S.97.

⁷¹ Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 123.

Sluka, am Rathausplatz, hinter dem Parlament.⁷² Die spätere Staatssekretärin konfrontierte Eva Kreisky mit ihrem Anliegen. Albrecht wollte Johanna Dohnal unbedingt in der Regierungsmannschaft haben, sie sah in ihr eine politische Begabung. Da die Bundesfrauenvorsitzende Firnberg ihre persönlichen wie auch politischen Probleme mit Johanna Dohnal hatte, befanden die beiden es für günstiger, Dohnal als Fachfrau für Konsumentenfragen aufzubauen. Durch ihre Tätigkeit im Gemeinderat war ihr der Themenbereich auch nicht fremd. So meinten die beiden, eine konfliktfreie Lösung gefunden zu haben. Hinzu kam, dass Bundeskanzler Kreisky für einen Konsumentenstaatssekretär eher zu gewinnen war. Eva Kreisky versorgte Johanna Dohnal mit Literatur zum Thema Konsumentenschutz und ausgerüstet mit der Fachliteratur fuhr Johanna Dohnal in ihren Italienurlaub.⁷³

Während Frau Albrecht als Vorsitzende der Wiener Sozialdemokratinnen versuchte, Dohnal als Konsumentenstaatssekretärin zu propagieren, hatte Eva Kreisky die Aufgabe, ihrem Schwiegervater die Person Johanna Dohnals nahe zu bringen. Doch es kam anders. Konsumentenfragen fielen in die Zuständigkeit von Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund. Die progressive Johanna Dohnal fand in der Gewerkschaft keinen Rückhalt. Kein Minister wäre bereit gewesen, sie als Staatssekretärin in sein Ministerium zu nehmen. Viel zu offensiv war sie als Person, zu progressiv ihre Forderungen wie der Sechsstundentag.⁷⁴

Innerhalb der SPÖ nahmen die Bemühungen der Frauen konkretere Formen an. Als im September 1979 an die Öffentlichkeit drang, Kreisky wolle ein Staatssekretariat gründen und dieses mit der Gewerkschaftlerin Franziska Fast besetzen, nahmen Frauen aus der autonomen Frauenbewegung so wie einige Funktionärinnen Kontakt zu Hertha Firnberg auf, welche ihnen riet, die Forderung nach einem Regierungsressort direkt bei Bruno Kreisky zu deponieren.⁷⁵ Die Bundesfrauenvorsitzende, die sich lange gegen ein Frauenstaatssekretariat verwehrt hatte, unterstützte plötzlich die Frauen. „Firnberg hat gesehen, dass bei den jungen Frauen die aggressive Dohnalpolitik gut ankommt, man muss um die Wirkung sehen. Man muss als Partei auch auf die Erfolge schauen, da braucht man die Jugend. Dadurch haben die Gemäßigten gesagt, na gut, wenn das bei

⁷² Vgl. Feigl, Johanna Dohnal. was gehen mich seine Knöpfe an?. S.96.

⁷³ Vgl. Feigl, Johanna Dohnal. was gehen mich seine Knöpfe an?. S.96.

⁷⁴ Vgl. Feigl, Johanna Dohnal. was gehen mich seine Knöpfe an?. S.95-97.

⁷⁵ Vgl. Feigl, Johanna Dohnal. was gehen mich seine Knöpfe an?. S.97.

den Jungen gut ankommt“⁷⁶, erzählt die Juristin Dr.in. Erika Seda. Die Sozialdemokratischen Frauen waren gespalten in ihrer Meinung, nicht nur Bundesfrauenvorsitzende Firnberg sah die Notwendigkeit eines eigenen Staatssekretariates nicht. Viele, vor allem ältere, Genossinnen konnten der progressiven Frauenpolitik Dohnals nichts abgewinnen. Es herrschte innerhalb der Sozialdemokratie also keine einstimmige Meinung, wie Frauenpolitik betrieben werden soll. Den „ (...) Konflikt zwischen Frauenpolitik und Politik für Frauen in allen Ressorts (...)“⁷⁷ gab es nach Staatssekretärin Elfriede Karl schon immer und dieser sorgte für Unstimmigkeiten.

Grundsätzlich wurde das geplante Staatssekretariat für Fragen der berufstätigen Frau im Sozialministerium begrüßt, es deckte aber nur einen Teil der frauenpolitischen Forderungen ab. Gerade die autonome Frauenbewegung sah Johanna Dohnal im Aufgabenbereich der Staatssekretärin, war sie es doch, die eine progressive, moderne Gleichstellungspolitik vertrat.⁷⁸ Eine Aktivistin des Wiener Frauenkomitees:

„Noch im Frühsommer 1979, also kurz nach den gewonnen Wahlen, gingen wir zum Kanzler mit der Forderung, dass jetzt dringend etwas Neues in Bezug auf die Frauen geschehen müsse, da man nicht auf den großen Reformen wie Familienrecht und Abtreibungsreform sitzen bleiben dürfe. Es gab damals schon Gerüchte, dass eine Ombudsfrau oder ein eigenes Frauenstaatssekretariat eingerichtet werden sollte. Da haben wir gleich angeknüpft und wollten eine solche Einrichtung im Bundeskanzleramt installiert wissen.“⁷⁹

Auch Anneliese Albrecht ging gemeinsam mit Hertha Firnberg zu Kreisky, um ihn von der Idee zu überzeugen.⁸⁰ In diesem Gespräch wurde klargestellt, dass es im Zuge der Regierungsumbildung ein Staatssekretariat für Konsumentenfragen geben soll. Der Bundeskanzler bat Anneliese Albrecht, dieses zu übernehmen. Sie galt als umgänglich und weniger fordernd als Dohnal, von Seiten der Gewerkschaft gab es daher keine Bedenken. Kurz zuvor wurde Anneliese Albrecht als stellvertretende Vorsitzende des

⁷⁶ Interview mit Dr.in Erika Seda, am 16. April 2012. Die Transkripte der Interviews befinden sich im Besitz der Autorin.

⁷⁷ Interview mit Elfriede Karl, am 11. April 2012

⁷⁸ Vgl. Feigl, Johanna Dohnal, was gehen mich seine Knöpfe an?. S.97.

⁷⁹ Köpl, Frauenpolitik der SPÖ. Reformpolitik im Spannungsfeld bürgerlich-patriarchalischer Hegemonie und sozialdemokratischer Partizipationsstrategie. S.227.

⁸⁰ Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 131.

Parlamentsklubs gewählt, sie bat sich eine Bedenkzeit aus.⁸¹ Anneliese Albrecht erzählt im Interview, wie es zu ihrer Bestellung als Staatssekretärin gekommen ist: „Der (Kreisky, Anmerkung, der Verfasserin) war schon ein bissi ungeduldig auf mich, weil ich gezögert habe. Ich habe Kreisky hoch geschätzt und ich hab ihm viel zu verdanken. Ich war gern Klubobmannstellvertreterin, da konnte ich ein bisschen kämpfen. Da hat der Kreisky gesagt, immer diese Frauen, da wollen sie was werden und dann... Ich bin schon gefragt worden, ich hab mich zweimal geweht.“⁸² Schlussendlich erklärte sie sich einverstanden. So kam es, dass schließlich nicht Johanna Dohnal Konsumentenstaatssekretärin wurde, sondern jene, die für Dohnals Bestellung so gekämpft hatte.

Mittlerweile tauchten immer mehr Vermutungen über die Regierungsumbildung auf, es wurde bereits bekannt, dass Bruno Kreisky plante, mehrere Frauen als Staatssekretärinnen zu bestellen. Bei der Fragestunde des Nationalrates, am 10. Oktober 1979, wandte sich die ÖVP-Abgeordnete Helga Wieser mit der Frage an Kreisky, ob es nicht besser wäre, gleich ein Frauenministerium zu schaffen. Der Kanzler antwortete darauf sarkastisch: „Wenn ich der Zustimmung der Volkspartei sicher wäre, würde ich den Gedanken aufgreifen. Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür.“⁸³ Angeblich erwog dies der Bundeskanzler tatsächlich, allerdings war Hertha Firnberg, die mittlerweile hinter der Forderung nach einem Frauenstaatssekretariat und der Person Dohnal stand, gegen ein eigenes Ministerium.⁸⁴

Nicht nur innerhalb der SPÖ, sondern auch bei den Aktivistinnen der Vorfeldorganisationen, wie auch jener der Organisationen, die in einem Naheverhältnis zur Sozialdemokratie angesiedelt sind, begann sich eine Frauenlobby zu formieren.⁸⁵ Die Arbeiterkammerfrauen wollten mit Beschwerdebriefen an den Parteivorstand und an „die frau“ eine möglichst breite Diskussion über die Unterrepräsentation der Frauen im öffentlichen Leben anregen. Unterstützt wurde dies von dem zur Nationalratswahl gegründeten Komitee „Frauen für Kreisky“ und den Frauenorganisationen der Bundespartei, allen voran den Wiener Frauen.⁸⁶

⁸¹ Vgl. Feigl, Johanna Dohnal. was gehen mich seine Knöpfe an?. S.97.

⁸² Interview mit Anneliese Albrecht, am 4. Oktober 2011

⁸³ Stenographisches Protokoll der 8. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XV. Gesetzgebungsperiode, vom 10.10. 1979.

⁸⁴ Vgl. Feigl, Johanna Dohnal. was gehen mich seine Knöpfe an?. S.97-98.

⁸⁵ Vgl. Feigl, Johanna Dohnal. was gehen mich seine Knöpfe an?. S.97.

⁸⁶ Vgl. Köpl, Frauenpolitik der SPÖ. S.227.

3. Die Regierungsumbildung im Jahr 1979

Die Notwendigkeit einer eigenständigen frauenpolitischen Stelle in Form eines Staatssekretariates oder eines Ministeriums wird im ersten Kapitel beschrieben. Die bestehende Benachteiligung von Frauen im beruflichen wie auch privaten Leben musste eine politische Vertretung erhalten. Dafür benötigte es für Teile der Bevölkerung ein Ressort, welches sich ausschließlich mit Frauenpolitik, herausgelöst aus der Familienthematik, befasst. Vorhergehendes Kapitel beschreibt die Vorgänge innerhalb der Sozialdemokratie, insbesondere der sozialdemokratischen Frauen, die schließlich zu der Gründung des Frauenstaatssekretariates unter Johanna Dohnal geführt haben. Mit der Regierungsumbildung im Herbst 1979 wurden neben dem Frauenstaatssekretariat drei weitere Staatssekretariate gegründet. Sie alle wurden mit Frauen besetzt. Folgendes Kapitel beschäftigt sich mit der Regierungsumbildung und den Ereignissen, die letztendlich zu Kreisky „Paukenschlag“ um die Frauen geführt haben.

Die Autonome Frauenbewegung drängte auf eine progressive, moderne Frauenpolitik. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen erforderten, endlich Frauenpolitik als eigenes Regierungsressort zu betreiben. Aber auch innerhalb der Sozialdemokratie begannen die Frauen einheitlicher für ein Frauenstaatssekretariat zu urgieren.⁸⁷ Nicht allen Frauen der SPÖ war die Notwendigkeit einer solchen Stelle bewusst. „Die Frauen in der Partei waren mehrheitlich nicht die großen Frauenpolitikerinnen, da hab ich mich bei manchen unbeliebt gemacht, manchmal hab ich sie als sozialistische Kerzelweiber bezeichnet. Und das hat sich damals gedreht, junge bewusste Frauen sind gekommen, die innerhalb und außerhalb der Partei standen. Dazu kam die Konkurrenz der Grünen, die einen starken weiblichen Anteil auch an der Spitze hatten. Es war an der Zeit eine andere Frauenpolitik zu betreiben“⁸⁸, erzählt der ehemalige Innenminister Erwin Lanc in einem Interview. Die oft bürgerliche Herkunft der SPÖ-Mandatarinnen ließ den Weitblick für eine moderne Frauenpolitik manchmal nicht zu.

„Die formell-organisatorische Berücksichtigung von Frauenfragen auf Regierungsebene bietet die Chance, die restriktive Abschiebung von Frauenfragen in den privaten Bereich zu unterbinden. Die Institutionalisierung ermöglicht prinzipiell eine Veröffentlichung

⁸⁷ Vgl. Feigl, Johanna Dohnal. was gehen mich seine Knöpfe an?. S.97.

⁸⁸ Interview mit Dr. Erwin Lanc, am 2. November 2011

frauenunterdrückerischer Zustände, sie macht Unterdrückung als gesellschaftlich-politisches Produkt und nicht bloß als individuelles Phänomen transparent.“⁸⁹

Staatssekretärin Elfriede Karl berichtet von ihren eigenen Erfahrungen in der Frauen- und Familienpolitik, dessen Staatssekretariat sie bis zur Regierungsumbildung im Herbst 1979 im Bundeskanzleramt innehatte: „Ich bin 1971 bestellt worden für Familien-, aber auch für Frauenfragen. Ich hab das aber immer auch als familienpolitische Frage gesehen. Für mich war das nie so dezidiert zu trennen, zum Beispiel bei der Familienrecht- und Strafrechtsreform hinsichtlich Abtreibung, Zugang zu Beratung und Empfängnisregelung. Wobei ich aber schon zugeben muss, ich selbst habe nie mit Diskriminierung zu kämpfen gehabt, nicht in der Arbeiterkammer, nicht in der Gewerkschaft. Dass es Abseits der Frau in der Familie auch etwas für die Frauenpolitik geben muss, das ist mir aber erst in Wien wirklich bewusst geworden, dass es da Notwendigkeiten gibt für die Frauen Politik zu betreiben. Da hat auch Johanna Dohnal, indem sie die Dinge zugespitzt hat, durchaus ihre Verdienste. Ich hätte nie die Nerven gehabt in der Öffentlichkeit die Dinge so zuzuspitzen, das muss ich zugeben. Sie hat ja auch innerhalb der Partei ihre Konflikte gehabt.“⁹⁰

Auch diejenigen Frauen der SPÖ, welche die Notwendigkeit einer Regierungsstelle für Frauenfragen nicht sahen, schlossen sich also nach einiger Zeit, mit der Bundesfrauenvorsitzenden Hertha Firnberg, den Wiener Frauen in ihrem Kampf um ein eigenständiges Regierungsressort an. Die umstrittene Wiener Frauensekretärin Johanna Dohnal galt als die moderne Frauenpolitikerin und fand vor allem in der autonomen Frauenbewegung ihren Rückhalt.⁹¹ Im vorigen Kapitel wurden die innerparteilichen Vorgänge beschrieben, wie die Forderung des Frauenstaatssekretariates zu Bundeskanzler Kreisky gelangte. Doch was hat Kreisky schließlich dazu bewogen, gleich vier Staatssekretärinnen in die Regierung zu berufen?

Als die SPÖ bei der Nationalratswahl 1979 ihre absolute Mehrheit noch ausbauen konnte und die Zahl der Mandate sich von 93 auf 95 erhöhte, blieb die Zahl der

⁸⁹ Vgl. Rosenberger, Frauenpolitik in Rot-Schwarz-Rot. S. 108.

⁹⁰ Interview mit Elfriede Karl, am 11. April 2012

⁹¹ Vgl. Feigl, Johanna Dohnal. was gehen mich seine Knöpfe an?. S.97.

weiblichen Mandatsträgerinnen unverändert.⁹² Hatten sich doch die Sozialdemokraten während ihres Wahlkampfes um die Stimmen der Frauen bemüht, sich als die Frauenpartei positioniert und Bundeskanzler Kreisky des Öfteren öffentlich betont, dass die Wahl nur durch die Stimmen der Frauen gewonnen werden konnte, hinterließen die bloßen Lippenbekenntnisse eine Verstimmtheit bei Teilen der Bevölkerung so wie auch innerhalb der Sozialdemokratie, vor allem bei den Wiener Frauen.⁹³ Als Bruno Kreisky die Gesundheits- und Umweltministerin Dr.in Ingrid Leodolter, nicht gerade zur Freude vieler seiner Parteikollegen und -kolleginnen, öffentlich dazu aufforderte, ihr Amt zurückzulegen und dieses mit einem männlichen Nachfolger besetzt wurde, bestand akuter Erklärungsbedarf bezüglich der Frauenquote in der Regierung.⁹⁴

Der ehemalige Handelsminister Josef Staribacher schreibt in seinem Tagebuch: „Minister-Verabschiedungen sind immer etwas unangenehmes, sofern die nicht selbst gehen wie Fröhbauer und Moser. Alles andere, was insbesondere auch der Zeitpunkt so aprubt [sic!] von Kreisky festgesetzt wurde, oder wie bei Leodolter es scheinbar keine menschliche Lösung gegeben hat, wirkt furchtbar peinlich.“⁹⁵ Des Weiteren schreibt er: „Mit unserem Klubobmann-Stellvertreter Anneliese Albrecht hatte ich mich lange Zeit unterhalten, wie Frauen nach Ausscheiden von Leodolter stärker in die Regierungsmannschaft eingebaut könnten und sollten. Kreisky muss hier etwas unternehmen und ich stehe auf dem Standpunkt, dass dies eine richtige Politik ist. Ich habe schon seinerzeit, als der Klub den dritten Präsidenten, nach dem Ableben von Otto Probst wählte, dafür plädiert, eine Frau in diesem Falle käme ja nur Anneliese Albrecht in Frage, diesen Posten bekommen müsste. Ich habe persönlich überhaupt nichts gegen Thalhammer, der sich als Ordner gut bewerte und diesen Posten mit Recht erwarten konnte. Politisch war diese Entscheidung aber falsch.“⁹⁶ Dies spiegelt gut die Stimmung der SPÖ wider. Die Absetzung von Dr.in Leodolter hinterließ innerhalb der Partei keine Hochstimmung. Ein Grund mehr für den Bundeskanzler, aktiv zu werden.

Die Besetzung der vier Staatssekretariate mit vier Frauen wurde und wird häufig als Kreiskys Frauenpolitik beschrieben. Hertha Firnberg spricht dazu in einem „Profil“-

⁹² Vgl. Köpl, Frauenpolitik der SPÖ. S.227.

⁹³ Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 122-123.

⁹⁴ Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 123.

⁹⁵ Tagebuch von Josef Staribacher. Stiftung Bruno-Kreisky-Archiv, Mappe: September – Oktober 1979.

⁹⁶ Tagebuch von Josef Staribacher. Stiftung Bruno-Kreisky-Archiv, Mappe: September – Oktober 1979.

Interview vom erfolgsträchtigen Schachzug eines weisen Politikers, der die Zeichen und Notwendigkeiten der Zeit erkannt habe.⁹⁷ Offenbar handelte es sich bei diesem Schachzug nicht nur um den Kampf um die Frauen, sondern ist vielmehr als Taktik zu sehen, die auf verschiedenen Fronten zeitgleich zum Ziel führte. Nicht nur konnte die autonome Frauenbewegung beruhigt werden, Teile der sozialdemokratischen Frauen zufrieden gestellt werden, die Frauen in der Bevölkerung eine politische Vertretung finden, sondern es konnte auch von der Missstimmung innerhalb der Partei bezüglich der taktlosen Ablösung Leodolters ablenken.

Regina Köpl schreibt in ihrer Dissertation über Frauenpolitik in der SPÖ über zwei weitere realpolitische Überlegungen des Kanzlers.

Unter anderen liegen die Gründe dafür in parteiinternen Machtverschiebungen. Die offenbar starke Machtverflechtung des Finanzministers Androsch mit dem damaligen ÖGB-Präsidenten Anton Benya versucht das Bundeskanzleramt gegen Ende der siebziger Jahre zu durchbrechen, indem ein Gegenpol installiert wurde. Als Bündnispartner boten sich Teile der Parteifrauen an.⁹⁸

Als ein weiterer Grund wird ein Ablenkungsmanöver angeführt. Die erste Lesung der Budgetvorlage für 1980 fiel in den späten Herbst 1979. So konnte von den Budgetdebatten im Nationalrat abgelenkt werden und die Regierungserweiterung überlagerte eine Weile das tagespolitische Geschehen.⁹⁹ Dem stenografischen Protokoll einer Nationalratssitzung ist folgende Aussage des freiheitlichen Abgeordneten Peters zu entnehmen: „Ein Langzeitprogramm für Ablenkungseffekte erhält damit seine Vollendung. Nach Buch und Regie des Herrn Dr. Kreisky!“¹⁰⁰

⁹⁷ Profil, vom 15. Oktober 1979. S. 11.

⁹⁸ Vgl. Köpl, Frauenpolitik der SPÖ. S.228.

⁹⁹ Vgl. Köpl, Frauenpolitik der SPÖ. S.228.

¹⁰⁰ Stenografischen Protokoll der 11. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XV. Gesetzgebungsperiode, Dienstag, 6. 10. 1979. S.843.

3.1. Die vier Staatssekretärinnen

Verschiedene realpolitische Überlegungen, wie innerparteiliche Forderungen, haben Bundeskanzler Kreisky also dazu bewogen, ein Staatssekretariat für Frauenfragen einzurichten. Doch bei der Kabinetterweiterung im Herbst 1979 wurden schließlich vier Staatssekretariate gegründet. Zwei davon sollten sich ausschließlich mit Frauenfragen beschäftigen. Wie kam es zu dieser Entscheidung Kreiskys und welche parteiinternen Machtkonstellationen waren für die Wahl der vier Frauen verantwortlich?

Der Plan Kreiskys, ein Staatssekretariat für die berufstätige Frau zu installieren, wurde bereits im September 1979 öffentlich besprochen. Die Leitung sollte Franziska Fast, die Frauenvorsitzende der Metallergewerkschaft, übernehmen.¹⁰¹ In den Salzburger Nachrichten vom 22.9.1979, sagt Kreisky über Franziska Fast: „Es gibt gewisse Frauengruppen im Berufsleben, die besondere Probleme haben, wie die Hilfsarbeiterinnen, die fast so dastehen wie Gastarbeiter. Und da habe ich mir gedacht, es soll jemand sein, unbekümmert um die Television und all diese Dinge, die ihn nicht interessieren, wenn jemand jahrzehntelang dieses Schicksal erdulden musste. Und das qualifiziert sie für mich. Sie war jahrzehntelang Hilfsarbeiterin. Ich habe sie noch an der Maschine gesehen. Sie ist von einer herrlichen Anständigkeit und ein Naturtalent (...) Sie ist von einer ursprünglichen Eloquenz, das kann auch im Parlament nicht schaden.“¹⁰² Die Bestellung von Franziska Fast dürfte der eigenen Vorstellung und Überlegung des Bundeskanzlers entstammen.¹⁰³

Wie schon beschrieben, gab es das Bestreben der Wiener Frauen, die Wiener Frauensekretärin Johanna Dohnal als Staatssekretärin im Handelsministerium unterzubringen. Die Bestrebungen Anneliese Albrechts und Eva Kreiskys, die progressive Frauenpolitikerin Dohnal als Staatssekretärin für Konsumentenfragen zu installieren, basierten auf der Überlegung, dass es unklug wäre, die ohnehin nicht allzu positive Beziehung zwischen der Bundesfrauenvorsitzenden Firnberg und Dohnal weiter zu belasten. Daher legten sie dem Bundeskanzler nahe, Johanna Dohnal ins

¹⁰¹ Vgl. Feigl, Johanna Dohnal. was gehen mich seine Knöpfe an?. S.97.

¹⁰² Salzburger Nachrichten. Unabhängige österreichische Tageszeitung, vom 22.9.1979. S. 4.

¹⁰³ Vgl. Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 147.

Handelsministerium als Staatssekretärin zu berufen.¹⁰⁴ Bereits als Wiener Gemeinderätin hatte sie sich mit Fragen des Konsumentenschutzes beschäftigt. Diesem Vorschlag haben sich aber Teile der Gewerkschaft widersetzt.¹⁰⁵

Anneliese Albrecht stand als dritte Präsidentin des Nationalrats zur Diskussion. Gewählt wurde, zum Unmut einiger Abgeordneter des Nationalrates, ein Mann. Vor allem den Mitgliedern der Wiener Partei missfiel diese Entscheidung.¹⁰⁶ In der Literatur wird häufig beschrieben, dass Frau Albrecht das Staatssekretariat als Entschädigung zugesprochen wurde. Aus dem persönlichen Gespräch mit der ehemaligen Staatssekretärin wie auch den Tagebuchaufzeichnungen Staribachers geht aber ein anderer Eindruck hervor: „(...) mir ist es gelungen Anneliese Albrecht als Staatssekretärin zu bekommen. Hier hatte ich nicht nur den anfänglichen Widerstand Kreiskys und wahrscheinlich auch der Genossin Firnberg zu überwinden, sondern auch den von Klubobmann Fischer und Albrecht selbst. Diese war nämlich nicht vorgesehen als Staatssekretärin, wollte auch zuerst unbedingt weiter als stellvertretender Klubobmann verbleiben und ist für das Parlament sicherlich ein Verlust, für das Handelsministerium und für mich persönlich, darüber gibt es gar keinen Zweifel für mich, ein riesen Gewinn. (...) Ich werde den Ministern und ganz besonders Kreisky beweisen, wie zweckmäßig eine Staatssekretärin arbeiten kann, wenn man sie lässt und sie entsprechend unterstützt.“¹⁰⁷ Lange überlegte Anneliese Albrecht, ob sie die Position als stellvertretende Klubobfrau, als Mandatarin, aufgeben und ins Handelsministerium übersiedeln sollte. Ganz klar ist für Albrecht die Unvereinbarkeit von Regierungsamt und Mandat. Doch schließlich entscheidet sie sich dafür ins Handelsministerium zu gehen und unter Staribacher zu arbeiten. „(...) letztendlich hab ich mir gedacht, ich mach es, es ist doch eine Auszeichnung.“¹⁰⁸ Was unklar bleibt ist, ob Staribacher sich so um Anneliese Albrecht bemüht hatte, weil dieser partout nicht Johanna Dohnal als Staatssekretärin vorgesetzt bekommen wollte, oder ob es ihm ein persönliches wie politisches Anliegen war. Nachdem Anneliese Albrecht den eigentlich für Johanna

¹⁰⁴ Vgl. Feigl, Johanna Dohnal. Was gehen mich seine Knöpfe an?. S.97.

¹⁰⁵ Vgl. Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 149.

¹⁰⁶ Vgl. Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 123.

¹⁰⁷ Tagebuch von Josef Staribacher. Stiftung Bruno-Kreisky-Archiv, Mappe: September – Oktober 1979.

¹⁰⁸ Videointerview mit Anneliese Albrecht vom 8. April 1998, JDA in der STBKA, zitiert nach: Feigl Susanne, Johanna Dohnal, Was gehen mich seine Knöpfe an? (Wien/ Überreuter/ 2002)

Dohnal vorgesehenen Regierungsposten übernahm und Franziska Fast Staatssekretärin für Frauenfragen mit besonderem Augenmerk auf Fragen der berufstätigen Frauen werden sollte, wären prinzipiell die Forderungen der SPÖ-Frauen nach einem Frauenstaatssekretariat erfüllt worden. Doch das geplante Staatssekretariat deckte nur einen Teil des Geforderten ab.¹⁰⁹ „Das Bedürfnis nach einer progressiv orientierten Frauenpolitik äußerte sich offenbar durch massive Forderungen parteipolitisch unabhängiger Gruppen sowie innerparteilicher Forderungen der sozialdemokratischen Frauen, welche direkt an den Bundeskanzler gerichtet waren.“¹¹⁰ Außerdem hatten die Parteifrauen wie etwa Anneliese Albrecht personelle Wünsche an den Kanzler gerichtet.

Schließlich beschließt der Bundeskanzler, zwei Staatssekretariate für Frauenfragen einzurichten. Er teilt die Frauenpolitik in zwei Arbeitsfelder: Franziska Fast sollte sich im Sozialministerium mit den Problemen der Frau in der Arbeitswelt beschäftigen und Johanna Dohnal sollte im Bundeskanzleramt als Staatssekretärin für allgemeine Frauenfragen arbeiten, da sich kein Minister bereit erklärt hatte, Johanna Dohnal als Staatssekretärin aufzunehmen.¹¹¹ So umstritten war ihre Person, viel zu modern ihre frauenpolitischen Forderungen in der männerdominierten Partei.

Die vierte Staatssekretärin sollte Dr.in. Beatrix Eypeltauer werden. Sie war Linzer Abgeordnete und Präsidentin der österreichischen Mietervereinigung. Die starke oberösterreichische Landesparteiorganisation wollte eine stärkere Vertretung in der Bundespolitik finden. Der geplante oberösterreichische Bautenminister lehnte allerdings ab und der Gewerkschaftler Sekanina wurde anstelle seiner nominiert und öffentlich präsentiert. So wurde dem Wunsch der oberösterreichischen Landespartei entsprechend eine Oberösterreicherin in die Kabinettsweiterung mit hineingenommen. Sie sollte Staatssekretärin für Mieter- und Wohnungsfragen im Bautenministerium werden, qualifizierte sich die Juristin doch durch ihre Tätigkeit in der Mietervereinigung.¹¹² Gerade an der Bestellung Eypeltauers liest sich die Vorgangsweise der Regierungsumbildung bestens ab. So handelt es sich bei der Bestellung der vier Frauen um ein parteiinternes Ziehen um Positionen, Machtkonstellationen wurden gefestigt

¹⁰⁹ Vgl. Feigl, Johanna Dohnal. was gehen mich seine Knöpfe an?. S.97.

¹¹⁰ Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 148.

¹¹¹ Vgl. Köpl, Frauenpolitik der SPÖ. S.229.

¹¹² Vgl. Köpl, Frauenpolitik der SPÖ. S.230.

oder durchbrochen und der Kanzler bewies einmal mehr, dass er Personalentscheidungen alleine traf und diese vorab schon medial bekannt gab. So wurde Beatrix Eypeltauer, nach ihrer eigenen Schilderung erst kurz vor ihrer Präsentation als Staatssekretärin darüber informiert, dass sie für diese Funktion vorgeschlagen werden soll: „Wir waren Mittagessen und ich war ein wenig nervös, wusste ja nicht was passiert. Als ich raus gegangen bin, geht Kreisky auch gerade hinaus und sagt: >Übrigens weil ich dich gerade treffe, ich schlage dich jetzt dem Parteivorstand als Staatssekretärin im Bautenministerium vor.< Hätte ich ihn nicht getroffen, wäre ich nicht informiert worden.“¹¹³ Der Aufgabenbereich der vier Frauen blieb durchaus innerhalb der Frauen zugesprochenen Thematiken. Allgemeine Frauenpolitik, Frauenfragen der Berufstätigen, Konsumentenschutz, Familienlastenausgleich und Wohnbau. Keine Rede davon, Staatssekretariate oder gar Ministerien mit Frauen zu besetzen, die sich mit Wirtschafts-, Finanz-, oder Außenpolitik beschäftigen.¹¹⁴

¹¹³ Interview mit Dr.in Beatrix Eypeltauer, am 30. Oktober 2011.

¹¹⁴ Vgl. Rosenberger, Frauenpolitik in Rot-Schwarz-Rot. S. 106..

3.2. Die Klubtagung in Villach Warmbad

Nun galt es, die geplante Regierungsumbildung den Parteimitgliedern zu präsentieren. Der Parlamentsklub und die Bundesräte der Sozialdemokraten fuhren am 11. Oktober 1979 zu einer Klubtagung nach Villach Warmbad. Kreisky musste zuerst das Parteipräsidium und anschließend den Parteivorstand von der Schaffung vier neuer Staatssekretariate überzeugen.¹¹⁵ Doch bereits zuvor gelangten Gerüchte über die Kabinetterweiterung an die Öffentlichkeit. So zeigten sich viele der Kollegen Kreiskys am Weg nach Kärnten nicht gerade begeistert. „Schon bereits im Zug auf der Fahrt nach Villach wurde lebhaftigst über die Idee Kreiskys, mehrere Frauen als Staatssekretär zu etablieren diskutiert. Abgesehen von der natürlichen Ablehnung der Männer für so eine Frauenschwemme in der Regierung gab es insbesondere für die Berufung Staatssekretär Dohnals größte Verwunderung“¹¹⁶, schreibt Minister Staribacher in seinen Tagebuchaufzeichnungen. Dies lässt durchblicken, dass die Ressentiments der Parteimitglieder verschiedene Ursachen hatten. Abgesehen von der mäßigen Freude der Minister, einen Staatssekretär zu erhalten, da sie dies, Bruno Kreisky erklärte dazu in einem Interview, „als eine Einschränkung ihres Wirkungskreises und als eine Art Kontrollor empfanden“¹¹⁷, gab es noch weitere Gründe, welche die Verstimmtheit vieler Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen erklären. Die Wiener Frauensekretärin Johanna Dohnal fand innerhalb der Partei wenig Rückhalt. Ihre jahrelangen offensiven Forderungen nach einer modernen Frauenpolitik erzeugten bei den Parteikolleginnen und Kollegen oft Unverständnis. Johanna Dohnal erzählt Angelika Zach: „Da gab es natürlich schon auch so ein gewisses Erstaunen. So viele Frauen in der Regierung! Das wäre noch gegangen, aber an meiner Person ist es dann g`hängt. Das hat die vielen Stunden Parteipräsidium benötigt. Das waren ganz einfach Ressentiments gegen mich persönlich. Also wenn Kreisky eine andere vorgeschlagen hätte – ich war zu progressiv...“¹¹⁸

¹¹⁵ Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 150-151.

¹¹⁶ Tagebuch von Josef Staribacher. Stiftung Bruno-Kreisky-Archiv, Mappe: September – Oktober 1979.

¹¹⁷ Bruno Kreisky in: Sendung des Bundeskanzlers. Hörfunksendung des ORF vom 11.4. 1981, zitiert nach: Zach Angelika, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. Entstehungsbedingungen, Gründung und Aktivitäten bis zum Ende der Alleinregierung der SPÖ 1983. (Wien/ Univ., Dipl.-Arb./ 1992). S. 153.

¹¹⁸ Interview Angelika Zach mit Johanna Dohnal in: Vgl. Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen.

In der Rede des Bundeskanzlers auf der Klubtagung in Villach Warmbad führt der Kanzler ausführlich die Vorteile eines Staatssekretariates aus, vergleicht die Anzahl der Staatssekretariate in Österreich mit anderen europäischen Ländern und stellt schließlich drei der vier Staatssekretärinnen vor. Er beschreibt die geplanten Tätigkeiten von Franziska Fast, Anneliese Albrecht und Beatrix Eypeltauer. Johanna Dohnal bleibt unerwähnt.¹¹⁹

Abgesehen von den vier neuen Staatssekretärinnen herrschte in der Partei Verstimtheit darüber wie der Bundeskanzler Personalentscheidungen traf. Staribacher schreibt dazu, es herrsche „Verärgerung darüber, dass in den Zeitungen immer früher etwas zu lesen stand, als letzten Endes die Entscheidungsträger und Gremien etwas wussten, die Ausrede, Kreisky, er hat der Presse oder dem Rundfunk keine Namen genannt, was sicherlich stimmt, was aber niemand befriedigt, wenn jedermann weiß, wie er über die Massenmedien sehr wohl seine personellen Entscheidungen vorbereitet, respr. durch entsprechende Indiskretionen beeinflussen lässt. Noch immer ist eine ungeheure Verärgerung über die Art wie er Minister Leodolter zum Rücktritt gezwungen hat, mit einem Wort Personalentscheidungen (lösen in, Anm. d. Verf.) der letzten Zeit eine große Verstimtheit innerhalb der Partei (aus, Anm. d. Verf.)“¹²⁰ Nicht nur, dass künftig vier neue Staatssekretariate die Regierung erweitern sollten, diese mit vier Frauen besetzt wurden, sondern auch wie diese Personalentscheidungen vom Kanzler kommuniziert wurden, sorgten innerhalb der Partei für keine gute Stimmung.

Auch Regina Köpl zitiert in ihrer Dissertation einen Kritiker der Regierungsumbildung: „Was mich erst recht gestört hat, war die Situation in Villach. Es gab viele Gerüchte, jedoch wurden bei der Parteivorstandssitzung mit dem Referat von Kreisky zunächst noch keine Namen genannt. Die endgültige Beschlussfassung sollte erst nach einer Pause erfolgen. In der Pause stand ich zufällig an der Rezeption und konnte mithören, wie ein bekannter Journalist seiner Redaktion bereits die Namen der vier neuen Staatssekretäre durchgab. Sie können sich nicht vorstellen, wie überrascht ich war, denn es gab ja noch keinen offiziellen Beschluss, der sollte ja erst in der darauf folgenden Sitzung erfolgen. In dieser habe ich dann meinen Unmut über eine solche Farce zum Ausdruck gebracht.“¹²¹

¹¹⁹ Kreisky Rede auf der Klubtagung in Villach Warmbad, 11. Oktober 1979. Stiftung Bruno-Kreisky-Archiv, Box 20: Kreisky – Reden. März 1979 – Dezember 1979.

¹²⁰ Tagebuch von Josef Staribacher. Stiftung Bruno-Kreisky-Archiv, Mappe: September – Oktober 1979.

¹²¹ Interview in: Köpl, Frauenpolitik der SPÖ. S.232.

Obwohl die Mitglieder des Parteipräsidiums zwei Stunden lang diskutierten, schafften sie es nicht, einen Entschluss zu fassen. Nach einer langwierigen Diskussion konnte der Kanzler lediglich erreichen, dass das Präsidium nichts dagegen hatte, wenn er die Personaländerungen dem Parteivorstand berichtete.¹²² So konnte Kreisky sehr geschickt einleitend referieren, dass das Präsidium ihn einstimmig beauftragt hätte, dem Vorstand seinen Bericht zu erstatten. Etwas, was dem Bundeskanzler ohnehin zustand. Die zu Beginn eher negativen Wortmeldungen wurden im Laufe der Diskussion von immer positiveren Beiträgen überdeckt, so drängte er gegen Ende auf eine Abstimmung.¹²³ Bei der Abstimmung selbst wurden der neue Gesundheits- und Umweltminister Salcher und der Bautenminister Sekanina ohne Diskussion einstimmig genehmigt. Die Schaffung der vier Staatssekretariate wurde mit fünf Gegenstimmen angenommen, den Personen aber dann en bloc einstimmig zugestimmt. Die fünf Gegenstimmen stammten, laut Kronenzeitung, von Kärntens Landeshauptmann Wagner, seinem Stellvertreter Frühbauer, Wiens Finanzstadtrat Mayr, dem Bezirksvorsteher Favoritens Braun und dem Bundesrat Suttner.¹²⁴

Die Einstimmigkeit bei den Personen erklärt sich auch dadurch, dass der Kanzler drohte, bei einer Ablehnung seiner Person den Parteivorsitz zurückzulegen.¹²⁵ „Ich war fest entschlossen, es mit aller Kraft durchzusetzen, ich hätte also sicher verzichtet auf meine Funktion, wenn da eine negative Haltung eingetroffen wäre- Das habe ich sehr deutlich gesagt, entweder ihr nehmt’s das an, oder i geh, net? Ich habe aber nie einen Zweifel daran gelassen, dass ich eine Desavouierung als einfach das Ende meiner Tätigkeit betrachten würde. Und da sie das erkannt haben, manche meiner Freunde, so haben sie nicht einmal den Versuch gemacht.“¹²⁶ In seinen Memoiren schreibt Kreisky: „Es gibt auch in unserer Partei konservative Tendenzen, ich gebe das offen zu, aber es ist halt etwas leichter, wenn man jemanden wie mich hat, der dagegen kämpft, als wenn das jemand ist, der sich dabei aufreibt und nicht durchsetzt.“¹²⁷ Dies zeigt einmal mehr wie Kreisky, oft gegen seine eigenen ParteikollegInnen, fortschrittliche Politik betrieben hat.

¹²² Vgl. Feigl, Johanna Dohnal. was gehen mich seine Knöpfe an?. S.99.

¹²³ Tagebuch von Josef Staribacher. Stiftung Bruno-Kreisky-Archiv, Mappe: September – Oktober 1979.

¹²⁴ Vgl. Krone, vom 13.10.1979. S. 2.

¹²⁵ Vgl. Feigl, Johanna Dohnal. was gehen mich seine Knöpfe an?. S. 99-100.

¹²⁶ Profil, Heft 2/1980. S. 18.

¹²⁷ Kreisky Bruno, Rathkolb Oliver (Hrsg.), Der Mensch im Mittelpunkt: der Memoiren dritter Teil. (Wien/ Kremayr & Scheriau/ 1996). S. 25.

Die Männer in der Sozialdemokratie waren zumeist nicht erfreut. Die Bestellung der vier Staatssekretärinnen löste bei ihnen ein derartiges Unverständnis aus, dass sie nicht den Mut hatten, zuzugeben, dass die Frauen der Grund für ihren Widerstand waren. So schoben sie alle möglichen Argumente vor.¹²⁸ Die entstehenden Kosten der zusätzlichen Regierungsämter wurden als Problem angeführt, es wurde darauf hingewiesen, dass das bei der Bevölkerung Unmut hervorrufen würde. Die Vorbehalte gegenüber den Frauen wurden nicht offen geäußert, vielmehr wurden Argumente gegen die Errichtung neuer Staatssekretariate angeführt.¹²⁹ Nicht nur die anfallenden Kosten stellten ein Problem für die Männer dar, auch war es problematisch, dass sich künftig drei Staatssekretariate mit Frauenpolitik beschäftigen sollten. Elfriede Karl im Bundeskanzleramt, Franziska Fast im Sozialministerium und Johanna Dohnal, die auch im Bundeskanzleramt untergebracht werden sollte, da sich kein Minister bereit erklärt hatte, sie aufzunehmen. Auch dafür musste eine Lösung gefunden werden. Es konnten sich nicht zwei Staatssekretärinnen im Bundeskanzleramt der Frauenpolitik widmen. So wurde auf einen möglichen Konkurrenzkampf der Staatssekretärinnen hingewiesen, da sich ihre Aufgabenbereiche teilweise deckten.¹³⁰ Einer der fünf Gegner der Regierungserweiterung sagte dazu: „(...) weiters hat mich gestört, dass die Kompetenzen nicht klar umrissen sind. Alle – mit Ausnahme der Eypeltauer – arbeiten doch im Prinzip über die Familie, dabei kann es leicht zu einer Konkurrenz kommen, und das wäre schade. Es sollte also jede ihr eigenes klar abgegrenztes Betätigungsfeld haben. (...)“¹³¹

Ein weiteres Problem stellte der Plan dar, Johanna Dohnal ins Bundeskanzleramt zu berufen. Wie bereits geschrieben, war Elfriede Karl bereits mit dem Aufgabenbereich Familien- und Frauenpolitik im Bundeskanzleramt betraut. Eine weitere Staatssekretärin zum Thema Frauenpolitik wäre, wie auch einige Parteimitglieder argumentierten, öffentlich schwer zu vertreten.¹³² Sehr überraschend war hier die Hilfestellung von Finanzminister Androsch, der anbot, Staatssekretärin Elfriede Karl ins

¹²⁸ Vgl. Feigl, Johanna Dohnal. was gehen mich seine Knöpfe an?. S. 100.

¹²⁹ Vgl. Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 154.

¹³⁰ Vgl. Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 153-155.

¹³¹ Interview in: Köpl, Frauenpolitik der SPÖ. S.231.

¹³² Vgl. Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 155.

Finanzministerium zu übernehmen, damit Johanna Dohnal ohne Überschneidung im Bundeskanzleramt für alle Frauen zuständig sein konnte.¹³³ Das, obwohl er kurz zuvor versichert hatte, er benötige keinen Staatssekretär. Laut Staribacher habe Androsch diese Bereitschaft nur deshalb gezeigt, um eine weitere Kompetenz ins Finanzministerium zu transferieren.¹³⁴ In einem persönlichen Gespräch habe ich den ehemaligen Finanzminister gefragt, weshalb er sich dazu bereit erklärt hat: „Jedenfalls habe ich mich darüber sehr gewundert, dass eine zweite Staatssekretärin ins Kanzleramt genommen werden sollte. Ich hielt es auch deshalb für keine gute Idee, weil ich Anspannungen, die auch öffentlich geworden wären, befürchtete. Ich glaube nicht, dass Johanna Dohnal eine zweite Staatssekretärin in ihrem Umfeld wirklich geduldet hätte. Dem damaligen Klubobmann Fischer habe ich von meinen Vorbehalten erzählt und den Vorschlag zur Diskussion gebracht, Elfriede Karl doch als Staatssekretärin ins Finanzministerium zu berufen. Ich habe Elfriede Karl schon damals sehr geschätzt und stehe bis heute mit ihr in guter Verbindung. Ich war mir sicher, das Bundeskanzler Kreisky schwer nein sagen konnte. Anlass für meine Initiative war nicht zuletzt das Gerücht, dass mir Kreisky einen Staatssekretär als Aufpasser ins Finanzministerium setzen möchte. Das wollte ich partout nicht. Bei einer Sektionschefbesprechung habe ich das Gerücht zur Sprache gebracht und gemeint, meine Herren für mich kommt ein Staatssekretär nicht in Frage, zudem ist jeder von Ihnen gewissermaßen bereits ein Staatssekretär. Natürlich hatte ich nach meinem Eintreten für Elfriede Karl Erklärungsbedarf. Mein Kalkül war, damit schütze ich sowohl Elfriede Karl wie auch mich, sie war gewissermaßen mein Hitzeschild gegen die Umsetzung des Plans von Kreiskys.“¹³⁵ So machte es der ehemalige Finanzminister mit einem, wie er zugibt, eigennützigem Vorschlag möglich, dass sich Johanna Dohnal im Bundeskanzleramt der Frauenpolitik widmen konnte.

Die Aufregung über die Bestellung der vier Staatssekretärinnen alleinig auf die Besetzung vierer Regierungsstellen mit vier Frauen zurückzuführen, wäre meiner Meinung nach zu kurz gegriffen. Die Kritik aus den Reihen der Sozialdemokratie war vielfältig. Es handelte sich bei der Regierungsumbildung um eine Kompromisslösung, die nur Teile der Partei zufrieden stellte. Wie auch Johanna Dohnal selbst sagt, handelt

¹³³ Vgl. Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 155.

¹³⁴ Vgl. Tagebuch von Josef Staribacher.

¹³⁵ Interview mit Dr. Hannes Androsch, am 26. April 2012.

es sich größtenteils um Ressentiments gegen die Person Dohnal, die sich kompromisslos für die Rechte der Frau einsetze. Gegen die anderen drei Frauen gab es vor allem von den jeweiligen Ministern Vorbehalte, die sich keinen „Kontrollor“ im Haus wünschten. Doch abgesehen von den Vorbehalten gegen das Geschlecht herrschte innerhalb der Partei eine schlechte Stimmung, da sich viele Parteimitglieder von der Vorgangsweise Kreiskys vor den Kopf gestoßen fühlten. Die Medien konnten bereits vor dem Beschluss im Parteivorstand die Namen der vier Frauen bekannt geben und der Kanzler duldet keinen Widerspruch bei seiner Entscheidung. So sind Teile der Kritik, glaube ich, unabhängig von den Frauen zu sehen und auf die innerparteiliche Handhabung, personelle Entscheidungen zu treffen, zurückzuführen.

3.3. Die öffentliche Kommunikation der Regierungsumbildung

Dem Kanzler stand nun die schwierige Aufgabe bevor, die Regierungsumbildung der Öffentlichkeit zu präsentieren und ihre Notwendigkeit zu argumentieren. Besonders hilfreich war die öffentliche Kritik einiger Männer in der SPÖ dabei nicht. Nachdem die neuen Staatssekretärinnen und Minister bei der Klubtagung am 11. Oktober 1979 in Villach von den sozialistischen Abgeordneten und BundesrätInnen zur Kenntnis genommen wurden, gab der Vorsitzende der Sozialdemokraten Bruno Kreisky bei einer Pressekonferenz öffentlich die, bereits vielen Medien bekannte, Zusammensetzung der umgebildeten Regierung bekannt.¹³⁶

Der Bundeskanzler stellte seine vier neuen Staatssekretärinnen wie folgt vor: Die vier Frauen repräsentieren die ganze Palette weiblicher Funktionärinnen in der sozialistischen Bewegung. Jede ist eine bemerkenswerte Persönlichkeit und er sei überzeugt, dass sie nicht nur nützliche Arbeit innerhalb der Ressorts, in denen sie wirken sollen, leisten werden, sondern darüber hinaus eine wertvolle Bereicherung der Bundesregierung darstellen.¹³⁷ Um Kritik der Opposition vorweg entgegen zu wirken, meinte der Kanzler weiters, dass erst kürzlich von der ÖVP ein Ministerium für Frauenfragen urgiert worden sei und dies sei eine gute und nützliche Vorbereitung dafür.¹³⁸ Dabei spielte Kreisky auf die Frage der ÖVP-Abgeordneten Helga Wieser an, die in einer Fragestunde des Nationalrats gefragt hatte, ob es nicht besser wäre, gleich ein Frauenministerium zu schaffen.¹³⁹ Zeitgleich ist es interessant, dass der Parteivorsitzende öffentlich bekennt, zu glauben, eine Vorbereitung auf ein Frauenministerium wäre notwendig und die Möglichkeit unter einem Minister als Staatssekretärin zu arbeiten eine gute Vorbereitung dazu.

Die entstehenden Kosten der neuen Staatssekretariate rechtfertigte der Kanzler damit, dass diese pro Beschäftigten jährlich 37 Groschen betragen, pro Einwohner 14 Groschen und pro Bundesbediensteten 2,90 Schilling jährlich. Der Nutzen, den

¹³⁶ Vgl. Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 169.

¹³⁷ Sozialistische Korrespondenz vom 12. Oktober 1979. S. 12.

¹³⁸ Vgl. Sozialistische Korrespondenz vom 12. Oktober 1979. S. 13.

¹³⁹ Stenographisches Protokoll der 8. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XV. Gesetzgebungsperiode, vom 10.10. 1979.

Staatssekretäre stiften können, ist so groß, dass diese Ausgabe der Bevölkerung zugemutet werden könne.¹⁴⁰ Zu den Einwänden, ob man nicht vielleicht mit weniger Staatssekretären auskommen könne, stellte Kreisky fest, dass es sich hier um eine prinzipielle Frage handle, dass es zu einem sichtbaren Durchbruch der Frauen kommen müsse. Er stelle damit bewusst zur Diskussion, dass mehr Frauen öffentliche Funktionen ausüben sollen auf Grund ihrer geänderten Rolle in der Gesellschaft und dass die SPÖ als erste die Verpflichtung habe, diesem Grundsatz weitestgehend Rechnung zu tragen.¹⁴¹ Bei den vier Frauen, die nach dem Beschluss des Parteivorstandes Kandidatinnen der gesamten Partei sind, seien diese die Qualifiziertesten für diese bedeutenden Bereiche. Zur Bewährung von Frauen in politischen Ämtern meinte er: „Wir leben ja leider in einer Gesellschaft, in der die Frauen besser sein müssen als die in der Regel zur Verfügung stehenden Männer, wenn sie anerkannt werden sollen.“¹⁴² Er sei „gar nicht böse über die Diskussionen die kommen werden“¹⁴³, weil die SPÖ damit bewusst zur Diskussion stelle, wie wichtig es sei, dass es mehr Frauen in öffentlichen Positionen gibt.¹⁴⁴ „Wenn in der Presse gelegentlich die Frage gestellt wird, was die Staatssekretäre eigentlich machen, so sei das ein Zeichen dafür, dass sich die Journalisten zu wenig um die Arbeit der Staatssekretäre gekümmert haben.“¹⁴⁵ Der Kanzler lade die JournalistInnen ein, sich dieser Aufgabe zu widmen, so werden sie den Tag relativ angestrengt beenden.¹⁴⁶ Des Weiteren wies der Kanzler auf eine Zeit großer Bewusstseinsveränderungen hin. Längst sei es nicht mehr so, dass die Frage der Gleichheit von Mann und Frau nur mehr Lippenbekenntnis sein kann. Die Sozialdemokratische Partei würde an Glaubwürdigkeit verlieren, wenn sie hier nicht zeigen würde, dass sie bereit ist, etwas zu tun.¹⁴⁷

Kreisky wies abschließend darauf hin, dass in den Ressorts ohne Staatssekretär die Zahl der BeamtenInnen in den Zentralstellen stärker gestiegen sei als in den Ressorts mit

¹⁴⁰ Vgl. Sozialistische Korrespondenz vom 12. Oktober 1979. S. 13.

¹⁴¹ Sozialistische Korrespondenz vom 12. Oktober 1979. S. 13.

¹⁴² Vgl. Sozialistische Korrespondenz vom 12. Oktober 1979. S. 13.

¹⁴³ Interview mit Bruno Kreisky in: Zeit in Bild 2. TV-Sondersendung des ORF vom 11.10.1979, zitiert nach: Zach Angelika, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S:169.

¹⁴⁴ Vgl. Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 170.

¹⁴⁵ Sozialistische Korrespondenz vom 12. Oktober 1979.

¹⁴⁶ Vgl. Sozialistische Korrespondenz vom 12. Oktober 1979.

¹⁴⁷ Vgl. Sozialistische Korrespondenz vom 12. Oktober 1979.

Staatssekretär. Insgesamt sei es zu keiner Aufblähung des BeamtInnenapparates gekommen. Als weitere Rechtfertigung nannte er zum Vergleich einige Länder, in denen es weit mehr StaatssekretärInnen und MinisterInnen gebe.¹⁴⁸

Bruno Kreisky argumentierte die Regierungsumbildung im Nationalrat damit, dass die Arbeit in einem Ministerium effizienter gestaltet werden könne, wenn hierfür ein Staatssekretär zur Verfügung stehe.¹⁴⁹ Weiters stehe er nicht an, seine frühere Bemerkung über Staatssekretäre zu bedauern. Für die Arbeit des Nationalrates sei die Bestellung der acht Staatssekretäre wünschenswert, da es für die Beratungen in den Parlamentsausschüssen sicher besser sei, wenn statt eines Beamten ein Staatssekretär den Minister vertrete.¹⁵⁰ Der Kanzler erklärte, dass er sich zur erfolgten Regierungsumbildung nicht leichten Herzens entschlossen habe¹⁵¹: „Wenn diese Regierung nun mehrere Staatssekretäre – und da vor allem weibliche – aufweist, dann möchte ich hier auch in aller Form zum Ausdruck bringen, dass hier nicht nur ein spektakulärer Dienst den Bestrebungen gegenüber, die es im Hinblick auf die Gleichberechtigung und die stärkere Mitverantwortung der Frauen gibt, erwiesen wurde, sondern dass es sich hier um Persönlichkeiten handelt, die als solche auf die schweren Aufgaben, die ihnen (...) übertragen wurden, auch im höchsten Maße vorbereitet sind.“¹⁵²

Der SPÖ-Zentralsekretär Blecha meinte zu Regierungsumbildung im Nationalrat: „Die Benachteiligung der Frauen ist ein strukturelles Problem, dessen Lösung von Anbeginn ein Anliegen der Sozialdemokratie gewesen ist.“ Er erinnert an die Errungenschaften der SozialdemokratInnen im Kampf um die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Ferner führt er aus, dass die SPÖ den Kampf mit den Frauen geführt habe und ihn mit ihnen gewinnen werde. Bereits heute sei die politische Repräsentation der Frauen größer denn je. Er kritisierte die Meldungen von ÖVP-Funktionären, die mit der Abwertung

¹⁴⁸ Vgl. Sozialistische Korrespondenz vom 12. Oktober 1979. S. 14.

¹⁴⁹ Stenographisches Protokoll der 8. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XV. GGP, vom 10.10.1979. S. 587.

¹⁵⁰ Vgl. Sozialistische Korrespondenz vom 07. November 1979. S. 1.

¹⁵¹ Vgl. Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 171.

¹⁵² Stenographisches Protokoll der 11. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XV. GGP, vom 6. 11.1979. S. 851.

der Staatssekretärinnen als „Gehilfinnen“ die Vorurteile gegen Frauen festigen wollen.¹⁵³

In der gleichen Nationalratsdebatte erklärte die Abgeordnete Jolanda Offenbeck, dass die Bestellung der vier neuen Staatssekretärinnen ein Signal sei, das hoffentlich in ganz Österreich gehört wird und seinen Niederschlag in Kammern und Gewerkschaften, Ämtern, Schulen, Gerichten und Krankenhäusern und in den großen und kleinen Parteien finde.¹⁵⁴ Sie erwarte sich eine breite Diskussion über die schlechteren Verdienstmöglichkeiten, die geringeren Aufstiegschancen und die bessere Bildung aus Ausbildung von Frauen. Die Bestellung von insgesamt sechs weiblichen Regierungsmitgliedern sei die logische Konsequenz aus der Regierungserklärung und es sei typisch, dass die Konservativen in der verstärkten Regierungsbeteiligung der Frauen keine Aufwertung der Frauen sehen und versuchen, die Funktion des Staatssekretärs abzuwerten.¹⁵⁵ Kreisky habe vor fünf Jahren bei der Bundesfrauenkonferenz der SPÖ die Sozialistinnen zu einer militanten und konsequenten Gesinnung ermuntert und gesagt, er nehme auch fünf Frauen in seine Regierung. Heute sind es sechs und das Wesentliche dabei sei wohl, dass künftig keine Regierung mehr an den Frauen vorbeigehen können würde. Die Politikerinnen würden nicht automatisch alle Frauenprobleme lösen können. Man erwarte keine Schonfrist, aber doch die Fairness, die man auch einem Mann zubilligt. Schade sei, so meint Offenbeck, dass die ÖVP-Abgeordnete Hubinek keine Frauensolidarität zeige. Vielmehr versuche sie, ihren Parteiobmann an Ironie zu übertreffen. Abschließend appellierte die Abgeordnete an die Medien, bei der Berichterstattung über Frauen tradierte Klischees zu überdenken.¹⁵⁶

¹⁵³ Vgl. Sozialistische Korrespondenz vom 07. November 1979. S. 3.

¹⁵⁴ Vgl. Sozialistische Korrespondenz vom 07. November 1979. S. 5.

¹⁵⁵ Vgl. Sozialistische Korrespondenz vom 07. November 1979. S. 5.

¹⁵⁶ Vgl. Sozialistische Korrespondenz vom 07. November 1979. S. 6.

3.4. Die Bundesfrauenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei im Jahr 1979

Die Bundesfrauenkonferenz 1979 bot mit ihrem Datum, dem 13. und 14. November, eine ideale Plattform für die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen, die Argumente für die Regierungsumbildung verstärkt zu untermauern, den Kritikpunkten der Opposition Gegenargumente vorzubringen, die Berichterstattung der Medien zu bemängeln und nicht zuletzt die eigenen Funktionäre zu ermahnen. Keine Rednerin und kein Redner ließ die Gelegenheit aus, zu der Bestellung der vier Staatssekretärinnen zu sprechen. Folgender Teil der Arbeit wird versuchen, ein Stimmungsbild der wichtigsten Sitzung der Sozialdemokratischen Frauen wiederzugeben.

Bei seiner Rede bei der Bundesfrauenkonferenz wies der Kanzler erneut darauf hin, wie wesentlich die Frauen zu dem Erfolg der Sozialdemokratischen Partei bei der Wahl 1979, bei der die SPÖ unerwartet zwei Mandate gewann und die absolute Mehrheit ausbauen konnte, beigetragen haben. Ferner entkräftet er die Kritik, die Staatssekretariate wären nur gegründet worden, um den Frauenanteil in der Regierung zu erhöhen: „Ich war nicht dafür, dass das deshalb geschieht, weil es Frauen sind, sondern ich musste als Vorsitzender der Bundesregierung einen anderen Gesichtspunkt in den Vordergrund rücken, nämlich den, dass die Aufgaben, die hier in besonderer Weise wahrgenommen werden, so schwierig sind und dass es so wichtig ist, dass die Ausgewählten auch Erfolg haben, dass ich sagen möchte: Wären es keine Frauen gewesen, sondern Männer, hätten wir auch keine andere Wahl getroffen.“¹⁵⁷ Weiters erklärte er: „Ich möchte also mit aller Deutlichkeit heute vor Ihnen sagen, dass wir diese Regierungsumbildung als das sichtbarste Signal für einen geistigen Prozess ansehen, der weitergehen und alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens allmählich erfassen muss. Wir haben ein Versprechen, das wir gegeben haben, eingelöst, mehr als eingelöst, und ich möchte heute das nächste Versprechen namens der Sozialistischen Partei abgeben, dass es uns um diesen Emanzipationsprozess, um die Förderung dieses Prozesses sehr ernst ist.“¹⁵⁸

Dr.in Hertha Firnberg hielt als Bundesfrauenvorsitzende die Eröffnungsansprache und auch sie wies, wie zuvor der Kanzler, auf den hohen weiblichen WählerInnenanteil hin.

¹⁵⁷ Stenographisches Protokoll der Bundesfrauenkonferenz der SPÖ 1979. S. 8.

¹⁵⁸ Stenographisches Protokoll der Bundesfrauenkonferenz der SPÖ 1979. S. 9-10.

Mehr als einmal erwähnte sie, dass die SPÖ die einzig wahre Partei für die Frauen sei. Keine andere Partei würde die Interessen der Frauen glaubwürdiger vertreten.¹⁵⁹ „Die Sozialisten – und ich betone noch einmal, sie alleine – sind für die Frauen, die Schwächeren in der Wirtschaft und in der Gesellschaft, eingetreten.“¹⁶⁰ Nach einem langem Exkurs über die Errungenschaften der SozialdemokratInnen für die Frauen kommt sie auf die erfolgte Regierungsumbildung zu sprechen: „Bundeskanzler Kreisky hat als Regierungschef immer wieder bewiesen, dass Chancengleichheit und Partnerschaft auch zwischen den Geschlechtern für ihn nicht nur ein Lippenbekenntnis ist, sondern ein echtes Anliegen sozialer und demokratischer Gesinnung.“¹⁶¹ Es wurde mit der Bestellung der vier Staatssekretärinnen ein neues Blatt in der Geschichte der Frauenpolitik aufgeschlagen, „mehr Frauen in die aktive Politik, mehr Frauen in politische Spitzenfunktionen.“¹⁶² Die Bundesfrauenvorsitzende lässt sich die Gelegenheit nicht nehmen, auf die Kritik der Opposition einzugehen: „Lassen wir uns nicht irritieren. Es können die Gestrigen sich über uns mokieren und darüber lästern, wir wissen nur zu gut, dass hier ein unübersehbares Signal gesetzt wurde für die Bereitschaft der Sozialisten die Zukunft mit den Frauen, also nicht nur für sie, sondern mit ihnen, und für die Bereitschaft der Frauen, hohe politische Verantwortung zu übernehmen.“¹⁶³ Weiters führt sie aus: „Ich möchte alle bitten, die Krokodilstränen vergossen haben, weil es „nur“ Staatssekretärinnen sind, diese Tränen zu trocknen. Wir lassen uns diesen Erfolg nicht vergrämen, und wenn für Kreisky, Rösch, Weikhard, Lausecker und Haiden, der Posten eines Staatssekretärs gut war, dann sehe ich nicht ein, warum er nicht für uns Frauen gut sein sollte.“¹⁶⁴

Wenig überraschend sind die Aussagen der Ministerin, war sie es doch, die sich lange gegen ein Staatssekretariat für Frauenfragen und bis zum Schluss gegen ein eigenes Frauenministerium gewehrt hatte.

¹⁵⁹ Vgl. Stenographisches Protokoll der Bundesfrauenkonferenz der SPÖ 1979. S. 50.

¹⁶⁰ Stenographisches Protokoll der Bundesfrauenkonferenz der SPÖ 1979. S. 50.

¹⁶¹ Stenographisches Protokoll der Bundesfrauenkonferenz der SPÖ 1979. S. 59.

¹⁶² Stenographisches Protokoll der Bundesfrauenkonferenz der SPÖ 1979. S. 60.

¹⁶³ Stenographisches Protokoll der Bundesfrauenkonferenz der SPÖ 1979. S. 60.

¹⁶⁴ Stenographisches Protokoll der Bundesfrauenkonferenz der SPÖ 1979. S. 60.

Abschließend bedankte sich die Bundesfrauenvorsitzende bei Kanzler Kreisky: „Ich möchte Sie, liebe Genossinnen, bitten mir zu gestatten, im Namen der Frauen dem Bundeskanzler nicht nur für sein Vertrauen, sondern auch für seine Courage den Dank auszusprechen.“¹⁶⁵

Die Regierungsumbildung im Jahr 1979 erregte aufgrund der vier Frauen großes Aufsehen und ging als Kreiskys „Paukenschlag“ um die Frauen in die Geschichte ein. Dass es sich dabei nicht um eine Idee des Kanzlers handelte,¹⁶⁶ sondern wie bereits in den vorangegangenen Kapitel beschrieben, eine innerparteiliche Kompromisslösung zu der, von den Wiener Frauen, geforderten Regierungsstelle für Frauenfragen war, schien bereits ein Monat nach der Klubtagung in Villach Warmbad vergessen. Eine Döblinger Genossin meldete sich daraufhin zu Wort: „Das Referat war sehr interessant und schön, nur eines hat mich furchtbar an den Ausführungen gestört, und zwar der Ausspruch: Es war eine Courage unseres Bundeskanzlers, die vier Staatssekretärinnen zu ernennen. Werte Genossinnen! Ich glaube, eher als Courage war es die Leistung unserer Frauen.“¹⁶⁷ Genossin Firnberg ließ es sich natürlich nicht nehmen darauf zu reagieren: „(...) wegen der Genossinnen gehört keine Courage dazu, das habe ich nicht gemeint. Aber wenn ihr, liebe Genossinnen, in den Parteikörperschaften, wo das besprochen worden ist, auf der Konferenz in Villach dabei gewesen wärt, wenn ihr gehört hättet, was da alles gesagt worden ist, dann würdet ihr wissen, dass sehr viel Courage vom Genossen Kreisky dazugehört hat, gleich vier Frauen in ein Amt in die Regierung zu berufen.“¹⁶⁸ Ferner nahm sie die Gelegenheit wahr um das Verhalten mancher Parteimitglieder zu kritisieren: „Ihr lest diese Zeitungen wahrscheinlich nicht, das „profil“ und ähnliche, die wiedergeben, was Genossen dazu gesagt haben, dass vier Frauen in ein solches Amt berufen werden. Dass der Genosse Kreisky das durchgehalten hat, dass er nicht umgefallen ist und sich nicht bestürmen und bedrängen hat lassen, zwei oder drei wieder zurückzunehmen – das ist Courage, und die wünsche ich mir von allen unseren Männern und von allen unseren Frauen. Das war gemeint.“¹⁶⁹

¹⁶⁵ Stenographisches Protokoll der Bundesfrauenkonferenz der SPÖ 1979. S. 60.

¹⁶⁶ Vgl. Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 173.

¹⁶⁷ Stenographisches Protokoll der Bundesfrauenkonferenz der SPÖ 1979. S. 84.

¹⁶⁸ Stenographisches Protokoll der Bundesfrauenkonferenz der SPÖ 1979. S. 95.

¹⁶⁹ Stenographisches Protokoll der Bundesfrauenkonferenz der SPÖ 1979. S. 96.

Obwohl sie ihre Aussage erklärte, folgte keine Danksagung für jene Frauen, die so um das Frauenstaatssekretariat gekämpft hatten.

Auch Staatssekretärin Johanna Dohnal sprach bei der Bundesfrauenkonferenz im Jahr 1979. Johanna Dohnal bedankte sich weder bei Bundeskanzler Kreisky, noch pries sie die Errungenschaften der Sozialdemokratie an. Viel mehr fordert sie, es als „Beginn des nächsten Schrittes“¹⁷⁰ zu sehen. Zu der Resonanz der Regierungsumbildung in den Medien sagt sie: „(...) Es hat dies großes Echo ausgelöst, wir haben das in den Parteien, in den Medien verfolgt, wobei die Darstellung in den Medien ja durchaus so war, dass man meinen konnte, das ganze wird nur als ein „G’spaßetl“ betrachtet, das doch hoffentlich niemand ernst nehmen werde. Liebe Genossinnen, wir nehmen das natürlich ernst. Hier wurde falsch spekuliert. Die Bestellung der vier neuen Staatssekretärinnen hat auch bei den Menschen ein großes Echo ausgelöst, hier jedoch vorwiegend ein positives.“¹⁷¹

Die fehlende Solidarität der ÖVP-Frauen bleibt in ihrer Rede nicht unerwähnt: „Sehr schade war, dass es keine Solidarität der weiblichen ÖVP-Abgeordneten mit uns gegeben hat, sowohl in den Medien als auch im Parlament. Hier hätten die ÖVP-Frauen ruhig einmal über ihren eigenen Schatten springen und diese Angelegenheit positiv sehen können. Sie taten es leider nicht, wir sollten ihnen aber trotzdem Zusammenarbeit anbieten.“¹⁷² Der immer wieder, von Opposition wie auch Funktionären, vorgebrachten Kritik die Aufgabenbereiche der fünf Damen¹⁷³ würden sich überschneiden und daher sei es öffentlich nicht rechtfertigen, weshalb so viele neue Staatssekretariate notwendig wären, versuchte sie entgegenzuwirken: „Das sind nicht vier zu viel, da sind sie eher zu wenig. Es ist klar, dass wir alle bemüht sein müssen, zusammenzuarbeiten, und ich glaube wir werden zusammenarbeiten, Man spürt ja schon die trügerische Erwartung, dass das vielleicht nicht so klappen wird, dass Schwierigkeiten unter den Genossinnen, die da tätig sein werden auftreten könnten. Aber diese Freude werden wir ganz sicher niemanden machen.“¹⁷⁴

¹⁷⁰ Stenographisches Protokoll der Bundesfrauenkonferenz der SPÖ 1979. S. 239.

¹⁷¹ Stenographisches Protokoll der Bundesfrauenkonferenz der SPÖ 1979. S. 238.

¹⁷² Stenographisches Protokoll der Bundesfrauenkonferenz der SPÖ 1979. S. 239.

¹⁷³ Staatssekretärin Elfriede Karl arbeitete im Finanzministerium, ihr Aufgabenbereich umfasste „Familienpolitik und Frauenfragen.

¹⁷⁴ Stenographisches Protokoll der Bundesfrauenkonferenz der SPÖ 1979. S. 240.

4. Resonanz auf die Regierungsumbildung der Klubtagung in Villach Warmbad

Die Errichtung vier neuer Staatssekretariate erregte Aufsehen. Nicht nur innerhalb der Partei stieß die Regierungserweiterung des Bundeskanzlers auf Widerstand. Die darauf folgende Nationalratsdebatte sollte Stunden dauern, die Opposition war spöttisch und zeigte Unverständnis. Auch die mediale Berichterstattung über die vier Staatssekretärinnen war zahlreich und nicht immer positiv. So wurden belächelnde Zeitungsartikel und Kommentare, sexistische Karikaturen publiziert und die Meinung innerhalb der Sozialdemokratischen Partei blieb weiters, auch öffentlich, nicht unbedingt den Frauen zuträglich. Dieses Kapitel wird sich im Einzelnen mit den Reaktionen der Parteimitglieder der SPÖ beschäftigen. Wie wurde innerhalb der Partei mit der Kabinetterweiterung umgegangen, welche Interviews gaben die Politiker und Politikerinnen. Der nächste Abschnitt behandelt die Reaktionen der Oppositionsparteien, ihre Presseaussendungen, öffentlichen Stellungnahmen und die Nationalratsdebatte nach der Klubtagung in Villach Warmbad.

4.1. Die Reaktionen der Parteimitglieder der sozialdemokratischen Partei auf die Ernennung der vier Staatssekretärinnen

Die überraschende Regierungserweiterung Kreiskys fand innerhalb der SPÖ nicht unbedingt Zustimmung, wie die vorhergehenden Kapitel zeigen. Nicht nur die zuständigen Minister zeigten sich teilweise unerfreut, auch unter den Frauen war die Notwendigkeit der vier Staatssekretärinnen umstritten. Verschiedene Gegenargumente wie die zu hohen Kosten und die Möglichkeit eines Konkurrenzkampfes zwischen den Frauen wurden vorgeschoben. Die „Frauenschwemme“, wie sie Handelsminister Staribacher benannte, erhöhte den Frauenanteil in Regierung auf 27 Prozent.¹⁷⁵ Eine Veränderung in der männerdominierten Partei, die zwangsläufig Ressentiments gegen die Frauen hervorrufen musste.

Insbesondere jene Minister, die eine Staatssekretärin erhielten, äußerten ihren Unmut auch öffentlich. Johanna Dohnal erzählt Angelika Zach in einem Interview, dass außer Handelsminister Staribacher niemand eine besondere Freude daran hatte, eine Staatssekretärin zu erhalten. Sie empfanden dies als einengend und fühlten sich von den Frauen kontrolliert.¹⁷⁶ Besonders auffallend abwertend hat sich dazu der, ebenfalls bei der Klubtagung ernannte, Bautenminister Sekanina in der Wochenzeitung „Profil“ geäußert: „Der Eypeltauer wird’ ich schon Arbeit geben, die wird Leitschienen auf der Autobahn anstreichen. Da hat sie jahrelang Arbeit.“¹⁷⁷

Ich habe Beatrix Eypeltauer zu ihrer Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Minister befragt. Sie gibt sich dazu sehr zurückhaltend und reserviert. Ihren Aussagen ist nicht zu entnehmen, wie das Arbeitsklima der Juristin und des Gewerkschaftlers war. In der gleichen „Profil“-Ausgabe gab sie folgendes Statement zum Thema Emanzipation: „Man muss sich überlegen, was die Frauen wirklich davon haben. Man sollte ihnen die gleichen Möglichkeiten offerieren wie den Männern, aber nur wenn sie es selbst wollen.“ Bezüglich einer Benachteiligung der Frau in der Politik sagte sie: „Man soll die Dinge nicht dauernd darauf zurück führen, dass man eine Frau ist.“¹⁷⁸ An diesen Aussagen erkennt man, dass nicht alle vom Kanzler ausgewählten Frauen, in ihrer politischen Arbeit den Fokus auf Frauenpolitik gelegt haben. Viel mehr gibt es ein Bild

¹⁷⁵ Vgl. Feigl, Johanna Dohnal, was gehen mich seine Knöpfe an?, S. 103.

¹⁷⁶ Vgl. Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen, S. 156.

¹⁷⁷ Profil vom 22. Oktober 1979, S. 16.

¹⁷⁸ Profil vom 22. Oktober 1979, S. 20.

davon, wie gespalten auch die Frauen in der SPÖ zum Thema Gleichberechtigung standen.

Anders als Sekanina gab sich Handelsminister Staribacher. Zu der Ernennung Anneliese Albrechts als seine Staatssekretärin schreibt er: „Nach der Sitzung kamen dann einige zu mir, um meine Meinung zu dieser Kreisky Entscheidung zu hören. Ich konnte wirklich mit ruhigem Gewissen und daher mit voller Kraft sagen, dass ich mich um die Frau Anneliese Albrecht sehr bemüht habe, sie als Staatssekretärin zu bekommen, dass ich daher mit der Lösung sehr einverstanden bin und dass sie keinesfalls nur Konsumentenfragen behandeln wird.“¹⁷⁹ Wie auch Johanna Dohnal den Eindruck hatte, war Staribacher über die Zusammenarbeit mit Anneliese Albrecht erfreut und war der einzige der drei Minister, der sich dazu öffentlich positiv äußerte. Zum Thema Diskriminierung der Frau in der Politik sagt auch sie, dass sie bis vor der Ernennung zur Staatssekretärin davon nichts gespürt habe: „Das erste Mal, wo ich das Gefühl hatte, dass Frauen in der Politik Schwierigkeiten haben, erlebte ich in Villach.“¹⁸⁰ Auch ihre politische Arbeit im Handelsministerium hatte nichts mit Frauenproblemen zu tun, sie widmete sich voll und ganz dem Konsumentenschutz und stand Staribacher als Staatssekretärin zur Seite. Anneliese Albrecht gilt bis heute unter Funktionären und Funktionärinnen als diplomatisch und angepasst.

Ein wenig diplomatischer, wenn auch nicht unbedingt positiv, äußerte sich Sozialminister Gerhard Weißenberg. Er formuliert nüchtern: „Im Kampf um die Frauen ist das vielleicht ein genialer Schachzug. Ob die Staatssekretärin zur Unterstützung des Ministers beiträgt, bleibt noch abzuwarten.“¹⁸¹ Wenn Weißenberg es auch nicht so direkt wie der Bautenminister Sekanina äußert, so erkennt man auch an dieser Aussage, dass er keine Freude an der Bestellung von Franziska Fast als Staatssekretärin im Gesundheitsministerium hatte. Anders als Beatrix Eypeltauer und Anneliese Albrecht, tritt sie öffentlich als Feministin auf und zitiert die französische Frauentheoretikerin Simone de Beauvoir: „Man kommt nicht als Frau zur Welt, sondern man wird es.“¹⁸² Franziska Fast übernimmt im Gesundheitsministerium die bestehende Frauenabteilung

¹⁷⁹ Vgl. Tagebuch von Josef Staribacher.

¹⁸⁰ Profil vom 22. Oktober 1979. S. 20.

¹⁸¹ Profil vom 16. November 1979. S. 12.

¹⁸² Profil vom 22. Oktober 1979. S. 20.

und ist für die Belange der berufstätigen Frau zuständig.¹⁸³ Als eine ihrer Aufgaben sieht sie, Mädchen bislang unweibliche Berufe schmackhaft zu machen.¹⁸⁴

Die vierte Staatssekretärin, Johanna Dohnal¹⁸⁵, bezog ihr Staatssekretariat im Bundeskanzleramt. Wie schon zuvor beschrieben, weigerten sich sämtliche Minister, mit der ehemaligen Wiener Frauensekretärin zusammenzuarbeiten. Unter Bruno Kreisky sollte sie das Staatssekretariat für allgemeine Frauenfragen übernehmen. Sie sieht die Frauenfrage wohl am politischsten von allen vier Frauen: „Um eine Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau herzustellen, müssten sich sowohl die ökonomischen Voraussetzungen als auch die Aufgabenteilung innerhalb der Familie stark ändern.“¹⁸⁶ Bereits in ihrer Arbeit als Wiener SPÖ-Frauensekretärin änderte sie den „Häkel-Bastel-Kosmetik-Kurs-Stil“¹⁸⁷ der Frauenarbeit der Partei. Binnen kurzer Zeit errichtete sie das erste Frauenhaus Wiens und hielt laufend politische Seminare für Frauen ab.¹⁸⁸

In Regina Köpfs Dissertation beschrieb einer der Klausurteilnehmer den passiven Widerstand vieler Funktionäre folgend: „Wenn ich daran, denke, was bei der Heimfahrt im Zug alles gesagt und gelacht wurde, dann wäre eine Zweidrittelmehrheit gegen die Bestellung der vier Frauen zu erwarten gewesen.“¹⁸⁹ Dass sich trotzdem eine Mehrheit finden lies, erklärt sich durch die Drohung des Bundeskanzlers, bei einer Ablehnung den Parteivorsitz zurückzulegen. Bundesfrauenvorsitzende Hertha Firnberg sagt dazu: „Natürlich weiß ich, dass es viel mehr Widerstand gab, als echt dagegen stimmten. Aber es genügt mir, dass das nicht offen war.“¹⁹⁰

Es ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich, alle dazu getätigten Aussagen der FunktionärInnen anzuführen. Es ist der Versuch, ein Stimmungsbild der Situation innerhalb der Sozialdemokratie bei der Klubtagung oder unmittelbar danach

¹⁸³ Profil vom 16. November 1979. S. 12.

¹⁸⁴ Profil vom 22. Oktober 1979. S. 20.

¹⁸⁵ Über Johanna Dohnal wurden zahlreiche Schriften publiziert. Zu ihrer frauenpolitischen Tätigkeit bietet folgendes Werk einen guten Einblick: Kreisky Eva (Hrsg.), Johanna Dohnal, eine andere Festschrift. (Wien/ Milena/ 1998)

¹⁸⁶ Profil vom 22. Oktober 1979. S. 20.

¹⁸⁷ Profil vom 22. Oktober 1979. S. 20.

¹⁸⁸ Vgl. Profil vom 22. Oktober 1979. S. 20.

¹⁸⁹ Köpf, Frauenpolitik der SPÖ. S.231.

¹⁹⁰ Profil vom 16. November 1979. S. 11.

wiederzugeben. Die Wochenzeitung „Profil“ berichtet von einem Kärntner SPÖ-Nationalratsabgeordneten, der bei der Villacher Klubklausur um männliche Lacher warb: „Jetzt werden wir unseren Staatssekretärinnen auch Unterstaatssekretäre geben. Für unsere Angelegenheiten. Das werden wir Kärntner gern übernehmen, denn uns graust vor nix.“¹⁹¹ Diese Aussage zeigt, wie teilweise Kommentare weit abseits der sonst gepflegten politischen Kultur getätigt wurden. In einem Interview erzählte mir der ehemalige Minister Lanc: „Beim Hinausgehen aus dem Sitzungssaal (bei der Klubtagung der SPÖ in Warmbad Villach, Anm. d. Verf.) sind Ministerkollegen auf mich und Broda zugekommen und da haben die, die eine Staatssekretärin bekommen haben gesagt: >du hast ja leicht zuzustimmen, du musst ja keine fressen<. Kreisky war auch in diesem Fall dem Bewusstsein der Mehrheit voraus. Es hat davor schon Gespräche gegeben, aber da hat sich schwer wer dagegen was zu sagen getraut.“¹⁹²

Dass nicht nur Männer innerhalb der Sozialdemokratie über die Bestellung der vier Frauen nicht erfreut waren, zeigt mein Gespräch mit Dr.in Erika Seda, der ehemaligen Nationalratsabgeordneten: „Dohnal, die war für eine aggressive Frauenpolitik. Ich war auf der Linie Firnbergs. Nicht aggressiv, man darf nicht männerfeindlich sein wie Dohnal. Als Sozialdemokraten sind wir für Menschenpolitik nicht für aggressive Gegensätze, das war auch Firnbergs Meinung.“¹⁹³ Mein persönlicher Eindruck, der durch die geführten Interviews verstärkt wurde, ist, dass vor allem die bürgerliche Herkunft mancher Genossinnen, es ihnen schwer möglich machte, die Notwendigkeit einer starken Frauenpolitik, herausgelöst aus dem Familienbereich, zu verstehen. Ihre eigene Herkunft und ihr Bildungsweg standen ihnen im Weg, um die Lebensbedingungen arbeitender Frauen und die daraus resultierenden Bedürfnisse nachvollziehen zu können. Meine Frage, wie die Regierungsumbildung in Villach Warmbad innerhalb der Sozialdemokratie aufgenommen wurde, beantwortet die Juristin Seda folgendermaßen: „Ich weiß nur, dass es nicht sehr begeistert aufgenommen wurde, nachdem es vor allem Männer waren. Man hat dann sich dem Vorschlag untergeordnet. Es war keine große Begeisterung, man hat gesagt OK der Chef will es.“¹⁹⁴

¹⁹¹ Profil vom 22. Oktober 1979. S. 16.

¹⁹² Interview mit Dr. Erwin Lanc, am 2. November 2011.

¹⁹³ Interview mit Dr.in. Erika Seda am 16. April 2012

¹⁹⁴ Interview mit Dr.in. Erika Seda am 16. April 2012

Doch es gab durchaus auch positive Stellungnahmen, so sagt Wiens SPÖ-Sekretär Rudolf Edlinger, der drei Jahre eng mit Johanna Dohnal zusammenarbeitete: „Solche Gedanken sind zulässig. Frauen- und Familienprobleme sind das Anliegen einer Minderheit. Da muss sie überzeichnen um Gedankenprozesse in Gang zu bringen.“¹⁹⁵ Diese Aussage erinnert sehr an Bruno Kreisky, der im „Profil“-Interview sagt: „Man muss das psychologisch verstehen. Wer in der Minderheit ist, muss lauter schreien als die anderen. Ruhe und Besonnenheit können sich nur die leisten, die in Sicherheit sitzen.“¹⁹⁶ So solidarisch die Aussagen der beiden Männer auch sind, ist zu bemerken, dass beide von Frauen- und Familienproblemen als Anliegen einer Minderheit sprechen. Eine interessante Feststellung, handelt es sich doch bei den Frauen um knapp 55 Prozent des Wählerinnenpotentials.¹⁹⁷

¹⁹⁵ Profil vom 26. November 1979. S. 14.

¹⁹⁶ Profil vom 07. Jänner 1980. S. 18.

¹⁹⁷ Profil vom 22. Oktober 1979. S. 16.

4.2. Die Reaktion der Opposition auf die Regierungsumbildung 1979

Am 5. November 1979 wurden die neuen Regierungsmitglieder angelobt. Die darauf folgende Nationalratsdebatte wurde mit dementsprechend großer Emotionalität geführt. Beide Oppositionsparteien ließen sich die Möglichkeit natürlich nicht nehmen, die Regierungserweiterung zu kritisieren. Folgende Auszüge aus dem stenographischen Protokoll der Nationalratsdebatte, Presseaussendungen und Interviews werden versuchen, die Kritikpunkte der Opposition, die sich hauptsächlich auf die budgetäre Belastung und das nicht abgeklärte Betätigungsfeld der Staatssekretärinnen bezogen, zusammenzufassen und ein Stimmungsbild zu vermitteln.

Der Parteiobmann der Österreichischen Volkspartei, Alois Mock, meinte zur Bestellung der Staatssekretärinnen in einem Interview, dass eine rein quantitative Vermehrung der Regierungsmitglieder noch keine Aussage über die Qualität der Regierung zulasse. Die ÖVP-Politik sei es gewesen, die mit Grete Rehor das erste Mal eine Frau in eine politische Führungsposition berufen habe, das sei mit dieser Bestellung nicht aufzuwiegen. Man hätte auch einen männlichen Minister durch eine Frau ersetzen können, ohne damit die Regierung quantitativ auszuweiten und damit den Steuerzahler zu belasten.¹⁹⁸ In der Nationalratssitzung vom 6. November meinte er: „Wie ich vorhin zitiert habe, Herr Bundeskanzler, haben Sie selbst so nett und offen gemeint, Sie brauchten im Bautenministerium einen durchschlagskräftigen Mann. So sehr das für Sie, Herr Minister Sekanina, ein Kompliment ist, so abwertend ist es für alle Frauen in diesem Land, die genauso durchschlagskräftig sein können wie ein Mann, wenn sie die nötigen Kompetenzen und sachlichen Qualifikationen haben.“¹⁹⁹

Marga Hubinek, Familiensprecherin der ÖVP, meint die Bestellung der vier neuen Staatssekretärinnen sei nach Auffassung der Volkspartei keine Garantie dafür, dass die Fülle von Problemen, die berufstätige Frauen und Mütter haben, endlich wirksam gelöst werde. Die ÖVP werde daher alles unternehmen, um von sich aus initiativ zu werden,

¹⁹⁸ Vgl. Zach, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 175. Interview mit Alois Mock in: Mittagsjournal. Hörfunksendung des ORF vom 12.10.1979, zitiert nach: Zach Angelika, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 175.

¹⁹⁹ Stenographisches Protokoll der 11. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XV. GGP, vom 6. 11.1979. S. 831.

damit den Anliegen und Interessen der Frauen in der Politik zum Durchbruch verholfen werde.²⁰⁰ Zu Frauen in Spitzenpositionen sagte sie: „Wir haben immer darum gekämpft, dass Frauen in Spitzenpositionen gelangen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist hier eine Unterscheidung festzustellen: Wir wollten Spitzenpositionen, wo diese Frauen auch Verantwortung tragen, wo sie die Möglichkeit haben, einen Start vorzufinden, um zu zeigen, welche Möglichkeiten in ihnen liegen, dass sie befähigt sind, eine qualitativ gleich gute Arbeit zu leisten. Wir haben aber immer gegen die Alibi-Frauen, gegen die Alibi-Position angekämpft. Mir scheint es, als ob dies nun ein Gag einer Regierungsklausur war, wo man vier Frauen aus dem Hut gezaubert hat. Sie alle merken es ja aus den Zeitungen, und Sie merken es wahrscheinlich auch aus Ihren eigenen Reihen, dass Gespött und Lächerlichkeit diese Maßnahme quittierte.“²⁰¹

Ferner meint die Familiensprecherin der ÖVP: „(...) Er (Kreisky, Anm. d. Verf.) erklärt in der "Arbeiter-Zeitung" am 18. Oktober, dass die Männer der Bestellung der Frauen unverständlich gegenüberstünden, dass sie nicht einmal den Mut gehabt hätten, zuzugeben, dass sich der Widerstand gegen die Frauen richte, sondern sie hätten alle möglichen Argumente vorgebracht. Nun, ich glaube, dass der Durchbruch der Frauen, den der Herr Bundeskanzler signalisieren will, dann gegeben wäre, wenn er den verloren gegangenen Ministerposten wieder durch eine Frau besetzt hätte. Nein. Für das Amt des Gesundheitsministers suchte er einen durchschlagskräftigen Mann. Hier hält sich also die Waage: Ein weiblicher Minister und auf der anderen Seite vier weibliche Staatssekretäre. Die Staatssekretäre - und das möchte ich vor allem dem Herrn Abgeordneten Blecha sagen -, deren Aufgabengebiet in der Verfassung genau umschrieben ist, sind zur Unterstützung des Ministers beigegeben, sie haben Gehilfinnencharakter.“²⁰²

Beinahe jede Rednerin und jeder Redner zitierte zumindest eine sozialistische Zeitung, die kritisch über die Regierungsumbildung berichtete, oder einen Funktionär, zumeist

²⁰⁰ Vgl. ÖVP Pressedienst vom 5. November 1979.

²⁰¹ Stenographisches Protokoll der 11. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XV. GGP, vom 6. 11. 1979. S. 874.

²⁰² Stenographisches Protokoll der 11. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XV. GGP, vom 6. 11. 1979. S. 874.

Sekanina, der sich öffentlich gegen die vier Staatssekretärinnen aussprach - eine nicht gerade vorteilhafte Argumentationslage für die Sozialdemokraten.

Marga Hubinek spricht in ihrer Rede an, dass Finanzminister Androsch noch am 5. Oktober gemeint hätte, er brauche keinen Staatssekretär, er sei zehn Jahre ohne einen Staatssekretär ausgekommen und er werde auch weiterhin so halten und sich auf seine Sektionschefs stützen. Nun wurden aber vier zusätzliche Staatssekretäre berufen, selbst der Finanzminister arbeitete nun mit einer Staatssekretärin im Ministerium.²⁰³ Hubinek ließ sich die Möglichkeit nicht nehmen, auf den kurz zuvor gescheiterten Versuch Anneliese Albrecht als dritte Nationalratspräsidentin zu wählen, hinzuweisen: „Ich erinnere aber noch, dass Sie kurz zuvor nicht bereit waren, Frauen die Möglichkeit einzuräumen, eine Spitzenposition einzunehmen. Ich erinnere an das beschämende Schauspiel, als es hier um die Wahl des Dritten Nationalratspräsidenten ging. Hier war die Frau Kollegin Albrecht, glaube ich, auch auf Grund der Anciennität im Hause ein ernstzunehmender Kandidat. Nun, Frau Albrecht, Sie haben viele Stimmen meiner Kollegen und wahrscheinlich alle Frauenstimmen der ÖVP gekriegt. Die Solidarität der weiblichen Abgeordneten der SPÖ hat leider ausgelassen.“²⁰⁴

Sie kritisierte die neue Staatssekretärin für Frauenfragen Johanna Dohnal persönlich, da diese sich gegen die vermehrte Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen für Frauen aussprach: „Frau Dohnal! Sie werden in uns einen entschlossenen Gegner finden, wenn Sie, was ich aus zahlreichen Enunziationen gehört habe, den Frauen einreden wollen, dass die Frauen ihre Selbstverwirklichung nur im Beruf erleben. Ich weiß schon, dass die Regierung die Frau in eine ganz bestimmte Rolle drängen will, und hier hilft ihr eben eine verfehlte Familien- und Steuerpolitik. Aber nehmen Sie zur Kenntnis: Es gibt genügend Frauen in diesem Lande, die eine Selbsterfüllung erleben, weil sie eine Familie betreuen, und die gar nicht die Selbsterfüllung am Fließband suchen!“²⁰⁵

²⁰³ Stenographisches Protokoll der 11. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XV. GGP, vom 6. 11, 1979. S. 874.

²⁰⁴ Stenographisches Protokoll der 11. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XV. GGP, vom 6. 11, 1979. S. 875.

²⁰⁵ Stenographisches Protokoll der 11. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XV. GGP, vom 6. 11, 1979. S. 873.

Dass zumeist die Arbeit am Fließband eine Notwendigkeit zum Erhalt der Familie darstellte und nichts mit Selbsterfüllung zu tun hatte, fand in der Aussage der konservativen Familiensprecherin keine Relevanz.

Der ÖVP-Nationalrat Otto Keimel sagte zur Verschwendungspolitik der Regierung: „Denn der Schock ist etwas anderes. Der Schock ist nämlich die Explosion auf der Regierungsbank als Fortsetzung einer ganz ungeheuerlichen Verschwendungspolitik. Damit will der Bundeskanzler offensichtlich unter Missbrauch der Frauen die Probleme zudecken, vor denen wir in den achtziger Jahren stehen und die diese Regierung vor sich herschiebt. Sie wollen das als Frauenpolitik verkaufen. Aber ich sage Ihnen, das ist keine Frauenpolitik, im Gegenteil.“²⁰⁶

Die Nationalratsabgeordnete der Volkspartei, Helga Wieser, begrüßt grundsätzlich die Berufung von Frauen in Spitzenpositionen. Zu der Kritik einer SPÖ-Abgeordneten, die den ÖVP-Frauen fehlende Solidarität vorwarf, meinte sie: „Solidarität ist, dass wir nicht erfreut waren über den Einstieg, der bei diesen Staatssekretärinnen zu bemerken war. Denn meines Erachtens war die Vorgangsweise prestigeverschlechternd und abwertend für die Frauen.“²⁰⁷

Der ÖVP-Abgeordnete Heribert Steinbauer hatte es sich offenbar zu Aufgabe gemacht, dem Plenum aufzuzeigen, wie die Regierungsumbildung zustande gekommen ist: „Diese Regierungsumbildung hat leider auch den Charakter der individuellen Tröstung gehabt. Schauen wir uns die Mechanik an. In Wahrheit ist diese Regierungsumbildung letztlich weniger ein besonders freier Akt, sondern eine Abfolge von mechanischen Entwicklungen gewesen, die man sehr ruhig und sehr einfach erklären kann. Da ist einmal die Frau Staatssekretär Fast notwendig gewesen, weil der Einfluss der Gewerkschaft verstärkt auf diese Regierung gewirkt hat. Sie bekam einen Sitz. Da hat der Bundeskanzler im Zuge des oberösterreichischen Wahlkampfes den oberösterreichischen Sozialisten irgend etwas versprochen. So kam die Frau Staatssekretär Eypeltauer. Da gab es die Panne mit dem Dritten Präsidenten hier im Nationalrat. So kam die Frau Staatssekretär Albrecht. Da verlangten schließlich die

²⁰⁶ Stenographisches Protokoll der 11. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XV. GGP, vom 6. 11,1979. S. 879.

²⁰⁷ Stenographisches Protokoll der 11. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XV. GGP, vom 6. 11,1979. S. 903.

sozialistischen Frauen eine richtige Frau, nämlich eine Frau ihrer Frauenbewegung. Und so kam die Frau Staatssekretär Dohnal.“²⁰⁸

Die Bestellung der vier neuen Staatssekretärinnen sei „in der Behandlung der Frau im Moment ein Spektakel, aber langfristig sicherlich kein guter Dienst.“²⁰⁹

Die Vorbehalte der FPÖ gegen die Regierungsumbildung waren den Argumenten der ÖVP ähnlich. Verschwendung und nicht geklärte Arbeitsfelder wurden angeführt. Allerdings schafften es die Abgeordneten der FPÖ nicht, wie die der ÖVP, bei einer sachlichen Argumentation zu bleiben. So können die Freiheitlichen ihre eigentliche Abneigung, die Bestellung von vier Frauen, weniger gut versteckt halten.

In einer ersten Stellungnahme erklärte der Parteiboss der FPÖ, Alexander Götz, dass der Bundeskanzler offenbar versucht habe, die Ersetzung der aus der Regierung ausgeschiedenen Gesundheitsministerin Ingrid Leodolter durch einen männlichen Minister mit der Bestellung vier neuer Staatssekretärinnen zu kompensieren.²¹⁰

Der Abgeordnete Friedrich Peter kritisiert, dass durch die entstandene Debatte um die Regierungsumbildung die eigentliche Debatte ums Budget unterging: "Ein "Langzeitprogramm für Ablenkungseffekte" erhält damit seine Vollendung nach dem Buch und der Regie des Herrn Dr. Kreisky. Nach einer langatmigen Ankündigungssouvertüre ging der erste Akt unter dem Motto "Wer geht wann?" über die Bühne, der zweite Akt war dem Thema "Wer kommt wann?" zugeordnet, und der dritte Akt, die Regierungsumbildung selbst, fand im Schatten der Debatte über das Bundesfinanzgesetz 1980 statt.“²¹¹ Über die vier Staatssekretärinnen sagte er: „Was die Männer von den Frauen erwarten, hat eine Frau, nämlich Caroline Simon, so formuliert: Eine Frau soll aussehen wie ein junges Mädchen, soll auftreten wie eine Lady, soll denken wie ein Mann und soll arbeiten wie ein Pferd. Meine Damen und Herren! Da wir Männer unvollkommene Geschöpfe sind, werden wir die Staatssekretärinnen der

²⁰⁸ Stenographisches Protokoll der 11. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XV. GGP, vom 6. 11,1979. S. 925.

²⁰⁹ Stenographisches Protokoll der 11. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XV. GGP, vom 6. 11,1979. S. 926.

²¹⁰ Vgl. Interview mit Alexander Götz in: Zeit in Bild 1 vom 12.10. 1979, zitiert nach: Zach Angelika, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. S. 176.

²¹¹ Stenographisches Protokoll der 11. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XV. GGP, vom 6. 11,1979. S. 843.

Regierung Kreisky nie mit so unabdingbaren Maßstäben messen, wie es Caroline Simon tat, auch nicht nach Ablauf der Schonzeit von 100 Tagen. Ob die Frau Staatssekretär X im Ministerium Y wirklich notwendig oder richtig am Platze ist, soll heute nicht mit tierischem Ernst abgehandelt werden. Wer will schon im Zeitalter der Emanzipation den Zorn der Frauen erregen?²¹²

FPÖ-Nationalratsabgeordneter Norbert Steger bezieht sich in seiner Kritik zunächst auf die sich überschneidenden Arbeitsfelder der Staatssekretärinnen. Mit der Frage, ob eine Mutter im Mutterschutz plötzlich nicht mehr im Aufgabebereich der Staatssekretärin Fast sei, sondern in dem von Dohnal, möchte er die fehlende Abgrenzung der Staatssekretärinnen aufzeigen.²¹³ Ein wohl eher unglücklich gewähltes Beispiel des Abgeordneten, da es realpolitisch vollkommen unwichtig ist, welche Staatssekretärin für welche Fragen der Frau zuständig ist.

Sein nächster Kritikpunkt bezieht sich auf die Stellung der Staatssekretäre, die der des Ministers untergeordnet ist. „Dieses Rollenklischee scheint in der sozialistischen Fraktion wieder stark zum Durchbruch. Dieses Rollenklischee besteht darin, dass die neuen Frauen primär einen männlichen Minister haben, der ohnehin die Verantwortung trägt, während die Damen unterstellt und in einer dienenden Funktion weiter tätig sein sollen. Ich frage mich halt wirklich: Warum sind jetzt nicht mehr Frauen Minister geworden? Warum ist ein weiblicher Minister durch einen Mann ersetzt worden?“²¹⁴

Zum Ende spricht Steger noch Ministerin Firnberg auf das traditionelle Rollenverständnis in der SPÖ an: „Warum ist es nicht selbstverständlich, dass ein weiblicher Minister einen männlichen Staatssekretär hat? Wir würden das zum Beispiel als ein anderes Rollenbild unterstützen, was aber nicht heißt, dass es einen neunten Staatssekretär geben muss. Aber ich könnte mir durchaus vorstellen, dass es ein ganz anderes Rollenklischee geben könnte, wenn einer dieser acht Staatssekretäre männlichen Geschlechts einer Dame, die Minister ist, unterstellt wäre. Dabei, dieses

²¹² Stenographisches Protokoll der 11. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XV. GGP, vom 6. 11,1979. S. 847.

²¹³ Stenographisches Protokoll der 11. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XV. GGP, vom 6. 11,1979. S. 865.

²¹⁴ Stenographisches Protokoll der 11. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XV. GGP, vom 6. 11,1979. S. 867.

andere Rollenbild in Österreich endlich einmal zum Durchbruch zu bringen, würde ich Sie unterstützen, Frau Bundesminister!“²¹⁵

FPÖ-Abgeordneter Jörg Haider zitierte die der sozialdemokratischen Partei nahe stehenden Zeitungen, um zu demonstrieren, wie wenig selbst in der SPÖ die Regierungsumbildung Unterstützung findet. Die Regierungserweiterung sei ein „Trostpflaster“ gewesen und wenn die Aussage des neuen Bautenministers²¹⁶ auch nur ein wenig repräsentativ für den Geist²¹⁷ innerhalb der SPÖ sei, in dem der Durchbruch der Frau in der Politik organisiert werden soll, dann wäre es besser gewesen, man hätte diesen vier neuen Staatssekretärinnen nicht die Bürde eines solchen Amtes zugemutet, wobei sie heute schon wissen, dass sie fehl am Platze sind, weil sie die eigene Fraktion nicht will.²¹⁸

Die Benennung der Frauen hätte vielmehr zu einer Schädigung des Ansehens der Frau in der Politik geführt. Wenn die sozialistische „Kärntner Tageszeitung“ schreibt: „Kreisky lässt die Puppen tanzen“, dann sei klar mit welcher Gleichgültigkeit dieses Problem des Durchbruchs der Frauen in der Politik behandelt werde. Er zitiert die stellvertretende Generalsekretärin der Vereinten Nationen Helvi Sipilä, die anlässlich einer Konferenz der Vereinten Nationen vor wenigen Tagen öffentlich gesagt hatte, dass die Frauen in Österreich derzeit einer erheblichen Diskriminierungskampagne durch die Presse und durch die Regierung ausgesetzt sind, weil man sie nicht ernst nimmt, nachdem man sie in Regierungsämter berufen hat.²¹⁹

In der Nationalratssitzung vor der Angelobung der vier Frauen, wie auch in der Nationalratssitzung vom 6. November, unterbrach der ÖVP-Abgeordnete Robert Graf. Anhand dieser Zwischenrufe kann das eigentliche frauenpolitische Verständnis der ÖVP abgelesen werden. Wenn sich auch kein Abgeordneter getraut hätte, bei einer

²¹⁵ Stenographisches Protokoll der 11. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XV. GGP, vom 6. 11, 1979. S. 868.

²¹⁶ In einer Berichterstattung des "profils" vom 22. Oktober hat Herr Bautenminister Sakanina gemeint: "Der Eypeltauer werd' ich schon Arbeit geben, die wird die Leitschienen auf der Autobahn anstreichen. Da hat sie jahrelang Arbeit."

²¹⁷ Vgl. Stenographisches Protokoll der 11. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XV. GGP, vom 6. 11, 1979. S. 881.

²¹⁸ Stenographisches Protokoll der 11. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XV. GGP, vom 6. 11, 1979. S. 881.

²¹⁹ Vgl. Stenographisches Protokoll der 11. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XV. GGP, vom 6. 11, 1979. S. 883.

Rede so zu argumentieren. Als der Bundesminister Günter Haiden spricht und plötzlich hustet, ruft der Abgeordnete Graf: „Trinken Sie Wasser! Herr Staatssekretär! Das ist die Aufgabe des Staatssekretärs! Er soll Wasser bringen! - Zwischenruf der Abgeordneten Firnberg - Das ist gar keine grausliche Bemerkung, gnädige Frau! Ist es eine Schande, wenn der Staatssekretär dem Minister Wasser bringt? Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung! Das ist sicherlich keine Schande.“ Ministerin Firnberg antwortet darauf: „Nein, nein! Ich habe Sie richtig verstanden, Herr Kollege!“ Abgeordneter Graf antwortet: „Ich bin ein Opfer!“²²⁰

Auch wenn der Abgeordnete nicht direkt die geplante Regierungserweiterung anspricht, ist dennoch klar, worauf er sich mit dieser sarkastischen Bemerkung bezieht.

In der darauf folgenden Sitzung kommt es erneut zu einem Vorfall zwischen Hertha Firnberg und dem Abgeordneten Graf. Während der ÖVP-Parteiboss Mock spricht, unterbricht ihn Firnberg mit der Aussage: „ungeheure Behauptung“. Daraufhin reagiert Graf: „Unerhört ist nur das Benehmen! Sie sind so zimperlich, Frau Minister! Sie brauchen einen Erholungsurlaub! Sie sind gestresst.“²²¹

Auch wenn sich diese Aussage nicht auf die vier Staatssekretäre bezieht, ist sie dennoch repräsentativ für das sexistische Verhalten innerhalb der ÖVP. Niemals hätte man einem männlichen Minister erklärt, er sei zimperlich und gestresst.

Kaum eine Abgeordnete, ein Abgeordneter wagte es, bei der Nationalratsdebatte etwas gegen ein vermehrtes Auftreten von Frauen in politischen Spitzenfunktionen zu sagen. Selbstverständlich befürworteten alle Parteien eine starke Repräsentanz von Frauen in der Politik. Die vorgebrachten Argumente kritisierten eine budgetäre Überbelastung, die fehlende Abgrenzung zwischen den Staatssekretärinnen, die sich mit Frauenfragen beschäftigen sollten, und warfen dem Kanzler Heuchelei vor. Wäre der Kanzler tatsächlich an Frauenpolitik interessiert gewesen, hätte er eine Dame zur Ministerin gemacht. Die fehlende Solidarität einiger Männer der SPÖ, die bereitwillig in den Medien gegen die Regierungsumbildung Stellung bezogen, bot der Opposition ein

²²⁰ Vgl. Stenographisches Protokoll der 10. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XV. GGP, vom 24.10.1979, S. 801.

²²¹ Vgl. Stenographisches Protokoll der 11. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XV. GGP, vom 6. 11. 1979, S. 831.

leichtes Spiel. So konnten sich sowohl die Abgeordneten der Volkspartei und die Freiheitlichen als die eigentliche Frauenpartei positionieren, die ein eigenes Frauenministerium ohne weiteres eingerichtet hätte. Interessant ist daran nur, dass bis heute weder die ÖVP noch die FPÖ eigenständige Frauenpolitik, losgelöst von Familienpolitik, betreiben. Die weiblichen Abgeordneten sind bei beiden Parteien jenseits der Vierzig-Prozentgrenze, das Parteiprogramm der FPÖ befasst sich kaum mit Frauenpolitik und unter Blau-Schwarz wurde das Frauenministerium mit einem Mann, Herbert Haupt, besetzt. All das zeigt, dass es sich bei den vorgebrachten Argumenten, so richtig manche auch waren, selbst um vorgeheuchelte Frauenpolitik handelte. Nur die fehlende Solidarität mancher Parteimitglieder und die teilweise sexistische Berichterstattung der Medien machte es der Opposition möglich, sich als Vertreter der Frauen zu positionieren. Die Journalistin Ursula Pasterk schreibt dazu passend im „Profil“: „So ergibt sich die paradoxe Situation, dass die SP-Funktionäre über die „Viererbande“ maulen, während sich die VP-Männer darüber besorgt zeigen, ob mit den neuen Staatssekretärinnen auch schon genug in Richtung Gleichberechtigung geschehen sei.“²²²

²²² Profil vom 22. Oktober 1979. S. 21.

4.3. Die mediale Resonanz der Kabinetterweiterung 1979

Die am 11. Oktober 1979 bei einer Klubtagung in Villach Warmbad beschlossene Regierungsumbildung beherrschte eine Zeit lang die österreichischen Medien. Bundeskanzler Bruno Kreisky hatte zwei neue Minister angekündigt, die ehemalige Gesundheits- und Umweltministerin Leodolter wurde durch einen Mann, Herbert Salcher, abgelöst und der neue Bautenminister Sakanina sollte mit 5. November ins Ministerium einziehen. Zusätzlich wurden vier neue Staatssekretariate geschaffen. Anneliese Albrecht, Johanna Dohnal, Beatrix Eypeltauer und Franziska Fast erweiterten die Regierungsmannschaft. Die Ernennung der vier Frauen erhielt in den Tagen nach dem 11. Oktober ein großes Medienecho. Folgender Teil der Arbeit wird versuchen, eine qualitative Medienanalyse zu bieten. In der Sekundärliteratur wird bereits ausführlich beschrieben, wie die Zeitungen zumeist spöttisch über die vier Staatssekretärinnen berichten. Viele Kommentare und Artikel bedienten sich einer sexistischen Sprache und machten sich über „Kreiskys Frauen“ lustig. Doch ganz so einseitig wie in der Sekundärliteratur beschrieben, ist die mediale Berichterstattung, meiner Meinung nach, nicht. Neben durchaus neutralen und positiven Zeitungsartikeln, dürfen die Formulierungen der Journalisten wie „Vier-Mäderlhaus“, „Kreiskys Damenquartett“ und „Partei-Emanze“ nicht herausgelöst aus dem jeweiligen Artikel betrachtet werden. Die Selbstverständlichkeit, mit der solche Ausdrücke in Zeitungen benutzt werden, ist zu kritisieren und trägt zu einem Frauenbild der untergeordneten Hausfrau bei. Es soll hier keinesfalls der Eindruck entstehen, dass ich Ausdrücke wie die oben genannten toleriere und verharmlose. Die Wichtigkeit einer geschlechtergerechten Sprache ist mir durchaus bewusst und ein großes Anliegen. Trotz der oben erwähnten Ausdrücke, die ich selbstverständlich nicht gutheiße, muss festgehalten werden, dass die Berichterstattung nicht durchwegs negativ war. Viele Artikel bedienen sich zwar sexistischer Formulierungen, haben aber meiner Meinung nach nicht die Degradierung der Staatssekretärinnen zum „kleinen Frauchen“ zum Ziel. Vielmehr handelt es sich hier, so glaube ich, um ein fehlendes Bewusstsein für die Bedeutung der Sprache im Emanzipationsprozess der Frau.

Die „Kleine Zeitung“ macht am 12. Oktober mit der Schlagzeile „Damentag: Reihenweise Staatssekretärinnen“²²³ auf. Journalist Herbert Weissenberg beschreibt die

²²³ Kleine Zeitung, vom 12.10.1979, S.1.

Überflüssigkeit von Staatssekretariaten. Dabei verteilt er seine Kritik gleichmäßig auf Frau Karl und die männlichen Staatssekretäre wie Schober und Nußbaumer.²²⁴

Einen Tag danach, am 13. Oktober 1979, schreibt der gleiche Journalist über die „Gehilfinnen“. Der Autor bedient sich als einer der wenigen Journalisten kaum spöttischer Formulierungen und doch entsteht der Eindruck, dass er die Notwendigkeit einer eigenständigen Frauenpolitik nicht nachvollziehen kann. So schreibt er: „Unklar ist, was die vier neuen Staatssekretärinnen wirklich machen sollen. Sicher ist, dass sie durch die Bank couragierte Politikerinnen sind, die beträchtliche Erfahrungen einbringen. Auch wer ihre Anschauen nicht teilt und den Stil Frau Dohnals und Frau Fast nicht schätzt, muss sie als achtbar bezeichnen. Doch das reicht nicht.“²²⁵ Er bemüht sich, die patriarchalische Gesellschaft zu kritisieren, dabei vermittelt er jedoch, dass die Ernennung der vier Staatssekretärinnen außer einer Belastung des Steuerzahlers nicht viel bringe.²²⁶ Über Staatssekretärin Dohnal schreibt Herr Weissenberger: „Wahrscheinlich wird die resolute Johanna Dohnal bald ihre Kolleginnen Karl und Fast in den Schatten zurückdrängen. Sie hat den Marschallstab in der Handtasche, könnte noch vor den nächsten Wahlen die erste Frauenministerin werden.“²²⁷

Die „Neue Kronenzeitung“ schreibt am 13. Oktober 1979 einen durchwegs neutralen Artikel zur Bestellung der vier Staatssekretärinnen, bedient sich keiner fragwürdigen Formulierung und erklärt sachlich die künftigen Aufgabengebiete der Staatssekretärinnen.²²⁸ Auch am 7. November schreibt die „Neue Kronenzeitung“ durchwegs positiv: „Den neuen Staatssekretärinnen wurden gestern im Hohen Haus, wie zu erwarten, statt Blumen Reißnägeln gestreut. >Die sind ja eh für die Katz und kosten uns im Jahr 50 Millionen Schilling.< trommelt böse die Opposition. Der Kanzler stellt sich mannhaft vor seine Damenriege um wenigstens einige der Giftpfeile anzufangen.“²²⁹

Zum Thema der Woche klingt der Kommentar der „Kronen Zeitung“ nicht besonders freundlich: „Wenn schon der Papst keine Priesterinnen zulässt, dann berücksichtigt

²²⁴ Vgl. Kleine Zeitung, vom 12.10.1979. S. 2.

²²⁵ Kleine Zeitung, vom 13.10.1979. S. 3.

²²⁶ Vgl. Kleine Zeitung, vom 13.10.1979. S. 3.

²²⁷ Kleine Zeitung, vom 13.10.1979. S. 3.

²²⁸ Vgl. Neue Kronenzeitung, vom 13.10.1979. S.1.

²²⁹ Neue Kronenzeitung, vom 7. 10. 1979. S.1.

wenigstens Kreiskys die Frauenemanzipation wie kein anderer Regierungschef der Welt. (...) doch schert er gern aus dem allgemeinen Trend aus, der noch immer mehrheitlich dahin geht, dass man das Regieren den Männern überlassen soll.“²³⁰

Ferner führt auch Viktor Reimann die neu entstehenden Kosten durch die Staatssekretärinnen an. Auch Staberl lässt es sich in seinen Kommentaren nicht nehmen, die vier Frauen als „kuriose Suffragetten der neuern Machart“²³¹ zu bezeichnen und beleidigte vor allem Staatssekretärin Johanna Dohnal persönlich.

Die Wiener Zeitung macht am 12. Oktober 1979 mit der Schlagzeile „Vier neue Staatssekretärinnen?“²³² und am folgenden Tag mit „Kreisky: Mehr Frauen in öffentliche Funktionen! Villach brachte Durchbruch in der Zeit der Bewusstseinsänderung“²³³ auf. Beide Artikel berichten sachlich und neutral über die Regierungsumbildung.

Gerhard Neureiter schreibt in den Salzburger Nachrichten: „Weiblichkeit politisch missbraucht“ Über die neu entstandenen Kosten meint er: „Dass das Volk der Vermehrung der Politikerkosten freudig zustimmen wird, weil alle neuen Posten Frauen übertragen wurden, ist auszuschließen. Im Sinne der Gleichberechtigung kosten nämlich weibliche Staatssekretäre richtigerweise genau so viel wie männliche. Wir haben’s ja! (...) Die verschwenderische Ausweitung der Regierung um vier Staatssekretäre soll uns unter dem Aspekt der Aufwertung der Frau schmackhaft gemacht werden. Da müssen sich die Frauen aber wehren. Erstens aus Sparsamkeit, die den meisten eigen ist, und zweitens wegen der Tatsache, dass diese Regierung die Frauen nur als Staatssekretäre und nicht als Minister geeignet empfindet.“ Obwohl dieser Kommentar keine beleidigenden Formulierungen verwendet, sich sogar versucht auf die Seite der Frauen zu stellen – richtige Frauenpolitik würde Ministerinnen bestellen – entsteht für mich der Eindruck, der Journalist der „Salzburger Nachrichten“ sieht für die Bestellung von Staatssekretärinnen, die Frauenpolitik betreiben, keinerlei Notwendigkeit.

Die sozialistische „Kärntner Tageszeitung“ propagiert die Entscheidung des Kanzlers: „Es ist wohl für niemanden mehr neu, dass nur die Sozialdemokraten in unserem Land in die Tat umsetzen, wovon alle anderen ständig und überall den Mund voll haben –

²³⁰ Kronen Zeitung, vom 13.10.1979.

²³¹ Neue Kronenzeitung, vom 12.2.1980. S.8.

²³² Wiener Zeitung, vom 12.10.1979. S. 1.

²³³ Wiener Zeitung, vom 13.10.1979. S. 1.

gleiche Chancen für Mann und Frau. (...) Bleibt nur zu hoffen, dass die Männer dieses Landes künftig gleich tolerant sind beim Kritisieren wie es bislang die Frauen dieses Landes sein mussten.“²³⁴ Interessant ist, dass die Schlagzeile vom Vortag: „Kreisky lässt die Frauen regieren“ lautet und ein Kommentator dazu schreibt: „Kreisky lässt die Puppen tanzen“.²³⁵ Die Tatsache, dass gerade eine sozialistische Zeitung Formulierungen wie „Puppen“ verwendet, war für die SPÖ in der Argumentation ihrer Entscheidung nicht unbedingt von Vorteil.

Die „Oberösterreichischen Nachrichten“ berichten logisch und nachvollziehbar, ohne jegliche Häme, über die Staatssekretärinnen. Sie machen jedoch aufmerksam auf die Stellung des Staatssekretärs in der Bundesverfassung und der damit verbundene fehlende Einfluss der vier Frauen. „Fünf weibliche Staatssekretäre sind in Wahrheit fünf Alibimaßnahmen.“²³⁶

Der „Kurier“ kommentierte auf der Titelseite: „So wird also Charme in die Ministerien einziehen und freundlich wird der Gruß klingen – falls er an Stelle des klassenkämpferischen Freundschaft gestattet ist: Küß die Hand, Frau Staatssekretärin!“²³⁷ In der darauf folgenden Nationalratsdebatte ließ sich ein Abgeordneter der Opposition nicht nehmen, den Kurier zu zitieren und für seinen eigenen politischen Zweck zu nutzen.

Die Wochenzeitung „Profil“ widmete der neuen Staatssekretärin Johanna Dohnal einen Artikel: „Kreiskys Xanthippe“. Der fragwürdige Artikel erwähnt mehrmals die Größe Dohnals, ihre Angewohnheit zu rauchen, ihre „lustvolle Aggressivität und ihre enorme verbale Vehemenz“, mit der sie Auseinandersetzungen austrage. Dem Autor erscheint es wichtig, ihren Gegensatz zu Anneliese Albrecht aufzuzeigen, die stets elegant gekleidet sei. Charles Bohatsch bedient sich auf diesen zwei Seiten wohl jeder denkwürdigen Diskriminierung, seine Formulierungen sind beleidigend, seine gesellschaftlichen Absichten reaktionär und doch, so meine ich, meint er es nicht

²³⁴ Kärntner Tageszeitung, vom 13. 10. 1979. S. 2.

²³⁵ Kärntner Tageszeitung, vom 12.10.1979. S. 1.

²³⁶ Oberösterreichische Nachrichten, vom 15.10.1979.

²³⁷ Kurier, vom 13.10.1979. S. 1.

negativ. Zwischendurch erwähnt er ihre politischen Fähigkeiten, Dinge schneller als andere zu erkennen, diese zu artikulieren, ihren Tatendrang.²³⁸

Es scheint als wäre, wie Innenminister Lanc meint, Kreisky mit seiner Entscheidung, Frauen wie Johanna Dohnal in die Regierung zu holen, seiner Zeit weit voraus gewesen. Dohnals Selbstverständlichkeit, Frauenpolitikerin zu sein, war zu progressiv für die österreichische Politik und für den Großteil der Bevölkerung. Der Mehrheit der Bevölkerung war die unterschiedliche Stellung der Geschlechter in der Gesellschaft nicht bewusst und die Bedeutung der Sprache fand kaum Relevanz. Bis heute, in Zeiten der gesetzlichen Verankerung von geschlechtergerechter Sprache und Universitätslehrgängen, die sich mit Genderreflexion, Geschlechteridentitäten und Frauenforschung beschäftigen, ist es in Österreich immer noch nicht gesellschaftlich anerkannt, welche Bedeutung Sprache für die Gleichberechtigung von Mann und Frau hat²³⁹. Umso klarer erscheint es, dass Ende der Siebziger einfach kein Bewusstsein für Geschlechterungleichheit in der von konservativen, katholischen Rollenbildern geprägten Gesellschaft herrschte. Meine Annahme scheint bestätigt durch das Interview, das ich mit dem ehemaligen Minister Lausecker geführt habe. Auf meine Frage, weshalb die Spitzenfunktionen innerhalb der Partei so ungleich hoch mit Männern besetzt werden, antwortete er mir: „Für mich sind Frauen und Männer immer völlig gleiche Menschen, in dieser Partei Weggefährten gewesen, sofern sie sich zu der bekannt haben. Ob es jetzt persönliche Enttäuschen gibt, hat nichts mit dem Geschlecht zu tun.“²⁴⁰ Diese Aussage zeigt, dass es sich nicht immer um bewusste Frauenfeindlichkeit gehandelt hat, sondern um ein Nichtwissen um die ungleiche Stellung der Frau in Österreich. Es sei hier nochmals gesagt, dass ich die Diskriminierung von Frauen in keiner Weise toleriere. Meine oben angeführte Erklärung für die Kommentare soll nicht als Verharmlosung dieser dienen, sondern ist lediglich ein Erklärungsversuch.

²³⁸ Profil, vom 26.11.1979. S. 14-15.

²³⁹ Siehe zur Geschichte der Feministischen Forschung: Gehmacher Johanna, Singer Mona, Feministische Forschung in Österreich. Eine Geschichte zur Fortsetzung. In: Frauenforschung, feministische Forschung, Gender Studies. Lutter Christina, Menasse-Wiesbauer Elisabeth(Hrsg.). (Wien/ Materialien zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft. Band 8. Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr/ 1999). S.19-41.

²⁴⁰ Interview mit Karl Lausecker am 2. Dezember 2011.

Sehr spannend dazu ist auch die Antwort des Bundeskanzlers auf die Frage, ob er die Absicht habe, seinen „Politharem“ noch auszubauen: „Wie Sie wissen, habe ich mit arabischen Ländern viel zu tun, aber in einem Harem bin ich leider noch nie gewesen. Ich glaube wir müssen unseren Zuwachs erst verkraften. Deshalb ist mit einer weiteren Frau in meinem Kabinett nicht so bald zu rechnen.“²⁴¹ Offenbar war es politisch zulässig, sexistische Fragen zu stellen. Kreisky entgegnete der Frage mit Sarkasmus und einem bezeichnendem „leider“. Eine Antwort, die nicht gerade dazu beiträgt, eine andere journalistische Berichterstattung zu kultivieren. Auch sein Zugeständnis, der Frauenzuwachs in der Regierung müsse erst verkraftet werden, zeigt wie wenig selbstverständlich Frauen in Spitzenfunktionen für die Sozialdemokratische Partei waren.

²⁴¹ Neue Kronenzeitung, vom 12.10.1979. S.1., Kommentar von Dieter Kindermann, der Fragesteller lässt sich nicht eruieren.

4.3.1. Karikaturen in den Medien

Wie im vorherigen Abschnitt beschrieben, beherrschte die Ernennung der vier Staatssekretärinnen für einige Zeit die Medienlandschaft in Österreich. Nicht nur die Wortwahl einiger Journalisten sorgte bei den feministischen Frauen für Unmut - auch die zahlreich publizierten Karikaturen, so der Tenor in der Sekundärliteratur,²⁴² spiegeln das gesellschaftliche Bild der ungleichen Situation von Frauen in Österreich wider und zogen Kritik nach sich. Kein Karikaturist Österreichs ließ es sich nehmen, Bundeskanzler Kreisky und die vier neuen Staatssekretärinnen zu karikieren.²⁴³

Das Karikaturmuseum Krems²⁴⁴ beschreibt die Merkmale einer Karikatur folgendermaßen: „Sie (Karikatur, Anm. d. Verf.) übertreibt bewusst, spitzt zu und verzerrt charakteristische Züge einer Person oder eines Ereignisses, um durch den aufgezeigten Kontrast zur Realität und die dargestellten Widersprüche den Betrachter der Karikatur zum Nachdenken zu bewegen. Zu aktuellen Sachverhalten bezieht die Karikatur und ihr Zeichner oder ihre Zeichnerin sarkastisch-ironisch und satirisch Stellung. Wesentliche Fehler oder Schwächen einer dargestellter Person oder des Objekts sowie eines Ereignisses werden aufgedeckt und durch die zeichnerische Präsentation der Lächerlichkeit preisgegeben. Die Karikatur kann mehr satirisch oder humoristisch ausgerichtet sein, je nachdem, ob das Opfer des Zeichners oder der Zeichnerin völlig verurteilt werden soll, oder ob nur Mängel mit leiser Ironie kommentiert werden.

Kritische Grundhaltung des Künstlers gegenüber dem darzustellenden Sachverhalt. Das Ziel ist eine subjektive Wahrheit, zugespitzt herzustellen. Karikatur ist parteiisch, der Betrachter wird provoziert, seine Zustimmung oder Ablehnung wird eingefordert.“²⁴⁵

²⁴² Siehe dazu: Feigl Susanne, Johanna Dohnal, Was gehen mich seine Knöpfe an? Und Zach Angelika, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen.

²⁴³ Siehe dazu: Fuchs Doris, Bruno Kreisky in der Karikatur. (Wien/ Univ., Dipl.-Arb./1994)

²⁴⁴ Karikaturmesum Krems: Steiner Landstraße 3a ,A-3500 Krems Stein,
<http://www.karikaturmuseum.at/de>

²⁴⁵ Begriffserklärung der Karikatur, Karikaturmuseum Krems. In:
http://www.karikaturmuseum.at/de/kunstvermittlung/was-ist-karikatur/was-ist-karikatur/Karikatur_Definition.pdf, entnommen am 4.12.2012

Ich habe den österreichischen Karikaturisten Professor Gustav Peichl getroffen und ihn zu der von ihm gezeichneten Karikatur befragt. Gustav Peichl zählt zu den bekanntesten Karikaturisten Österreichs, unter dem Pseudonym IRONIMUS zeichnet er seit 1954 für die Tageszeitung „Die Presse“.²⁴⁶ Wie viele seiner Kollegen hat auch er die Regierungsumbildung 1979 zum Anlass genommen, den Bundeskanzler und die vier Frauen zu karikieren. Seine Karikatur „Der alte Schnipfer“ inszeniert Bruno Kreisky als Spitzbuben, der ganz süffisant vier Büstenhalter mit den Namen seiner Staatssekretärinnen, Johanna, Franziska, Beatrix und Anneliese, aus den Sakkotaschen zieht. Im Stil eines Schürzenjägers hat er die BHs quasi als Trophäen gesammelt und kann sie nun etwas angeberisch und mit spätpubertärem Stolz herzeigen. Die Tageszeitung „Die Presse“ publizierte die Karikatur einige Tage nach der Klubtagung in Villach Warmbad, am 13. Oktober 1979.

Gustav Peichl erzählt über seine jahrelangen Erfahrungen als politischer Karikaturist in Österreich: „Ich sage Ihnen zur Story, jede Karikatur egal welcher Art macht denjenigen der gezeichnet wurde populär. Das wusste von allen am Besten der Bruno Kreisky. Was habe ich für negative Kreisky Karikaturen gemacht. Er war begeistert, weil er wusste eine Karikatur macht populär, eine Karikatur ist wichtig für ein Standing in der Politik. Das wusste Kreisky, weil er gescheit war. Ich will nur sagen, mit nicht vielen Worten: jeder der karikiert wird, wird geschätzt von den Medien, von den Karikaturisten und sollte froh sein, so auch die Frau Fast und die Frau Eypeltauer...“²⁴⁷ Mit völligem Unverständnis reagiert der Künstler auf den Vorwurf, die gezeichneten Karikaturen seien sexistisch und frauenfeindlich: „Ich hab Dohnal über alle Maßen geschätzt, das war eine tolle Person, ein tolles Weib, sag ich Ihnen. Auch gescheit. Ich finde das so deppat, wenn Personen hergehen und das alles auf das Frausein beziehen. Das ist ein wirklicher Unsinn, die die das sagen sind halt nicht intelligent genug.“²⁴⁸ Ferner führt er aus: „Die Fast, die war klein und hässlich, aber eine lustige, tolle Person und wenn die karikiert wird, soll sie, das wusste sie auch, froh sein, dass sie beachtet wird in den

²⁴⁶ siehe dazu: Scheidl Hand Werner, Ironimus, Der wahre Kreisky. (Wien/ Amalthea Signum Verlag/ 2010) und Karikaturmuseum Krems (Hrsg), IRONIMUS. Ohne Leichtsinn geht es nicht! (Wien/ Amalthea Signum Verlag/2008)

²⁴⁷ Interview mit Prof. Gustav Peichl, am 15. November 2012

²⁴⁸ Interview mit Prof. Gustav Peichl, am 15. November 2012

Medien. Da müssten Männer, die negativ karikiert werden - und die Männer sind da besonders eitel - sagen das ist männerfeindlich.“²⁴⁹

Auf meinen erneuten Versuch darauf hinzuweisen, dass es bei der Kritik an den Karikaturen nicht darum geht, dass das Aussehen der Frauen unvorteilhaft dargestellt wird, sondern beinahe bei jeder Karikatur sich die Frauen als Untergebene um den Kanzler scharen, reagiert Professor Peichl erneut mit der Antwort, dass es unintelligent sei, das auf die Schiene des Sexismus zu stellen. Konkret über seine eigene Karikatur „Der alte Schnipfer“ sagt Peichl: „Er war ja ein Frauenfreund, wie man weiß, und die Karikatur stellt das eben dar, dass es ihm ein Anliegen ist, gute Beziehung zu Frauen zu haben. Das sagt ja nicht, dass er mit den Frauen ein Verhältnis hatte, was man da hineininterpretieren kann. Das ist alles Blödsinn! Das ist die Darstellung Bruno Kreiskys, seine Vorliebe zu Frauen. Er war ja unter Anführungszeichen in seiner Art ein Womanizer, überhaupt keine Frage. Er hatte ein gutes Verhältnis zu Frauen. Deshalb die Karikatur. Es war eine Erfolgskarikatur. Ich habe viele Leserbriefe bekommen.“²⁵⁰



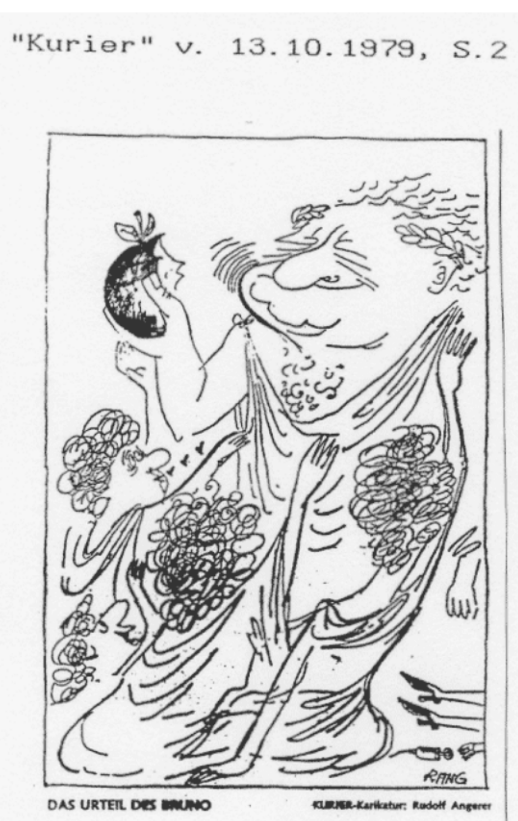
²⁴⁹ Interview mit Prof. Gustav Peichl, am 15. November 2012

²⁵⁰ Interview mit Prof. Gustav Peichl, am 15. November 2012

²⁵¹ Bruno Kreisky Karikatur, Die Presse, vom 13. Oktober 1979. S. 1, zitiert nach: http://www.renner-institut.at/frauenmachengeschichte/sd_frgesch/sub-dat/karikatr.htm, entnommen am 4. November 2012.



252



253

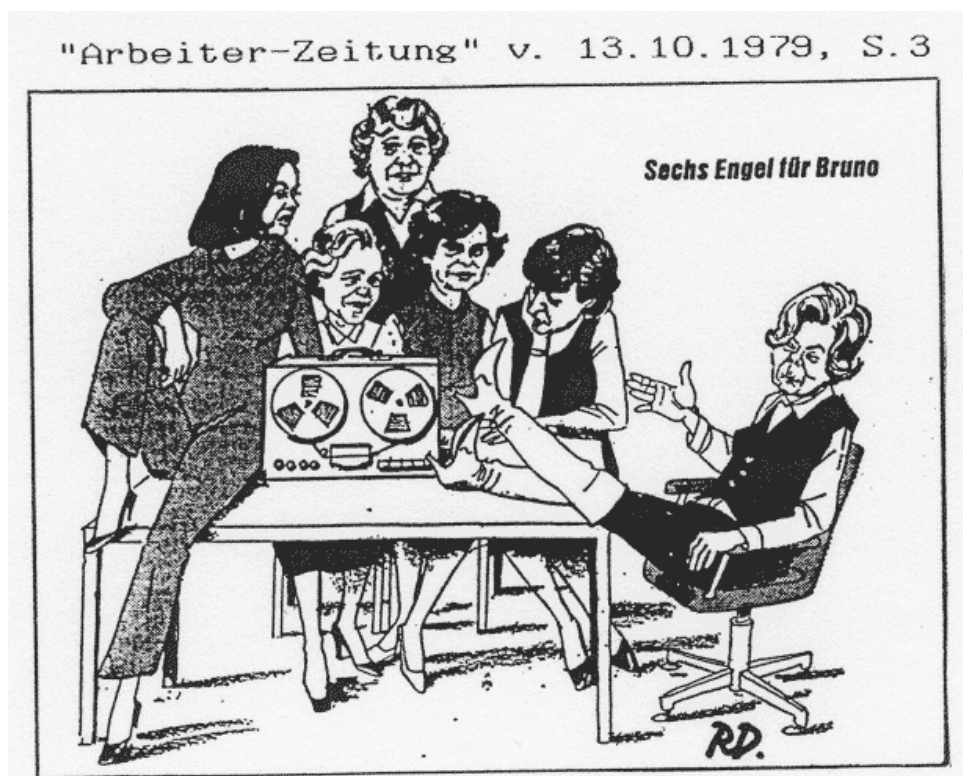


254

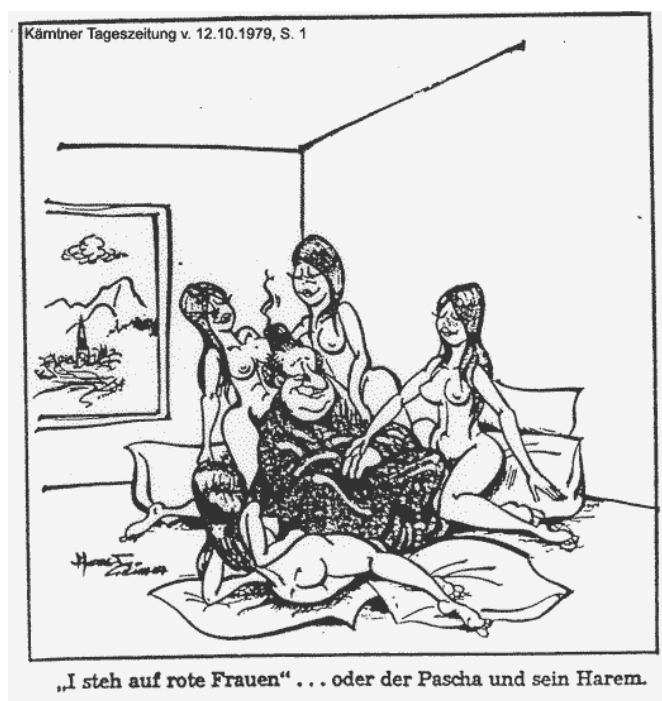
²⁵² Bruno Kreisky Karikatur, Die Oberösterreichischen Nachrichten, vom 13. Oktober 1979. S. 1, zitiert nach: http://www.renner-institut.at/frauenmachengeschichte/sd_frgesch/sub-dat/karikatr.htm, entnommen am 4. November 2012.

²⁵³ Bruno Kreisky Karikatur, Kurier, vom 13. Oktober 1979. S. 2, zitiert nach: http://www.renner-institut.at/frauenmachengeschichte/sd_frgesch/sub-dat/karikatr.htm, entnommen am 4. November 2012.

²⁵⁴ Bruno Kreisky Karikatur, Neue Kronenzeitung, vom 13. Oktober 1979. S. 2, zitiert nach: http://www.renner-institut.at/frauenmachengeschichte/sd_frgesch/sub-dat/karikatr.htm, entnommen am 4. November 2012.



255



256

²⁵⁵ Bruno Kreisky Karikatur, Arbeiter-Zeitung, vom 13. Oktober 1979. S. 3, zitiert nach:
http://www.renner-institut.at/frauenmachengeschichte/sd_frgesch/sub-dat/karikatr.htm, entnommen am 4. November 2012.

²⁵⁶ Bruno Kreisky Karikatur, Kärntner Tageszeitung, vom 12. Oktober 1979. S. 1, zitiert nach:
http://www.renner-institut.at/frauenmachengeschichte/sd_frgesch/sub-dat/karikatr.htm, entnommen am 4.

Die oben abgebildeten Karikaturen stellen einen Ausschnitt aus den publizierten Zeichnungen zu der Regierungsumbildung 1979 dar. Bruno Kreisky wird von den Karikaturisten zum Haremsherrn, zum Pascha oder zum schlüpfrigen Frauenheld stilisiert, der sich ausschließlich aus niederen Instinkten zum Schiedsrichter über Macht und Ohnmacht der Frauen erkoren hat, während sich seine neu einberufenen Staatssekretärinnen oftmals unter ihm auf dem Boden sitzend anbieten und um seine Gunst buhlen. Kreisky wird als selbstgerecht grinsender Halbgott parodiert, der das Schicksal der Frauen des Landes in seinen Händen hält. Die Zeichnungen machen Kreisky zum erhabenen Souverän der Szenen und die Damen zu erniedrigten Bittstellern, die um Posten und Anerkennung ringen.

Wie Ursula Pasterk im „Profil“ schreibt, war es vorherzusehen, dass die konservativen Zeitungen die Bestellung der vier Staatssekretärinnen „mit jener Humorigkeit kommentieren würden, die aus dem kleinen Unterschied lebt.“²⁵⁷ Es gehöre schließlich zum Geschäft der konservativen Opposition, die Regierungsumbildung als Alibihandlung darzustellen, doch was genau bewegt die sozialistischen Zeitungen genau dasselbe Klischee zu bedienen? Die Kärntner Tageszeitung druckt als einzige Zeitung ganz Österreichs vier nackte Frauen um einen Pascha gruppiert, das zeigt abermals gut das vorherrschende Frauenbild innerhalb der Sozialdemokratie: „Die Frau als die Sanfte, immer Gebende (Anton Benya am ÖGB-Frauenkongress), das zarte Wesen am Gängelband, das auch nach seinem Einruch in die Männerwelt der Politik das bleiben sollte, was sie immer war: die Gespielin als dressierter Weisungsempfänger.“²⁵⁸

November 2012.

²⁵⁷ Profil vom 22. Oktober 1979. S. 21.

²⁵⁸ Profil vom 22. Oktober 1979. S. 21.

5. Epochenwende in der Frauenpolitik?

Die vorherigen Kapitel beschäftigen sich mit Kreiskys „Paukenschlag“ um die Frauen, der in die Geschichte Österreichs als Wende in der Frauenpolitik einging. Inwieweit die Regierungsumbildung 1979, die vier Staatssekretärinnen und so erstmals sechs Frauen als Regierungsmitglieder mit sich brachte, zu einer Veränderung der Stellung der Frau in der österreichischen Politik beitragen konnte, soll dieses Kapitel versuchen zu beleuchten.

Die erste Ministerin, Grete Rehor, übernahm 1966 unter der ÖVP-Regierung Klaus ihr Amt. Zuvor hatte keine österreichische Regierung eine Frau als Mitglied.

Bundeskanzler Bruno Kreisky erhöhte den Frauenanteil in seiner ersten Regierung um 100 Prozent, in seiner zweiten Amtszeit nochmals um 50 Prozent und verdoppelte im Jahr 1979 die drei weiblichen Regierungsmitglieder auf sechs. Dies allein auf die frauenpolitischen Bestrebungen des Kanzlers zurückzuführen wäre zu kurz gegriffen.

Die deutsche autonome Frauenbewegung beeinflusste maßgeblich das Bewusstsein „Frau zu sein“ in Österreich und fand in einer organisierten Neuen Frauenbewegung ihren Ausdruck. In Kreisky hatte man einen Partner, der die politischen Intentionen der Neuen Frauenbewegung gut anerkennen konnte, wenngleich er manche ihrer Ziele und politischen Ausdrucksformen ablehnte.²⁵⁹ Seine durchaus bürgerlich-patriarchalen Geschlechterbilder lassen sich, wie Eva Kreisky ausführlich beschreibt, durch seine bürgerliche, von traditionellen Geschlechterrollen geprägte, Herkunft erklären. Diese Geschlechterbilder werden durch die Erfahrungen seiner politischen Tätigkeit, die ihn in völlig andere soziale Milieus führte, gebrochen. So sollte er schließlich der Begründer einer erstmals eigenständigen, von Familienpolitik abgekoppelten, Frauenpolitik in Österreich werden. Johanna Dohnal erzählt über Kreiskys Verhältnis zu Frauen in der Politik: „Feminist war er keiner, aber er wollte, dass es selbstverständlich ist, dass Frauen regierungsfähig sind. Ich glaube, dass seine Einstellung völlig unkompliziert war und er erstaunt war, wenn ich ihm erzählt habe mit welchem Widerständen Frauen zu kämpfen haben.“²⁶⁰ Mit der Begründung einer eigenständigen frauenpolitischen

²⁵⁹ Kreisky Eva, Bruno Kreisky und die neuen politischen Bewegungen. In: Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Historischen Museum der Stadt Wien (Hrsg.), Bruno Kreisky. Seine Zeit und mehr. Wissenschaftliche Begleitpublikation zu 240. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien 18. September bis 15. November 1998. S. 21.

²⁶⁰ Dohnal Johanna, über Bruno Kreisky. In: Über Kreisky. Gespräche über Distanz und Nähe. (Wien/ Falter Verlag/ 2011). S. 213.

Regierungsstelle ermöglichte Bundeskanzler Kreisky Johanna Dohnal 23 Jahre lang die Frauenpolitik in Österreich wesentlich mitzubestimmen. Sie hat als Frauenstaatssekretärin und Ministerin zahlreiches für das Leben der Frau umgesetzt, das sich nicht mit Gesetzen beschreiben lässt, sondern wie sie selbst sagt, am ehesten mit Bereichen: „die Enttabuisierung der Gewalt gegen Frauen, das Aufbrechen der Klischees in der Ausbildung, die Tatsache, dass Frauen nicht mehr so diskriminiert werden, wenn sie allein mit Kindern oder überhaupt alleine leben.“²⁶¹ Doch war es ihr wichtig, nichts als gegeben und erledigt zu betrachten.

Eine der wesentlichen Fragen bei der Bestellung der vier Frauen als Staatssekretärinnen, die sich stellt, ist die, ob es frauenpolitisch sinnvoller gewesen wäre, einen oder wenige männliche Ministerposten mit Frauen zu ersetzen und so zeitgleich der berechtigten Kritik des, schon aufgrund des Amtes der Staatssekretärin entstandenen, Klischees der „Erfüllungsgehilfin“ entgegenzuwirken, oder ob gerade hier jener Punkt war, an dem die Quantität der Bestellung zu einer Qualität in der Frauenpolitik umschlagen konnte. Bei der Institutionalisierung der Frauenpolitik ging man, wie auch Eva Kreisky schreibt, zunächst den minimalistischen Weg und revitalisierte dazu die politisch eigentlich überflüssig gewordenen Staatssekretariate, indem man Frauen zu „unechten“ Regierungsmitgliedern machte. Mit dem Ende der Alleinregierung der SPÖ bekamen die Staatssekretariate teilweise wieder ihre ursprüngliche Funktion, die politischen Bereichskontrollen wie auch koalitionäre Vorabsprachen schon im mikrokoalitionären Feld zu treffen, zugeordnet. Die Verteilung der Regierungsämter auf zwei Parteien drängte die Frauen, wie auch den Stellenwert von Frauenpolitik, wieder zurück.²⁶² Das politische Signal, Frauen in der Innenpolitik sichtbar zu machen, verliert demnach nach der Gründung der vier Staatssekretariate relativ rasch an Bedeutung und findet kaum Fortsetzung. In der Folgeregierung unter Bundeskanzler Fred Sinowatz reduziert sich die Zahl der weiblichen Regierungsmitglieder wieder auf die Hälfte, nur mehr drei Frauen befinden sich in der Bundesregierung. Staatssekretärin Franziska Fast, die sich im Sozialministerium mit den Belangen der berufstätigen Frau beschäftigte, wurde durch ein Referat zur „Wahrung der Fraueninteressen“ ersetzt, dessen

²⁶¹ Dohnal Johanna, über Bruno Kreisky. In: Über Kreisky. Gespräche über Distanz und Nähe. S. 212.

²⁶² Vgl. Kreisky Eva, Bruno Kreisky und die neuen politischen Bewegungen. In: Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Historischen Museum der Stadt Wien (Hrsg.), Bruno Kreisky. Seine Zeit und mehr. S. 29.

Durchsetzungsmöglichkeiten geringer sind.²⁶³ Frauenangelegenheiten wurden vorerst nur noch im Staatssekretariat für Frauenangelegenheiten im Bundeskanzleramt behandelt. „Ohne dass jedoch alle einschlägigen Kompetenzen her verankert worden wären. Nur mit der Koordinationskompetenz des Bundeskanzlers im Rücken, also seinem Good-will, konnte überhaupt Frauenpolitik gemacht werden: ein überaus paternalistisches Politikmodell.“²⁶⁴

Meiner Einschätzung nach handelte es sich bei der Besetzung der Staatssekretariate mit vier Frauen um einen Versuch, die Präsenz von Frauen in der Politik, in Führungspositionen, selbstverständlich zu machen. Bereits 1983 reduzierte sich die Anzahl weiblicher Regierungsmitglieder auf die Hälfte und es dauerte fünf Legislaturperioden unter sozialdemokratischer Kanzlerschaft bis, in der Regierung Vranitzkys, 1994 wieder sieben Frauen auf der Regierungsbank saßen. Das ursprüngliche Bestreben der Wiener Frauen nach einem eigenständigen Regierungsressort für Frauenpolitik konnte jedoch verwirklicht werden, wenn auch mit einem Mangel an Kompetenzen. Johanna Dohnal konnte im Staatssekretariat für allgemeine Frauenfragen und als erste Frauenministerin Österreichs grundlegende Reformen für die Gleichstellung der Frau in der Gesellschaft beschließen. Wobei hier nicht nur wichtige gesetzliche Veränderungen wie die Änderung des Familienrechts, das Gleichbehandlungspaket, die Novellierungen der Strafprozessordnung, welche die rechtliche Situation der Frau bei jeder Art von Gewalt maßgeblich verbesserte, zahlreiche Gesetze, die die soziale Sicherheit der Frau festigten, zu erwähnen sind, sondern sie schaffte es auch, die vorherrschende Geschlechterordnung sichtbar zu machen und somit die Anliegen der Neuen Frauenbewegung erstmals politisch zu vertreten. Unter der ÖVP-/FPÖ-Regierung wurde im Jahr 2000 das Ministerium für Frauenfragen abgeschafft und erhielt, auch nachdem es wieder installiert wurde, niemals wieder jene Bedeutung wie es unter Johanna Dohnal hatte.

Ich bezweifle, dass die Ernennung der vier Staatssekretärinnen unmittelbar zur Selbstverständlichkeit der Frau in einer Regierungsrolle beigetragen hat. Durch die Wahl Johanna Dohnals konnte allerdings nachhaltig die Rolle der Frau in der

²⁶³ Vgl. Wisinger Marion, Land der Töchter. 150 Jahre Frauenleben in Österreich. (Wien/ Promedia/ 1992). 190

²⁶⁴ Kreisky Eva, Bruno Kreisky und die neuen politischen Bewegungen. In: Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Historischen Museum der Stadt Wien (Hrsg.), Bruno Kreisky. Seine Zeit und mehr. S. 29.

österreichischen Gesellschaft verbessert werden. Wenn auch nicht gleich - es dauerte 15 Jahre, um eine ebenso hohe Anzahl weiblicher Regierungsmitglieder zu erreichen - erzielte Bruno Kreisky mit den insgesamt sechs Frauen in der Bundesregierung 1979 doch einen Durchbruch für die Frauen. Die starken Reaktionen der Opposition, der Medien und teilweise auch innerhalb der Sozialdemokratie, vielleicht gerade weil der Aufschrei so laut war, machte die Benachteiligung der Frau in der Gesellschaft sichtbar und bewusst. Die mangelnde Repräsentation von mehr als der Hälfte der Bevölkerung in der Politik wurde thematisiert und gerade dafür bedurfte es einer Vielzahl an Frauen. Die Resonanz wäre, so stelle ich die Behauptung auf, bei der Ersetzung ein oder zwei männlicher Ministerposten durch eine Frau, nicht so groß ausgefallen. Die Regierungsumbildung 1979 hat nicht zu einer Selbstverständlichkeit der Frau in der Politik geführt, stellte jedoch einen notwendigen Durchbruch für die Frau dar und trug wesentlich, auch mit der frauenpolitischen Arbeit Dohnals, dazu bei, dass Jahre später ein hoher Anteil an Frauen in der Bundesregierung kritiklos hingenommen wurde.

6. Zusammenfassung

Die Regierungsumbildung 1979 bei der Bruno Kreisky vier neue Staatssekretariate schuf und diese ausschließlich mit Frauen besetzte ging in die Österreichische Geschichte als Kreiskys „Paukenschlag“ um die Frauen ein. Die vorliegende Arbeit zeigt auf, dass es sich dabei keineswegs um eine Idee des Kanzlers handelte sondern um eine parteiinterne Kompromisslösung.

Bei der Nationalratswahl im Jahr 1979 konnten die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit sogar noch ausbauen. Dieser unerwartete Wahlerfolg der SPÖ konnte nur aufgrund des hohen weiblichen Wählerinnenanteils erreicht werden. Die Sozialdemokratische Partei erhielt zwei zusätzliche Mandate. Diese wurden allerdings mit männlichen Mandataren besetzt und der weibliche Anteil im Parlament blieb unverändert. Anneliese Albrecht, die Chefredakteurin der Zeitschrift „die frau“ und Johanna Dohnal, Wiener Landesfrauensekretärin der SPÖ, forderten bei einer Pressenkonferenz, im Frühjahr 1979, die Schaffung eines eigenen Frauenstaatssekretariates oder eines Frauenministeriums. Die öffentliche Präsentation der Wiener Frauen löste innerhalb der Partei einen Konflikt aus. Nicht nur bei den Männern, auch bei den SPÖ Frauen war man geteilter Meinung. Die damalige Frauenvorsitzende der Partei, Hertha Firnberg stand einem eigenständigen frauenpolitischen Ressort negativ gestimmt gegenüber.

Bruno Kreisky kündigte für den Herbst eine Regierungsumbildung an. Daraufhin wurden Teile der Wiener Frauen aktiv. Besonders Anneliese Albrecht setzte sich gemeinsam mit Kreiskys Schwiegertochter Eva Kreisky für Johanna Dohnal ein. Sie sahen in ihr ein frauenpolitisches Talent, das unbedingt zu fördern war. Dohnals progressive, kompromisslose Frauenpolitik konnte und sollte die Stimmen der Aktivistinnen der Neuen Frauenbewegung gewinnen. Der eigentliche Plan Johanna Dohnal als Staatssekretärin für Konsumentenfragen in die Regierungsmannschaft zu holen, scheiterte an den Ministern der Bundesregierung. Kein Minister war bereit Johanna Dohnal in sein Ministerium zu nehmen. Auch von Seiten der Gewerkschaften gab es Einwände (Konsumentenfragen fielen in die Zuständigkeit von Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund). Schließlich bat der Kanzler Anneliese Albrecht das Staatssekretariat für Konsumentenfragen zu übernehmen. Sie galt als umgänglich und

weniger fordernd als Dohnal, von Seiten der Gewerkschaft gab es daher keine Bedenken. Der zuständige Minister Staribacher schreibt dazu in seinen Tagebuchaufzeichnungen, wie sehr er sich über die ihm zugeteilte Staatssekretärin freue und wie wichtig dieses Signal mehr Frauen in die Regierung zu nehmen sei.

Wie der Sekundärliteratur zu entnehmen ist, kam die Idee ein Staatssekretariat für Fragen der berufstätigen Frau im Sozialministerium zu installieren und dieses mit Franziska Fast zu besetzen vom Bundeskanzler selbst. Grundsätzlich wurde das geplante Staatssekretariat für Fragen der berufstätigen Frau im Sozialministerium begrüßt, es deckte aber nur einen Teil der frauenpolitischen Forderungen ab. Gerade die autonome Frauenbewegung sah Johanna Dohnal im Aufgabenbereich der Staatssekretärin, war sie es doch, die eine progressive, moderne Gleichstellungspolitik vertrat. Mittlerweile unterstützte auch Hertha Firnberg die Forderung nach einem Frauenstaatssekretariat. Die ehemalige Nationalratsabgeordnete Dr. in Erika Seda erklärte diesen Wandel in einem Interview damit, dass die Frauenvorsitzende erkannt habe, dass so mehr Wählerinnenstimmen der jungen Frauen gewonnen werden. Nachdem Anneliese Albrecht den eigentlich für Johanna Dohnal vorgesehenen Regierungsposten übernahm und Franziska Fast Staatssekretärin für Frauenfragen mit besonderen Augenmerk auf Fragen der berufstätigen Frauen werden sollte, wären prinzipiell die Forderungen der SPÖ-Frauen nach einem Frauenstaatssekretariat erfüllt gewesen. Doch das geplante Staatssekretariat deckte nur einen Teil des Geforderten ab. Schließlich beschließt der Bundeskanzler, zwei Staatssekretariate für Frauenfragen einzurichten. Er teilt die Frauenpolitik in zwei Arbeitsfelder: Franziska Fast sollte sich im Sozialministerium mit den Problemen der Frau in der Arbeitswelt beschäftigen und Johanna Dohnal sollte im Bundeskanzleramt als Staatssekretärin für allgemeine Frauenfragen arbeiten, da sich kein Minister bereit erklärt hatte, Johanna Dohnal als Staatssekretärin aufzunehmen.

Die vierte Staatssekretärin sollte Dr. in Beatrix Eypeltauer werden. Sie war Linzer Abgeordnete und Präsidentin der österreichischen Mietervereinigung. Die starke oberösterreichische Landesparteiorganisation wollte eine stärkere Vertretung in der Bundespolitik finden. Gerade an der Bestellung Eypeltauers liest sich die Vorgangsweise der Regierungsumbildung bestens ab. So handelt es sich bei der Bestellung der vier Frauen um ein parteiinternes Ziehen um Positionen,

Machtkonstellationen wurden gefestigt oder durchbrochen und der Kanzler bewies einmal mehr, dass er Personalentscheidungen alleine traf und diese vorab schon medial bekannt gab. Der Aufgabenbereich der vier Frauen blieb durchaus innerhalb der Frauen zugesprochenen Thematiken. Allgemeine Frauenpolitik, Frauenfragen der Berufstätigen, Konsumentenschutz, Familienlastenausgleich und Wohnbau.

Die Ressentiments der Parteimitglieder hatte verschiedene Ursachen. Abgesehen von der mäßigen Freude der Minister, einen Staatssekretär zu erhalten, da sie dies als eine Art Kontrollor empfanden, gab es noch weitere Gründe, welche die Verstimmtheit vieler Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen erklären. Es herrschte in der Partei Verärgerung darüber wie der Bundeskanzler Personalentscheidungen traf. So wurde kritisiert, dass in den Zeitungen immer früher etwas zu lesen stand, als letzten Endes die Entscheidungsträger und Gremien etwas wussten. Nicht nur, dass künftig vier neue Staatssekretariate die Regierung erweitern sollten, diese mit vier Frauen besetzt wurden, sondern auch wie diese Personalentscheidungen vom Kanzler kommuniziert wurden, sorgten innerhalb der Partei für massive Kritik.

Ein weiteres Problem stellte der Plan dar, Johanna Dohnal ins Bundeskanzleramt zu berufen. Es konnten sich nicht zwei Staatssekretärinnen im Bundeskanzleramt der Frauenpolitik widmen (Elfriede Karl war mit dem Aufgabenbereich Familien- und Frauenpolitik im Bundeskanzleramt betraut). Sehr überraschend war hier die Hilfestellung von Finanzminister Androsch, der anbot Staatssekretärin Elfriede Karl ins Finanzministerium zu übernehmen damit Johanna Dohnal ohne Überschneidung im Bundeskanzleramt für allgemeine Frauenfragen zuständig sein konnte. Um der Situation von Kreisky einen/ eine StaatssekretärIn vorgesetzt zu bekommen entgehen zu können, schlug Dr. Androsch vor Frau Karl ins Finanzministerium zu nehmen.

Die Bestellung der vier Staatssekretärinnen löste bei vielen Männern in der Sozialdemokratie ein derartiges Unverständnis aus, dass sie nicht den Mut hatten, zuzugeben, dass die Frauen der Grund für ihren Widerstand waren. So schoben sie alle möglichen Argumente vor. Die entstehenden Kosten der zusätzlichen Regierungsämter wurden als Problem angeführt, es wurde darauf hingewiesen, dass das bei der Bevölkerung Unmut hervorrufen würde. Die Vorbehalte gegenüber den Frauen wurden nicht offen geäußert, vielmehr wurden Argumente gegen die Errichtung neuer

Staatssekretariate angeführt. Nicht nur die anfallenden Kosten stellten ein Problem dar, auch war es problematisch, dass sich künftig drei Staatssekretariate mit Frauenpolitik beschäftigen sollten.

Auch die Kritik der Opposition viel zahlreich aus. Kaum eine Abgeordnete, ein Abgeordneter wagte es, bei der Nationalratsdebatte etwas gegen ein vermehrtes Auftreten von Frauen in politischen Spitzenfunktionen zu sagen. Selbstverständlich befürworteten alle Parteien eine stärkere Repräsentanz von Frauen in der Politik. Die vorgebrachten Argumente kritisierten eine budgetäre Überbelastung, die fehlende Abgrenzung zwischen den Staatssekretärinnen, die sich mit Frauenfragen beschäftigen sollten, und warfen dem Kanzler Heuchelei vor. Wäre der Kanzler tatsächlich an Frauenpolitik interessiert gewesen, hätte er eine Dame zur Ministerin gemacht. Die fehlende Solidarität einiger Männer der SPÖ, die bereitwillig in den Medien gegen die Regierungsumbildung Stellung bezogen, boten der Opposition ein leichtes Spiel. So konnten sich sowohl die Abgeordneten der Volkspartei und die Freiheitlichen als die eigentliche Frauenpartei zu positionieren, die ein eigenes Frauenministerium ohne weiteres eingerichtet hätten. Die Reaktion mancher Parteimitglieder und die teilweise sexistische Berichterstattung der Medien machte es der Opposition möglich, sich als die Vertreter der Frauen zu positionieren.

Die vorliegende Arbeit behandelt im Schlusskapitel „Epochenwende in der Frauenpolitik“ die Frage ob die Regierungsumbildung 1979 tatsächlich den Wendepunkt in der Österreichischen Frauenpolitik dargestellt hat. Die Autorin kommt zu dem Schluss, dass die Ernennung der vier Staatssekretärinnen nicht unmittelbar zur Selbstverständlichkeit der Frau in einer Regierungsrolle beigetragen hat. Durch die Wahl Johanna Dohnals konnte allerdings nachhaltig die Rolle der Frau in der österreichischen Gesellschaft verbessert werden. Wenn auch nicht gleich, es dauert 15 Jahre, erzielte Bruno Kreisky doch einen Durchbruch für die Frauen. Die starken Reaktionen der Opposition, der Medien und teilweise auch innerhalb der Sozialdemokratie machte die Benachteiligung der Frau in der Gesellschaft sichtbar und bewusst. Die mangelnde Repräsentation von über der Hälfte der Bevölkerung in der Politik wurde thematisiert und gerade dafür bedurfte es einer Vielzahl an Frauen.

7. Literatur- und Quellenverzeichnis

Monographien

Dohnal Johanna, Thurner Erika, Johanna Dohnal - Innensichten österreichischer Frauenpolitiken. Innsbrucker Vorlesungen. (Innsbruck/ Studien-Verlag/2008)

Fabris Hans Heinz, Kreuzhuber Hertha, Das Internationale Jahr der Frau 1975 und die Darstellung von Frauenthemen in den österreichischen Massenmedien. Eine Untersuchung der Berichterstattung österreichischer Druckmedien über die Themen „Internationales Jahr der Frau 1975“, „Berufliche und soziale Stellung der Frau“. „Diskriminierung und Emanzipation (Gleichberechtigung)“. (Herausgegeben vom Bundesministerium für soziale Verwaltung)

Fallmann Astrid, Zur Rolle der Frau im österreichischen Parlamentarismus (1848 – 1934). (Wien/ Univ., Dipl.-Arb./ 1989)

Feigl Susanne, Johanna Dohnal, Was gehen mich seine Knöpfe an? (Wien/ Überreuter/ 2002)

Floßmann Ursula, Frauenrechtsgeschichte. Ein Leitfaden für den Rechtsunterricht. (Linz/ Trauner Verlag/ 2006)

Fuchs Doris, Bruno Kreisky in der Karikatur. (Wien/ Univ., Dipl.-Arb./1994)

Gehmacher Johanna, Mesner Maria, Land der Söhne. Geschlechterverhältnisse in der zweiten Republik. (Innsbruck, Wien, Bozen/ Studien Verlag)

Gehmacher Johanna, Völkische Frauenbewegung. Deutschnationale und nationalsozialistische Geschlechterpolitik in Österreich. (Döcker Verlag/ Wien)

Hauch Gabriella, Frau Biedermeier auf den Barrikaden. Frauenleben in der Wiener Revolution 1848. (Wien/ Verlag für Gesellschaftskritik/ 1990)

Karikaturmuseum Krems (Hrsg), IRONIMUS. Ohne Leichtsinn geht es nicht! (Wien/ Amalthea Signum Verlag/2008)

Köpl Regina, Frauenpolitik der SPÖ. Reformpolitik im Spannungsfeld bürgerlich-patriarchalischer Hegemonie und sozialdemokratischer Partizipationsstrategie. (Wien/ Univ. Diss./ 1983)

Kreisky Bruno, Rathkolb Oliver (Hrsg.), Der Mensch im Mittelpunkt: der Memoiren dritter Teil. (Wien/ Kremayr & Scheriau/ 1996)

Kreisky Eva (Hrsg.), Johanna Dohnal, eine andere Festschrift. (Wien/ Milena/ 1998)

Pelinka Anton, Rosenberger Sieglinde, Österreichische Politik. Grundlagen Strukturen Trends. (Wien/ Facultas Verlag/ 2007).

Pribyl Emma, Frauenpolitik nach 1945 in Österreich. (Wien/ Univ., Diss./ 1990)

Rosenberger Sieglinde, Frauenpolitik in Rot-Schwarz-Rot. Geschlechterverhältnisse als Gegenstand der österreichischen Politik. (Wien/ Braumüller/ 1992)

Scheidl Hand Werner, Ironimus, Der wahre Kreisky. (Wien/ Amalthea Signum Verlag/ 2010)

Wisinger Marion, Land der Töchter. 150 Jahre Frauenleben in Österreich. (Wien/ Promedia/ 1992)

Zach Angelika, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. Entstehungsbedingungen, Gründung und Aktivitäten bis zum Ende der Alleinregierung der SPÖ 1983. (Wien/ Univ., Dipl.-Arb./ 1992)

Sammelbände

Behning Ute, Arbeit und Arbeitsteilung. In: Politikwissenschaft und Geschlecht. Rosenberger Sieglinde, Sauer Birgit (Hrsg.). (Wien/ Facultas/ 2004)

Dohnal Johanna, über Bruno Kreisky. In: Über Kreisky. Gespräche über Distanz und Nähe. (Wien/ Falter Verlag/ 2011)

Gaudart Dorothea, Frauenbewegung und Frauenbewusstsein in Österreich. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1985. A. Kohl, G. Ofner, A. Stirnemann (Hrsg.). (München/ Wien/ 1983)

Gehmacher Johanna, Das Wahlrecht als Waffe? Deutungsmuster geschlechtsspezifischen Wählerinnenverhaltens am Ende der Ersten Republik. In: Zeitgeschichte im Wandel. Diendorfer Gertraud, Jagschitz Gerhard, Rathkolb Oliver (Hrsg.). (Innsbruck, Wien/ Studien Verlag/ 1997)

Gehmacher Johanna, Singer Mona, Feministische Forschung in Österreich. Eine Geschichte zur Fortsetzung. In: Frauenforschung, feministische Forschung, Gender Studies. Lutter Christina, Menasse-Wiesbauer Elisabeth (Hrsg.). (Wien/ Materialien zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft. Band 8. Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr/ 1999)

Gehmacher Johanna, Wenn Frauenrechtlerinnen wählen können. In: Wie Frauenbewegung geschrieben wird. Gehmacher Johanna, Vittorelli Natascha (Hrsg.). (Wien/ Erhard Löcker GesmbH/ 2009)

Hauch Gabriella, Welches Jahrhundert wird uns gehören? Frauen – Feminismus – Öffentlichkeit. In: Wahnsinnsweiber? Weiberwahnsinn? Wer braucht Feminismus?. Bacher Monika (Hrsg.). (Linz/ Trauner Verlag/ 2000)

Hauch Gabriella, „Wir, die viele Geschichte haben...“ Zur Genese der historischen Frauenforschung im gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Kontext. In: Frauen- und Geschlechtergeschichte. Positionen/ Perspektive. Gehmacher Johanna, Mesner Maria (Hrsg.). (Wien/ Studien Verlag/ 2003)

Köpl Regina, Feministische Wissenschaftskritik, Erkenntnisproduktion und Politikwissenschaft. In: Kreisky Eva, Geschlecht und Eigensinn. Feministische Recherchen in der Politikwissenschaft. (Wien/ Böhlau Verlag/ 1998)

Kreisky Eva, Bruno Kreisky und die neuen politischen Bewegungen. In: Stiftung Bruno Kreisky Archiv , Historischen Museum der Stadt Wien (Hrsg.), Bruno Kreisky. Seine Zeit und mehr. Wissenschaftliche Begleitpublikation zu 240. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien 18. September bis 15. November 1998.

Krizanic-Fallmann Astrid, „Mehr Frauen in die Politik!“ Intentionen und Strategien. In: Frauen in Bewegung – Frauen in der SPÖ. Karlsson Irmtraut (Hrsg.). (Wien/ Erhard Löcker GesmbH/ 1998)

Kropf Katharina, Umbau des Sozialstaates – Neuorientierung der Frauen und Familienpolitik. In: Käthe Leichter: Gewerkschaftliche Frauenpolitik. Historische Dimension und politische Aktualität. Göhring Walter (Hrsg.). (Wien/ Österreichischer Gewerkschaftsbund, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Institut zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern)

Mesner Maria, Sozialdemokratische Frauen- und Geschlechterpolitik im Österreich der Siebziger Jahre: Versuch einer Einschätzung. In: Wahnsinnsweiber? Weiberwahnsinn? Wer braucht Feminismus?. Bacher Monika (Hrsg.). (Linz/ Trauner Verlag/ 2000)

Mesner Maria, Viele und Verschiedene: die ‚neue‘ Frauenbewegung und die Frauentage. In: Frauentag!. Mesner Maria, Niederkofler Heidi, Zechner Johanna (Hrsg.). (Wien/ Erhard Löcker GesmbH/ 2011)

Neyer Gerda, Geschlechterkonstruktionen in der Sozialpolitik. Das Beispiel der Lohnarbeitsmarkt- und Sozialpolitikformierung in Österreich im 18. und 19. Jahrhundert. In: Kreisky Eva. Sauer Birgit (Hrsg.), Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin. (Frankfurt/ Campus Verlag/ 1997)

Rosenberger Sieglinde, Lieber gleich-berechtigt als später. In: Österreich 1945-1955. Sieder Reinhard (Hrsg.). (Wien/ Verlag für Gesellschaftskritik/1996)

Aus der Sekundärliteratur verwendete Quellen

Alexander Götz Interview in: Zeit in Bild 1, vom 12.10. 1979, zitiert nach: Zach Angelika, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen. Entstehungsbedingungen, Gründung und Aktivitäten bis zum Ende der Alleinregierung der SPÖ 1983. (Wien/ Univ., Dipl.-Arb./ 1992)

Alois Mock Interview in: Mittagsjournal. Hörfunksendung des ORF, vom 12.10.1979, zitiert nach: Zach Angelika, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen.

Anneliese Albrecht Interview in: JDA in der STBK, vom 8. 4.1998, zitiert nach: Feigl Susanne, Johanna Dohnal, Was gehen mich seine Knöpfe an? (Wien/ Überreuter/ 2002)

Archiv Karl-von-Vogelsang-Institut, Österreichische Volkspartei, Landesleitung Salzburg, Heimkehrerhilfsstelle, vom 7. 10.1946, zitiert nach: Gehmacher Johanna, Mesner Maria, Land der Söhne. Geschlechterverhältnisse in der zweiten Republik. (Innsbruck, Wien, Bozen/ Studien Verlag).

Bruno Kreisky in: Sendung des Bundeskanzlers. Hörfunksendung des ORF, vom 11.4. 1981, zitiert nach: Zach Angelika, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen.

Bruno Kreisky Interview in: Zeit in Bild 2. TV-Sondersendung des ORF vom 11.10.1979, zitiert nach: Zach Angelika, Zur Geschichte des österreichischen Staatssekretariates für allgemeine Frauenfragen.

Quellen der Stiftung Bruno Kreisky Archiv

Bruno Kreisky Rede auf der Klubtagung in Villach Warmbad, 11. 10.1979. Stiftung Bruno-Kreisky-Archiv, Box 20: Kreisky – Reden. März 1979 – Dezember 1979.

Tagebuch von Josef Staribacher. Stiftung Bruno-Kreisky-Archiv, Mappe: September – Oktober 1979.

Quellen des Verein der Geschichte der Arbeiterbewegung

Stenographisches Protokoll der Bundesfrauenkonferenz der SPÖ 1978

Stenographisches Protokoll der Bundesfrauenkonferenz der SPÖ 1979

Quellen der Austrodok

ÖVP Pressedienst vom 5. 11.1979

Sozialistische Korrespondenz vom 12. 10.1979

Sozialistische Korrespondenz vom 07. 11.1979

Internetquellen

Begriffserklärung der Karikatur, Karikaturmuseum Krems. In:

http://www.karikaturmuseum.at/de/kunstvermittlung/was-ist-karikatur/was-ist-karikatur/Karikatur_Definition.pdf, entnommen am 4.12.2012

Bruno Kreisky Karikatur, Die Presse, vom 13. Oktober 1979. S. 1, zitiert nach:

http://www.renner-institut.at/frauenmachengeschichte/sd_frgesch/sub-dat/karikatr.htm, entnommen am 4. November 2012

Bruno Kreisky Karikatur, Die Oberösterreichischen Nachrichten, vom 13. Oktober 1979.

S. 1, zitiert nach: http://www.renner-institut.at/frauenmachengeschichte/sd_frgesch/sub-dat/karikatr.htm, entnommen am 4. November 2012

Bruno Kreisky Karikatur, Kurier, vom 13. Oktober 1979. S. 2, zitiert nach:

http://www.renner-institut.at/frauenmachengeschichte/sd_frgesch/sub-dat/karikatr.htm, entnommen am 4. November 2012

Bruno Kreisky Karikatur, Neue Kronenzeitung, vom 13.Oktober 1979. S. 2, zitiert nach:
http://www.renner-institut.at/frauenmachengeschichte/sd_frgesch/sub-dat/karikatr.htm,
entnommen am 4. November 2012

Bruno Kreisky Karikatur, Arbeiter-Zeitung, vom 13.Oktober 1979. S. 3, zitiert nach:
http://www.renner-institut.at/frauenmachengeschichte/sd_frgesch/sub-dat/karikatr.htm,
entnommen am 4. November 2012

Bruno Kreisky Karikatur, Kärntner Tageszeitung, vom 12.Oktober 1979. S. 1, zitiert
nach: [http://www.renner-institut.at/frauenmachengeschichte/sd_frgesch/sub-](http://www.renner-institut.at/frauenmachengeschichte/sd_frgesch/sub-dat/karikatr.htm)
[dat/karikatr.htm](http://www.renner-institut.at/frauenmachengeschichte/sd_frgesch/sub-dat/karikatr.htm), entnommen am 4. November 2012

Geschichte der Frauenbewegung: Sozialistische Jugend Österreich:
<http://www.sjoe.at/content/frauen/themen/histfb/article/680.html>, entnommen am
15.11.2012

Stenographisches Protokoll der 8. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich,
XV. Gesetzgebungsperiode, vom 10.10. 1979.

Stenographisches Protokoll der 10. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich,
XV. GGP, vom 24.10.1979

Stenografischen Protokoll der 11. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich,
XV. Gesetzgebungsperiode, Dienstag, 6. 10. 1979

Aufrufbar auf folgenden Links:

http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00046/index.shtml, entnommen am
13.12.2012

http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00018/index.shtml, entnommen am
13.12.2012

http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00287/index.shtml, entnommen am
13.12.2012

http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00774/index.shtml, entnommen am 13.12.2012

http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00769/index.shtml, entnommen am 13.12.2012

http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00817/index.shtml, entnommen am 13.12.2012

http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01816/index.shtml, entnommen am 13.12.2012

Lebenslauf Prof. Gustav Peichl:

<http://www.peichl-partner.at/jart/prj3/peichl/main.jart?rel=de&content-id=1183727515633&reserve-mode=active>, entnommen am 13.12.2012

Zeitungsartikel

Die Frau 12/1979

Kärntner Tageszeitung, vom 12.10.1979

Kärntner Tageszeitung, vom 13. 10. 1979

Kleine Zeitung, vom 12.10.1979

Kleine Zeitung, vom 13.10.1979

Kurier, vom 13.10.1979

Krone, vom 13.10.1979

Neue Kronenzeitung, vom 7. 10. 1979

Neue Kronenzeitung, vom 12.10.1979

Neue Kronenzeitung, vom 13.10.1979

Neue Kronenzeitung, vom 12.2.1980

Oberösterreichische Nachrichten, vom 15.10.1979

Profil, vom 15. 10.1979

Profil vom 22.10.1979

Profil vom 16.11.1979

Profil vom 26. 11.1979

Profil vom 07.1.1980

Profil, vom 14.1.1980

Salzburger Nachrichten. Unabhängige österreichische Tageszeitung, vom 22.9.1979

Wiener Zeitung, vom 12.10.1979

Wiener Zeitung, vom 13.10.1979

Interviews

Interview mit Anneliese Albrecht am 4. Oktober 2011, die Transkripte des Interviews befinden sich im Besitz der Autorin

Interview mit Dr. Hannes Androsch am 26. April 2012, die Transkripte des Interviews befinden sich im Besitz der Autorin

Interview mit Dr.in Beatrix Eypeltauer am 30.10.2011, die Transkripte des Interviews befinden sich im Besitz der Autorin

Interview mit Elfriede Karl am 11. April 2012, die Transkripte des Interviews befinden sich im Besitz der Autorin

Interview mit Dr. Erwin Lanc am 2. November 2011, die Transkripte des Interviews befinden sich im Besitz der Autorin

Interview mit Karl Lausecker am 2. Dezember 2011, die Transkripte des Interviews befinden sich im Besitz der Autorin

Interview mit Prof. Gustav Peichl, am 15. November 2012, die Transkripte des Interviews befinden sich im Besitz der Autorin

Interview mit Dr.in. Erika Seda am 16. April 2012, die Transkripte des Interviews befinden sich im Besitz der Autorin

Anhang

Die biografischen Daten der unten angeführten Interviewpartner stammen von der Website des Österreichischen Parlaments. Prof. Gustav Peichls biografische Auszüge wurden der Homepage seines Architekturbüros entnommen und durch Angaben aus dem Werk „IRONIMUS. Ohne Leichtsinn geht es nicht!“ ergänzt.

Biographie von Anneliese Albrecht

(geboren am 19.01.1921, Wien) Journalistin²⁶⁵

- Journalistin ab 1946 in einem sozialistischen Verlag
- Chefredakteurin der sozialdemokratischen Frauenzeitschrift „die Frau“, 1967-1979
- Abgeordnete zum Nationalrat (XIII.–XV. GP), SPÖ 04.11.1971 – 05.10.1981
- Staatssekretär im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, 05.11.1979 – 24.05.1983

Biographie von Dipl.-Kfm. Dr. Hannes Androsch

(geboren am 18.04.1938, Wien) Beeideter Buchprüfer und Steuerberater²⁶⁶

- Abgeordneter zum Nationalrat (XI.–XV. GP), SPÖ 04.10.1967 – 16.02.1981
Bundesminister für Finanzen, 21.04.1970 – 30.09.1976
- Betraut mit der Leitung des Bundesministeriums für Finanzen, 01.10.1976 – 20.01.1981
- Vizekanzler, 01.10.1976 – 20.01.1981
- Generaldirektor der CA-Creditanstalt Bankverein 1981–1988
- Weltbank Konsulent 1988
- Geschäftsführender Gesellschafter der AIC-Androsch International Consulting seit 1989
- Gesellschafter und Vorsitzender des Aufsichtsrates der AT&S seit 1994

²⁶⁵ http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00046/index.shtml, entnommen am 13.12.2012

²⁶⁶ http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00018/index.shtml, entnommen am 13.12.2012

Biographie von Dr.in Beatrix Eypeltauer

(geboren am 10.07.1929, Linz) Landesbedienstete²⁶⁷

- Abgeordnete zum Nationalrat (XIV.–XVI. GP), SPÖ 04.11.1975 – 31.05.1983
- Staatssekretär im Bundesministerium für Bauten und Technik, 05.11.1979 – 21.01.1987
- Gerichtspraxis
- im höheren rechtskundigen Verwaltungsdienst beim Amt der oberösterreichischen Landesregierung tätig ab 1953
- wirklicher Hofrat

Biographie von Elfriede Karl

(geboren am 14.09.1933, Salzburg) Sekretärin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg²⁶⁸

- Abgeordnete zum Nationalrat (XIII.–XVI. GP), SPÖ 11.12.1974 – 31.05.1983
- Abgeordnete zum Nationalrat (XVI.–XVII. GP), SPÖ 11.09.1984 – 04.11.1990
- Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 04.11.1971 – 05.11.1979
- Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen, 05.11.1979 – 24.05.1983
- Bundesminister für Familie, Jugend und Konsumentenschutz, 24.05.1983 – 10.09.1984
- Stenotypistin in der Landesleitung Salzburg der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter 1953–1960
- Angestellte der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg (volkswirtschaftliche Abteilung) 1961
- Sekretärin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg 1968

²⁶⁷ http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00287/index.shtml, entnommen am 13.12.2012

²⁶⁸ http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00774/index.shtml, entnommen am 13.12.2012

Biographie von Dr. Erwin Lanc

(geboren am 17.05.1930, Wien) Sparkassenangestellter²⁶⁹

- Abgeordneter zum Nationalrat (XI.–XII. GP), SPÖ 30.03.1966 – 24.06.1970
- Abgeordneter zum Nationalrat (XII.–XVI. GP), SPÖ 19.10.1970 – 31.05.1983
- Bundesminister für Verkehr, 17.09.1973 – 08.06.1977
- Bundesminister für Inneres, 08.06.1977 – 24.05.1983
- Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, 24.05.1983 – 10.09.1984
- Vertragsbediensteter im Bundesministerium für soziale Verwaltung 1949–1955
- Bundessekretär des Österreichischen Jugendherbergsringes 1955–1959
- Bankbeamter in der Zentralsparkasse und Kommerzbank Wien 1959

Biographie von Karl Lausecker

(geboren am 10.11.1928, Wien) Bundesbeamter²⁷⁰

- Abgeordneter zum Nationalrat (XIII.–XVI. GP), SPÖ 18.06.1973 – 31.05.1983
- Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 18.01.1973 – 08.06.1977
- Bundesminister für Verkehr, 08.06.1977 – 10.09.1984
- Bundesbeamter 1947

²⁶⁹ http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00769/index.shtml, entnommen am 13.12.2012

²⁷⁰ http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00817/index.shtml, entnommen am 13.12.2012

Biographie von Prof. Gustav Peichl(geboren am 18.03.1928, Wien) Karikaturist²⁷¹

- Akademie der bildenden Künste in Wien, 1949 - 1953
- Meisterschule Prof. Clemens Holzmeister
- Beginn der Karikaturistentätigkeit unter dem Pseudonym IRONIMUS, 1954
- Leiter der Meisterschule für Architektur an der Akademie der bildenden Künste in Wien, 1973 - 1998
- Rektor der Akademie der bildenden Künste in Wien, 1987 - 1988
- Gründung des Ateliers Peichl & Partner, 1991
- Neugründung Peichl & Partner ZT GmbH. mit Prof. Rudolf F. Weber und den Geschäftsführenden Gesellschaftern DI Katharina Fröch und Mag. Christoph Lechner, 2002

Biographie von Dr.in Erika Seda(geboren am 26.04.1923, Wien) Hausfrau²⁷²

- Mitglied des Bundesrates, SPÖ 06.06.1969 – 21.10.1971
- Abgeordnete zum Nationalrat (XIII.–XV. GP), SPÖ 04.11.1971 – 20.10.1980

²⁷¹ <http://www.peichl-partner.at/jart/prj3/peichl/main.jart?rel=de&content-id=1183727515633&reserve-mode=active>, entnommen am 13.12.2012, Karikaturmuseum Krems (Hrsg), IRONIMUS. Ohne Leichtsinn geht es nicht! S.102-103.

²⁷² http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01816/index.shtml, entnommen am 13.12.2012

Abstract

Die vorliegende Arbeit behandelt die Ereignisse rund um die Regierungsumbildung im Jahr 1979. Bei dieser Kabinettsenerweiterung in der Alleinregierung unter Bundeskanzler Bruno Kreisky wurden vier Staatssekretariate errichtet und diese allesamt mit Frauen besetzt. Zwei dieser Staatssekretariate beschäftigten sich ausschließlich mit Frauenfragen. Erstmals in der Geschichte der zweiten Republik befanden sich sechs Frauen in der Bundesregierung.

Die Arbeit untersucht die innerparteilichen Vorgänge, die dazu geführt haben, dass Bruno Kreisky sich im Oktober 1979 zu diesem politischen Schritt entschlossen hat. Der Entscheidungsprozess innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) wurde auf Basis von Werken der Sekundärliteratur und einer qualitativen Primärquellenanalyse rekonstruiert und der Frage nachgegangen, welche Organisationen innerhalb der SPÖ bewirkt haben, dass Bundeskanzler Kreisky diesen Entschluss gefasst hat. Es wurden die Beweggründe der Akteurinnen und Akteure, die für oder gegen eine von der Familienpolitik abgekoppelte frauenpolitische Regierungsstelle interveniert haben dargestellt.

Eine qualitative Auswahl von Zeitungsartikeln, Presseaussendungen der Sozialistischen Korrespondenz und Sekundärliteratur beleuchteten das mediale wie auch oppositionelle Echo und wurden anschließend analysiert und interpretiert.

Die Ergebnisse der Recherchearbeit, die größtenteils auf schriftlichen Dokumenten des Bruno Kreisky Archivs, den Stenographischen Protokollen der Nationalratssitzungen, einer qualitativen Auswahl von Zeitungsartikeln und den geführten Interviews fußen, zeigen, dass es sich bei der Regierungsumbildung 1979 um eine parteiinterne Kompromisslösung handelte, bei der Machtkonstellationen gefestigt oder durchbrochen wurden.

Lebenslauf

Sandra Großkopf, geboren am 19. Oktober 1987 in Wien

E-Mail: s.grosskopf@gmx.at

Ausbildung

seit 2007 Studium Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung und
 Psychologie und Philosophie (LA)
 2007 Matura an der HLTW 13

Berufliche Tätigkeiten

seit August 2011 Yogaunterricht in verschiedenen Studios in Wien
 seit August 2011 Bundesgeschäftsstelle SPÖ
 Mai 2008 Interface, Lernhilfe für Kinder mit Lernschwierigkeiten
 2008-2010 Bezirksrätin Rudolfsheim-Fünfhaus
 Mai 2008 „Be Part of it“ Jugenddemokratieprojekt, Verein Zeitraum
 2007-2008 Trafik Hold

Weiterbildungen

2012 Pilates One2One Teachertraining
 2012 Nuadausbildung, ITM
 2011 Yoga Teachertraining
 2008 NLP-Seminar
 2007 ECDL
 2006 Handelskammerprüfung